



23. Heft | 16. November 1915

THEODOR LEIPART · CARL LEGIEN UND DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



Am 17. November dieses Jahres jährt sich zum 25. Mal der Tag, an dem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eingesetzt wurde, und ebenso lange ist Carl Legien ihr Vorsitzender. Der Anlaß scheint auch mir den Wunsch der Redaktion der Sozialistischen Monatshefte zu rechtfertigen unserm Freund Legien an dieser Stelle einen besondern Gruß und Dank darzubieten.

Im Spätsommer des Jahres 1886 sah ich Legien das erste Mal. Ich war Vorstandsmitglied des Fachvereins der Drechsler in Hamburg und mit zwei anderen Vorstandskollegen beauftragt worden einen Lehrer der Naturheilkunde, der damals in Hamburg zahlreiche Vorträge hielt, auch für einen solchen in unserm Fachverein zu gewinnen. Das war uns denn auch gelungen, und wir bekamen eine für damalige Verhältnisse zahlreich besuchte Versammlung: wohl an 30 Drechslerkollegen waren an diesem Abend in unserm Vereinslokal erschienen. Der Vortrag über das Naturheilverfahren gefiel allen sehr; war es doch endlich einer der so viel verlangten *wissenschaftlichen Vorträge*. Wie stark hat sich oft der Wissensdurst der Arbeiter in jener Zeit geäußert, aber wie wenig verstanden besonders wir Jungen von all den sogenannten wissenschaftlichen Dingen. So war auch unser Fachvereinsvorstand in dieser Versammlung in großer Verlegenheit: Wer sollte nach dem *gelehrten* Vortrag in der Diskussion sprechen? Wir wollten uns doch vor dem Referenten nicht allzu sehr blamieren. Da meldete sich zu unserer Überraschung aus der Versammlung jemand zum Wort, den wir noch an keinem frühern Vereinsabend gesehen hatten. »Kollege Legien hat das Wort«, machte der Vorsitzende bekannt. Und dann sprach Carl Legien zum erstenmal in unserer Mitte. Es erregte staunende Aufmerksamkeit, als er mit einer uns alle frappierenden Sicherheit und obendrein auch mit einer in unserm kleinen Kreis bis dahin ganz ungewohnten Redegewandtheit nicht nur eine Reihe von Fragen an den Referenten stellte sondern sich auch einige Zweifel darüber erlaubte, ob bei inneren Krankheiten des menschlichen Körpers das Wasserheilverfahren allein wirklich ausreichend sei. Er sprach von seiner eigenen schweren Krankheit, die er erst kürzlich überstanden hatte, und bewies uns durch seine Darlegungen, daß man auch einen wissenschaftlichen Vortrag mit eigenem kritischen Nachdenken anhören müsse. So erzielte er an diesem ersten Abend einen ganz bedeutenden Erfolg, um den wir anderen ihn recht beneideten. Aber alle freuten wir uns

doch auch wieder über diesen Gewinn. Denn Legien, der vorher in Berlin und Frankfurt am Main gearbeitet hatte, blieb jetzt bei uns in Hamburg und war fortab regelmäßiger Besucher unserer Versammlungen. Sein Einfluß auf die gesamte Kollegenschaft wurde durch den Eindruck seiner persönlichen Erscheinung nur noch verstärkt. Er war erst 24 Jahre alt, und doch waren seine Haare bereits ergraut. Die scharfgeschnittenen Züge seines Gesichts zeugten in gleicher Weise wie sein Graukopf von einer frühgereiften Lebenserfahrung. Die letzten Jahre seiner Kindheit hatte er im Waisenhaus verlebt, er war somit schon in früher Jugend auf eigene Füße gestellt gewesen. Daher wohl auch sein ausgeprägter starker Wille, der ihn in Verbindung mit seinem klaren Verstand und seiner Rednergabe von vornherein zum Führer bestimmte. Aber er brachte daneben auch alle die sonstigen Eigenschaften mit, die erforderlich sind, um dauernd das Vertrauen und die Achtung der Masse zu gewinnen. Mit völliger Uneigennützigkeit stellte er sein Wissen und sein Können in den Dienst der Allgemeinheit, an Eifer und Pflichttreue ging er uns allen selbst in den kleinsten Dingen mit dem besten Beispiel voran, und seine Ausdauer und Zuversicht spornten jeden Zaghaften immer aufs neue an.

Wie kaum ein zweiter unter uns war Legien schon in jener Zeit, als die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland noch so schwach und unbedeutend war, sich klar über die Aufgaben und das Ziel der Bewegung. Auch ich bin früher als mancher andere zum Beispiel für das Unterstützungswesen der Gewerkschaften eingetreten; aber doch erst 10 Jahre später als Legien, der schon im ersten Jahr seiner Tätigkeit in Hamburg sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserm Drechslerfachverein sehr entschieden, wenn auch noch erfolglos, eingesetzt hat. Legien stellte die Bedeutung des Gewerkschaftskampfs sehr hoch und vertraute auf ihre Entwicklung, aber er war zugleich auch der entschiedenste Befürworter der politischen Aufklärung und Betätigung der Arbeiterklasse. Schon bald nach der vorerwähnten Drechslerversammlung fand in Hamburg aus Anlaß der Reichstagswahl im Februar 1887 eine nationalliberale Wählerversammlung statt, in der Legien als sozialdemokratischer Diskussionsredner auftrat und trotz den stürmischen Unterbrechungen sich mit seinem sachlichen und entschiedenen Auftreten durchsetzte, indem er, die Arme über der Brust gekreuzt, mit ruhiger Gelassenheit auf der Tribüne ausharrte, bis der Sturm sich gelegt hatte. Er hatte unter anderm gegen den nationalliberalen Redner die Herabsetzung des 3jährigen Militärdienstes mit Erfahrungen aus seiner eigenen Dienstzeit recht drastisch begründet. So hat er gleich im Anfang auch in der sozialdemokratischen Partei seinen Mann gestellt, und niemals bis zum heutigen Tag hat er etwa zu den Nurgewerkschaftern gehört.

Als im August 1887 die Vereinigung der Drechsler Deutschlands ins Leben trat, wurde Legien mit dem Amt des Zentralvorsitzenden betraut. In dieser Eigenschaft hat er ganz Deutschland bereist und Versammlungen zur Agitation für die Gewerkschaft abgehalten. Zu dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris im Jahr 1889 wurde er als Vertreter der deutschen Drechsler delegiert, und auch an der Konferenz der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin im folgenden Jahr nahm er als Vorsitzender des Drechslerverbands teil.

Auf die Vorgeschichte dieser Gewerkschaftskonferenz, die am 16. und 17.

November 1890 stattfand, kann ich hier nur kurz eingehen. Die verhältnismäßige Ohnmacht der damaligen Gewerkschaftsbewegung und das Mißlingen mehrerer großer Streiks hatte einen ziemlichen Kleinmut hervorgerufen und Veranlassung gegeben nach den Ursachen zu forschen. Und da glaubte man sie in der Organisationsform gefunden zu haben. Einmal stand ja der Ablauf des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 bevor, woraus sich der Streit darüber ergab, ob neben den nunmehr wieder zugelassenen sozialdemokratischen Vereinen noch die Fachvereine auf lokaler Grundlage und mit politischer Tendenz bestehen bleiben und gefördert werden sollten, oder ob die Gewerkschaften zentralisiert und unpolitisch sein mußten. Politischen Vereinen war es damals durch die Vereinsgesetze verboten mit einander in Verbindung zu treten. Neben diesem Meinungsstreit über Lokal- oder Zentralorganisation war auch die Idee des Industrieverbands im Gegensatz zu den Berufsorganisationen in die Debatte geworfen. Es sollte durch eine Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung und durch Zusammenfassung der einzelnen schwachen Organisationen eine größere Machtfülle herbeigeführt, namentlich eine bessere Durchführung der Streiks durch solidarische Hilfe der Gesamtheit angestrebt werden. Legien gehörte zu denen, die mit aller Entschiedenheit für die Zentralisation und damit zugleich für die politische Neutralität der Gewerkschaften eintraten, ebenso aber auch für die Aufrechterhaltung der Berufsorganisation. Er befand sich mit dieser Ansicht in Übereinstimmung nicht nur mit dem Vorstand des Drechslerverbands sondern auch mit den Vorständen der Verbände der Tischler und der übrigen Holzarbeiter, während die Organisationen der Metallarbeiter, die in den wichtigsten Branchen der Metallindustrie auf Grund des Vertrauensmännersystems zentralisiert waren, mehr dem Industrieverband zuneigten. Von den Vertrauensmännern der Metallarbeiter, besonders von Segitz, ging deshalb auch die Anregung zu der Konferenz im November 1890 aus.

Zu dieser Konferenz arbeitete Legien eine Vorlage aus, nach der die Berufsorganisationen die Grundlage der Gewerkschaften sein, jedoch die Verbände verwandter Berufe für je eine Industriegruppe zu einer besondern Gruppenorganisation zusammengefaßt werden sollten. Deshalb bezeichnete Legien seinen Entwurf als ein »Statut der Gruppe der Holzarbeiter«, dem die bestehenden Verbände der Tischler, Drechsler, Stellmacher, Böttcher, Bürstenmacher und alle Vereine der Holzbranche, die nicht praktischer einer andern Gruppe zugeteilt werden könnten, unterstellt werden sollten. Diese Verbindung sollte die einzelnen Verbände »in ihrem Wirkungskreis leistungsfähiger machen und besonders durch die Regelung der Unterstützung der Streiks und Arbeitersperrungen die Widerstandsfähigkeit heben«. Jede Organisation, die sich der Gruppe anschließen wollte, hätte sich zu zentralisieren. Zur Leitung sollte ein Verwaltungsrat eingesetzt werden, mit der vornehmlichen Aufgabe für eine geregelte Agitation und Herausgabe eines gemeinsamen und obligatorischen Verbandsorgans zu sorgen. Die Mittel für einen Streik sollten in erster Linie die am Ort befindlichen Mitglieder der Gruppe, eventuell mit Hilfe der anderen Gruppen aufbringen, bei größerem Bedarf aber sollte der Verwaltungsrat »durch eine den Verhältnissen entsprechende Ausschreibung die sämtlichen Organisationen zur Unterstützung auffordern«. Ferner enthielt der Entwurf spezialisierte Vorschläge für die Ausgestaltung des Verbandsorgans, die Deckung der Verwaltungs-

kosten, die Zusammensetzung des alle 2 Jahre abzuhaltenden Gruppenkongresses, die örtliche Organisation, Regelung des Arbeitsnachweises, des Herbergswesens usw. Daß Legien seine Vorlage erst auf meinen Rat durch Druck vervielfältigen ließ, erwähne ich nur nebenbei, um zu sagen, daß auch ich von der Richtigkeit ihrer Grundgedanken und Einzelschlüsse so überzeugt war, daß ich ihr durch meine Anregung in jedem Fall die ihr gebührende Beachtung auf der Konferenz sichern wollte.

Die Konferenz erklärte zwar die zentralistische Organisationsform »als die zurzeit allein richtige« und empfahl allen Lokalvereinen sich der Zentralisation anzuschließen, sie bezeichnete auch ein Zusammengehen aller Verbände für dringend geboten, lehnte aber ein solches Zusammengehen »auf statutarischer Grundlage« angesichts der bevorstehenden Gewerbeordnungsnovelle ab und beschloß die Einsetzung einer Kommission zur Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses, der nach den neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung Normen für ein Zusammenwirken der Gewerkschaften aufstellen sollte. Gleichzeitig wurde dieser Kommission, die sich in ihrem ersten, im Dezember 1890 an die Vorstände und Vertrauensleute der deutschen Gewerkschaften gerichteten Rundschreiben den Namen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beilegte, der Auftrag erteilt die Agitation unter den wirtschaftlich schwach gestellten Arbeitern und in den noch unorganisierten Landesteilen zu betreiben und die Abwehrstreiks zu unterstützen. In diese Kommission wurde neben von Elm, Dammann, Kloß, Glocke, Schwarz und Frau Ihrer auch Legien gewählt, und er wurde in deren erster Sitzung zu ihrem Vorsitzenden bestimmt.

Dieses Amt führt Legien jetzt volle 25 Jahre. Wollte ich seine Tätigkeit als leitender Geschäftsführer der Generalkommission heute schildern, so müßte ich die Geschichte der Generalkommission nicht nur sondern der deutschen Gewerkschaftsbewegung in diesen 25 Jahren im ganzen darstellen. Denn es ist nicht zu viel gesagt, daß die Spuren seines geistigen und persönlichen Einflusses in fast allen Verzweigungen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung zu finden sind. So verlockend diese Versuchung an mich herantritt und so dankbar auch die Aufgabe wäre wenigstens die wichtigsten Ereignisse des verflossenen Vierteljahrhunderts hier aufzuzählen, die Rücksicht auf Zeit und Raum hindert mich leider daran. Bedrohlich türmten sich die Schwierigkeiten namentlich im Anfang gegen die Anerkennung der Generalkommission und ihre Tätigkeit auf.¹⁾ 6 Jahre lang wiederholten sich die Anträge aus den Kreisen der Gewerkschaften selbst die Generalkommission, dieses »totgeborene Kind«, wieder zu beseitigen, mehrere große und kleine Verbände verweigerten ihr die Beitragszahlung und sonderten sich ab, bis erst auf dem Berliner Gewerkschaftskongreß /1896/ eine dauernde Einigung erzielt wurde. Daneben tobte der Kampf zwischen den Lokal- und Zentralorganisationen. Und nicht zuletzt sind auch die großen Widerstände zu erwähnen, die in jener Zeit die sozialdemokratische Partei der Ausbreitung des Einflusses der Generalkommission innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung entgegensetzte.

Die heutigen Verhältnisse erlauben es, ohne Bitterkeit hervorzurufen, an die erregten und heftigen Auseinandersetzungen auf dem Kölner Parteitag des

¹⁾ Siehe darüber Schip pel Aus der Zeit der gewerkschaftlichen Kinderkrankheiten, in den Sozialistischen Monatsheften, 1911, 2. Band, pag. 733 ff.

Jahres 1893 zu erinnern. Es gehörte sicherlich ein ziemlicher Mut und ein großes Maß innerlicher Überzeugung dazu gegen den überragenden Einfluß der Parteiführer die damals in den Gewerkschaften selbst noch so wenig gefestigte Stellung der Generalkommission vor dem Parteitag zu vertreten, wie Legien es mit Unerschrockenheit und Energie getan hat. Er hatte soeben in hartem Wahlkampf das Kieler Reichstagsmandat erworben und durch die Anstrengungen der Wahlagitation Schaden an seiner Gesundheit erlitten. Aber im Bewußtsein seiner Pflicht übernahm er trotzdem noch im letzten Augenblick auf dem Parteitag das zuerst Schippel zuge dachte Referat über die Gewerkschaftsfrage. In diesem Vortrag beschwerte er sich über mangelhafte Förderung der Gewerkschaften durch die Parteipresse und die führenden Parteigenossen, worauf man ihm mit dem Vorwurf antwortete, daß er durch die Identifizierung der Generalkommission mit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Debatte einen persönlichen Charakter aufgedrückt hätte. Alle Parteiführer beteuerten, wie hoch sie die Gewerkschaften einschätzten. Aber manche ihrer Ausführungen sprachen doch allzu deutlich dafür, daß sie von der Zukunft der ganzen Gewerkschaftsbewegung nur sehr gering dachten. Wie komisch liest es sich heute, daß es damals als »Größenwahnsinn« bezeichnet wurde, wenn die Generalkommission etwa »mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandeln« wolle. Und wie sehr hat die Erfahrung seit 1893 den damaligen Ausspruch einer namhaften Parteirednerin, »daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird«, ins Gegenteil gekehrt! Aber auch noch die folgende Reminiszenz ist gerade jetzt von einigem Interesse. Legien mußte sich nämlich damals auch den Vorwurf gefallen lassen, daß er sich »in der Gesellschaft von Doktoren« besonders wohl fühle, und zwar, weil er für das Sozialpolitische Zentralblatt (die heutige Soziale Praxis) Artikel geschrieben hatte. Selbst wenn alle anderen gegen ihn erhobenen Angriffe berechtigt gewesen wären, dieser eine war es ganz gewiß nicht. Wer Legien wirklich kennt, wird gerade ihm zu allerletzt nachsagen, daß er sich nach dem Verkehr mit Doktoren und Professoren usw. dränge (trotz dem berühmten Thimme-Legianschen *Buch der Zwanzig*). Ganz mit Recht wendete er 1893 in Köln ein, »daß wir den gebildeten Kreisen, die nicht mit uns sympathisieren, aber die Arbeiterfrage studieren wollen, auch auf diesem Wege Gelegenheit geben sollen sich zu informieren«. Die Gewerkschaften, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Besserstellung der Arbeiter zu wirken hätten, müßten auch berechtigt sein überall da zu wirken, wo sie wirken könnten, auch auf dem Sozialen Kongreß in Frankfurt, dessen Besuch bekanntlich Bebel heftig getadelt und als »Canossagang« bezeichnet hatte.

Selbst ein so ruhiger und erfahrener Mann wie Genosse Paul (Hannover) hatte von der Debatte in Köln den Eindruck bekommen, daß die Tribüne des Parteitags, wie er sagte, zur »Guillotine für die Gewerkschaftsbewegung« geworden sei. Aber diese Befürchtung hat sich, wie Legien 12 Jahre später, in seinem Artikel zum Kölner Gewerkschaftskongreß in den Sozialistischen Monatsheften ausführte, »glücklicherweise nicht bewahrheitet, wie auch manches andere, was man über die Zukunft der Gewerkschaften Deutschlands auf dem Kölner Parteitag prophezeite, nicht eingetroffen ist.«²⁾ Und als Legien dann diesen Kongreß in Köln eröffnete, sagte er, daß der Ein-

²⁾ Siehe Legien in Köln am Rhein, in den Sozialistischen Monatsheften, 1905, 1. Band, pag. 372.

WOLFGANG HEINE · DIE DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN



Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine Entwicklung genommen, die in einem unvereinbaren Widerspruch mit ihrer eigenen Theorie zu stehen scheint. Ich sage: scheint; denn nach meiner Meinung bestätigt dieser Werdegang die Geschichtstheorie von Marx und Engels, sofern man nämlich diese Lehre nicht oberflächlich und mechanisch auffaßt. Während nach Marx die politischen Forderungen nur der Ausdruck ökonomischer Bewegungen, ihre Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen sein sollen, ist die Sozialdemokratie, also die politische Arbeiterpartei in Deutschland früher da als eine eigentlich wirtschaftliche, als die Gewerkschaftsbewegung. Von Intellektuellen wird sie ins Leben gerufen und zunächst rein theoretisch begründet; zugespitzt auf eine politische Forderung, das allgemeine Wahlrecht, und auf einen zwar ökonomisch klingenden, aber im Grunde auch politischen und zudem rein gedanklich konstruierten Programmpunkt: die Produktivassoziationen mit Staatskredit, der nicht aus irgendwelchen tatsächlichen Anfängen herausgewachsen war und auch rein utopisch geblieben ist. Die wirtschaftliche Arbeiterbewegung entstand später neben ihrer politischen Schwester und nicht ohne Gegensätze zu ihr. Das ist, wie gesagt, keine Widerlegung der Marx-Engelschen Geschichtsauffassung sondern nur ein Beweis, welche Faltungen und Verwerfungen sich oft in den historischen Schichten finden, und wie die geistigen Ausdrucksformen wirtschaftlicher Nöte auch wieder auf den wirtschaftlichen Kampf zurückwirken.

Daß in Deutschland die Theorie des Klassenkampfes älter war als sein praktischer Ausdruck in den Gewerkschaftskämpfen, daß die sozialistischen Forderungen nicht aus der Praxis der mit den Mächten der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ringenden Arbeiterbewegung entsprossen sondern gedankenmäßig aufgebaut waren, bevor diese heranwuchs, konnte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der sozialdemokratischen Partei zu den Gewerkschaftsbestrebungen und umgekehrt der Gewerkschaften zur Partei sein.

Die Lassalleaner waren mißtrauisch gegen die Gewerkschaften und wollten sie höchstens als Anhängsel der politischen Arbeiterbewegung dulden; eine natürliche Folge der theoretischen Einstellung auf die Schiagworte Staatshilfe und Selbsthilfe, die noch lange nachgewirkt hat. Übrigens erkannte wenigstens Schweitzer die Bedeutung der Gewerkschaften. Die Eisenacher standen ihnen von Anfang an freundlicher gegenüber, ersichtlich unter dem Einfluß der englischen Erfahrungen Marx' und Wilhelm Liebknechts. Nicht weniger brachte Bebel, der aus der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung der Bildungs- und Unterstützungsvereine zur Sozialdemokratie gekommen war und selbst als Handwerksgehilfe gearbeitet hatte, volles Verständnis für die Berufsvereine mit. Die Internationale Arbeiterassoziation sah in den Gewerkschaften gerade den Kern der Arbeiterbewegung überhaupt. In der Resolution vom 20. Juli 1869 werden die Gewerkschaften als die »allein richtige Form der Arbeiterbewegung« bezeichnet und den »gemischten« Arbeitervereinen, das heißt den politischen Organisationen,

die Existenzberechtigung nach Vollendung der Organisation der Gewerkschaften abgesprochen. Ausdrücklich wird dieser Angriff gegen den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gerichtet, aber man kann nicht sagen, daß nur der Gegensatz zu den Lassalleanern die Resolution bestimmt hätte; sie läßt doch erkennen, daß man sich über den Unterschied einer politischen und einer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hinreichend klar war und sich bewußt für eine gewerkschaftliche entscheiden wollte.

Das war nun für Deutschland vorläufig auch hauptsächlich nur Theorie, denn es gab wenig Gewerkschaften. Aber die Entwicklung ging allmählich vorwärts, sowohl die der Gewerkschaften wie die der seit 1874 geeinigten sozialdemokratischen Partei. Bis zum Sozialistengesetz. Damals wurden mit der Parteiorganisation auch die meisten Gewerkschaften aufgelöst und mußten neu aufgebaut werden. Und für die theoretische Klärung des Gewerkschaftsgedankens waren die 12 Jahre der Unterdrückung auch nicht durchweg förderlich. Niemals ist die sozialistische Idee den Gewerkschaften mehr zu Dank verpflichtet gewesen als in dieser Zeit. Als die gesamte Parteiorganisation zerstört war, blieb den Gleichgesinnten nichts übrig als sich in den lokalen Fachvereinen zusammenzufinden, die nach der Zerstümmerung der meisten großen Organisationen überall wieder entstanden, die immer von der polizeilichen Auflösung bedroht und oft genug von ihr betroffen wurden und doch stets aufs neue aufblühten. Die Verdienste, die die Fachvereine in dieser Zeit, ohne eigentlich politisch zu sein, sich um den politischen Sozialismus erworben haben, sind unvergeßlich. Es war begreiflich, daß eine Praxis, die sich in einer Richtung so bewährt hatte, vielen in ihr großgewordenen Genossen als unantastbar erschien, auch noch zu einer Zeit, da die Verhältnisse schon für eine neue Taktik reif geworden waren.

Unmittelbar auf den Fall des Sozialistengesetzes folgte ein schneller Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Zusammenfassung in der Generalkommission der Gewerkschaften, deren Wirksamkeit untrennbar verbunden ist mit der Persönlichkeit Legiens, so viel hervorragende und eigenartige Männer auch sonst in ihr tätig waren und noch sind. Sowohl die Bildung zentralisierter Verbände als auch deren Verbindung in einer umfassenden Zentralisation war ein Wagnis. Denn noch bestand im größten Teil Deutschlands für politische Vereine das Verbindungsverbot. Es war kein besonderes großes juristisches Kunststück nötig, um die Gewerkschaften zu politischen Vereinen und die Generalkommission zu deren Verbindungsorgan zu erklären. Aber der Zwang der Tatsachen erwies sich als stärker als der des Gesetzes. Die Gründer der Generalkommission setzten viel auf das Spiel: die Existenz ihrer Organisationen und die Spargroschen der Arbeiter. Sie waren sich völlig klar darüber, daß die Gewerkschaften, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollten, sich nicht von allen politischen Bestrebungen freihalten konnten, und machten keinen Versuch dies zu verschleiern. So hielt es Legien auf dem Parteitag zu Gotha /1896/ »für absolut erforderlich, daß die Gewerkschaften das ihnen so nahe liegende Gebiet der Sozialpolitik behandeln. Keine Körperschaft ist geeigneter dazu.« Das war deutlich und mutig. Und in der selben Rede wies Legien in geradezu programmatischer Weise auf die englischen Verhält-

nisse hin: »Die englischen Arbeiter haben die Koalitionsfreiheit nicht erhalten, weil die gesetzgebende Körperschaft das Bedürfnis eingesehen hatte, sondern weil die englischen Arbeiter ihre geheimen Organisationen trotz des Verbotes aufrechterhielten.«¹⁾ Das war eine wahre Politik der Tat. Darin lag mehr wirklicher Marxismus als in vielen dickleibigen Büchern und Aufsätzen der offiziellen Marxisten, mehr Klassenkampf als in unzähligen Versammlungsreden, die unaufhörlich dies starke Wort im Mund führen, und mehr revolutionäre Energie als in den Revolutionstiraden und den Untersuchungen gewisser Theoretiker über die soziale Revolution und den Tag nach ihr.

Ganz naturgemäß muß die gewerkschaftliche Praxis den Blick auf die T a t s a c h e n lenken. Der politische Schriftsteller und Agitationsredner ist nur gar zu sehr versucht nicht von der Wirklichkeit auszugehen sondern von dem, was er als Wirklichkeit haben möchte. Es ist geradezu typisch für die Politik von Berufsschriftstellern und Rhetoren, daß sie dem schönen Wort, der großen Stimmung zuliebe blind für das werden, was geschieht, und was sie vermögen. Was für herrliche Worte sind in der Paulskirche gesprochen worden! Daß aber aus allen diesen nichts wurde, lag außer an der Unreife der Zeitverhältnisse auch an der Unfähigkeit der Politiker diese richtig zu erkennen. Vor allem verliert der Politiker vom Schreibtisch und Rednerpult sehr bald die Fühlung mit dem Volk selbst. Dem einen wird das zeitunglesende Publikum (er selbst ist sich nämlich sein erster und verständnisvollster Leser), dem andern der jeder schönen Phrase zujubelnde, immer aus den selben Gruppen bestehende Stamm der Versammlungsbesucher *das Volk*; was aber das wirkliche Volk leidet, denkt und will, erfahren sie gar nicht mehr. Davor ist der Gewerkschaftsführer geschützt. Er steht in ununterbrochener, unmittelbarer Verbindung mit dem tatsächlichen Leben. Er muß in jedem Augenblick seine Kräfte und die des Gegners abschätzen, er weiß, wie wenig schöne Worte bedeuten, wie gering die Kraft der einzelnen, wie notwendig die Zusammenfassung der Kräfte in der Organisation ist, welche Schwierigkeiten sich auch da noch immer dem Erfolg entgegenstellen. Trotzdem braucht er durchaus nicht einem hoffnungslosen Pessimismus zu verfallen, der seine Rettung schließlich in allerhand theoretisch ausgeklügelten Wunderkuren sucht; er kämpft wirklich, er sieht Erfolge, wenn auch kleine, und das erhält seinen Mut. Für gewisse Schreibtischmenschen und Versammlungsagitatoren dagegen ist es charakteristisch, daß sie zwar einerseits die Belanglosigkeit der wirklichen Erfolge neben der Reinheit der Theorie und gleichzeitig die greifbare Nähe des revolutionären Endziels verkünden, dann aber doch, der ewigen Enttäuschung müde, krampfhaft nach neuen Projekten für praktische Resultate suchen. So entstand das Rufen nach dem für das gegenwärtige Preußen als Mittel im Wahlrechtskampf absolut außer Erwägung stehenden politischen Massenstreik. Legien tat es mit dem einen nüchternen Wort ab: »Wollen sie vielleicht den Massenstreik ohne die Gewerkschaften machen?« Das war die Überlegenheit des gewerkschaftlich geschulten wirklichen Kämpfers über abstrakte politische Projektensmacheri. So bewähren sich die Gewerkschaften als Schule für die praktische Politik.

Es lohnt sich kaum heute noch auf die Angriffe einzugehen, die gegen die

¹⁾ Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitag's 1896 /Berlin 1896/, pag. 157.

Generalkommission und die gewerkschaftliche Arbeit überhaupt erhoben worden sind. Aber als geschichtliche Erinnerung und vielleicht auch als Lehre für Gegenwart und Zukunft sollte man sich doch vergegenwärtigen, daß noch vor 10 Jahren der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt als Mitglied der Generalkommission die Gewerkschaftsbewegung gegen den Herausgeber und einige Mitarbeiter der Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie in Schutz nehmen mußte, die erklärt hatten, die gewerkschaftliche Aktion würde immer ergebnisloser, die Gewerkschaften bildeten eine Arbeiteraristokratie, die das Interesse am Klassenkampf verlöre, das Streben für Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verlängerte die Existenz des bürgerlichen Staates, die Geldmittel der Gewerkschaften wären deren Achillesferse usw.²⁾ Etwas kräftiger hat sich noch Dr. Rosa Luxemburg ausgesprochen, die die Gewerkschaften der »organischen Verfettung« bezichtigte, ihr »Verantwortlichkeitsgefühl« beklagte und ihnen die »russischen Methoden« zum Vorbild setzen wollte. Man muß sich dessen erinnern, denn man sieht daraus deutlich, daß es immer die selbe Seite ist, von der immer die selben Einwände gegen alles in der Arbeiterbewegung ausgehen, was neu ist und zu Erfolgen führt. Die selben Väter und Großmütter aller Hindernisse und Schwerfälligkeiten können aber keinen Satz sprechen, worin nicht die Worte revolutionär und Klassenkampf vorkämen.

Natürlich soll nicht verkannt werden, daß auch in der gewerkschaftlichen Tätigkeit an sich Gefahren liegen. Eine Überschätzung allzu kleinlicher Erfolge und die Neigung lokale persönliche Streitigkeiten mit Gegnern aus dem Gewerkschaftskampf auf das politische Gebiet zu übertragen könnten Schaden anrichten. Aber diese Gefahr ist um so geringer, je größer die Organisationen werden, je freier der Blick der Führer sich ausweitet, je mehr der Einzelkampf zu einer kleinen versinkenden Welle in dem großen unaufhaltsamen Strom wird. Auch aus diesem Grund schon war die Schaffung der Generalkommission eine Tat ersten Ranges.

Es ist begreiflich, daß sich namentlich bei älteren Parteigenossen, die die Anfänge der politischen Partei von ihrer theoretisch-utopistischen Wurzel an miterlebt hatten, Mißtrauen gegen die Generalkommission meldete. Der mächtige Verband der zentralisierten Gewerkschaften, der an Mitgliederzahl die Parteiorganisationen weit überflügelte, erschien als ein Konkurrenzunternehmen gegen die sozialdemokratische Partei, und die Generalkommission wurde verdächtigt dem Parteivorstand die Zügel aus der Hand nehmen zu wollen. Daher die immer wieder neu auftauchenden Versuche die Gewerkschaften sozusagen der Parteidisziplin zu unterstellen und sie zu Agitationsklubs für die Partei herabzudrücken. Dazu freilich ließ die Generalkommission sich nicht gebrauchen, und so entdeckte man in ihr *separatistische Bestrebungen*. Man sagte auch den Gewerkschaften nach, daß sie nicht einmal politisch ganz waschecht wären; sprachen sie doch von Neutralität.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei hat wieder Legien auf dem Parteitag zu Gotha in wenigen Worten erschöpfend gekennzeichnet: »Die Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik treiben, dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Gewerkschaften Parteipolitik treiben

²⁾ Siehe das Protokoll des deutschen sozialdemokratischen Parteitags 1905 /Berlin 1905/, pag. 246 ff.

sollen. Im wirtschaftlichen Kampf gilt es alle Kräfte zusammenzufassen, ohne nach dem politischen Glaubensbekenntnis des einzelnen zu fragen. Die Sozialpolitik ist ja nicht Eigentum der sozialdemokratischen Partei. Sozialpolitik kann man treiben, ohne Sozialdemokrat zu sein.²⁾ So proklamierten die Gewerkschaften zwar nicht politische Gleichgültigkeit sondern erst recht den Kampf um die Sozialpolitik, aber sie wollten diesen auf breiterer Unterlage in Verbindung auch mit Angehörigen anderer Parteien führen. Darin erblicken Sektierer, die schon in der Berührung mit Andersgläubigen eine Gefahr sehen, den Verrat am Klassenkampf. Die Gewerkschaftsbewegung hat sich durch diese papiernen Proteste der Gesinnungstüchtigkeit nicht aufhalten lassen, wenn schon nicht verkannt werden darf, daß solche Treibereien zu Zeiten die gewerkschaftliche (und übrigens auch die politische) Arbeit empfindlich gestört haben. Als Mitarbeiter bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit ist jeder willkommen, der das selbe will; ob er sich das selbe dabei denkt, ist zunächst nebensächlich. Übrigens darf nicht vergessen werden, daß gerade Bebel für die Gewerkschaften die Notwendigkeit der Neutralität in diesem Sinn in Anspruch genommen hat. Die politische Arbeiterbewegung ist den Gewerkschaften gegenüber in einer ähnlichen Lage wie diese ihr gegenüber. Auch sie braucht eine breitere Basis als ihr die obligatorische Verbindung mit den Gewerkschaften, die noch der Beschluß der ersten Internationale vorgesehen hatte, geben könnte. Man kann Gewerkschafter sein, ohne Sozialdemokrat zu sein, kann aber auch Sozialdemokrat sein, ohne Gewerkschafter werden zu können. Gewerkschaftliche Erfolge können errungen werden, wenn der überwiegende Teil der Fachgenossen der Organisation angehört. Politische Siege müssen im ganzen Volk erfochten werden. Ein Sieg der Sozialdemokratie hat zur Voraussetzung, daß sie zu der demokratischen und sozialistischen Partei wird, die alles umfaßt, was aus dem Klassenstaat einen wirklichen Volksstaat machen, was aus der großkapitalistischen Produktion eine sozialistische Wirtschaft entwickeln und dadurch die politischen und ökonomischen Kräfte der Gesellschaft entbinden will.

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung sind also zwei Kreise, die sich nicht völlig decken. Immerhin decken sie sich genügend, um fortwährend zu Beziehungen und gemeinsamer Arbeit gezwungen zu sein. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf für ihre sozialpolitischen Ziele der Unterstützung politischer Parteien. Arbeitet sie mit diesen zusammen, so treibt sie keine Parteipolitik, sondern die Parteien treiben Arbeiterpolitik. Die Gewerkschaftsbewegung macht sich auf diese Art nicht zu einem Glied einer politischen Partei, sondern die politische Partei macht sich den Gewerkschaften als einem Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung dienstbar. Die freien Gewerkschaften werden sich natürlich in erster Reihe an die sozialdemokratische Partei anlehnen. Wenn wir auch ganz von der innern Logik absehen, die jede Sozialpolitik schließlich sozialistischen Zielen zutreiben muß, ist schon die eine Tatsache ausschlaggebend, daß die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei entstanden ist, und daß je länger je mehr auch unter den Führern die Zahl derer überwiegt, die aus der Arbeiterklasse

²⁾ Siehe das in Note 1 zitierte Protokoll, pag. 157. X Legien hat dies Verhältnis auch mehrfach in fruchtbarster Weise theoretisch behandelt; zum Beispiel in den trotz der Länge der inzwischen verflissenen Zeit durchaus noch nicht überholten Aufsätzen Die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation für den Klassenkampf der Arbeiter und Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1897, pag. 538 ff., und 1900, pag. 109 ff.

hervorgegangen sind. So werden die Gewerkschaften niemals bei einer andern Partei so viel Unterstützung ihrer Wünsche und Verständnis für ihre Bedürfnisse finden können wie bei der Sozialdemokratie. Für die sozialdemokratische Partei aber ist die nahe Verbindung mit den Gewerkschaften nicht minder wichtig. Mit sozialistischen Theorien an die des Lesens und Studierens ungewohnten Massen heranzutreten wird immer ziemlich unfruchtbar bleiben. Daraus kann unter Umständen sogar eine nichts weniger als wünschenswerte Verspinnung in Abstraktionen erwachsen. Wirklich fruchtbare Agitation braucht Anknüpfung an bestimmte Tatsachen und Forderungen des Lebens. Solche gibt es natürlich auch im politischen Kampf, aber die gewerkschaftliche Arbeit steht unmittelbar in Verbindung auch mit dem Leben des ganz Ungelernten. Er wird durch die Gewerkschaft zum Selbstbewußtsein erweckt und auf höhere Ziele gerichtet.

Was die Gewerkschaftsbewegung außerdem als Schule einer praktischen Tatsachenpolitik leistet, wurde schon erwähnt. Die Gewerkschaftsschule, die Ausbildungskurse für Arbeitersekretäre, der gediegene Inhalt des Korrespondenzblatts brauchen nur genannt zu werden, um Umfang und Tiefe der Leistungen zu ermessen. Besonders aber muß das Wirken der zur Reichstagsfraktion gehörigen Gewerkschaftsführer, namentlich auch der Mitglieder der Generalkommission hervorgehoben werden. Ich erinnere vor allem daran, wie die von Legien im Auftrag der Generalkommission herausgegebene Denkschrift Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis uns im Kampf gegen das Zuchthausgesetz unterstützt hat. Schon diese Arbeit bedeutet ein unvergängliches Verdienst um die Arbeiterklasse. Die ganze sozialpolitische Arbeit der Reichstagsfraktion wäre ohne die Sachkenntnis und Energie dieser Männer undenkbar. Und hier möchte ich noch hervorheben, daß diese Tätigkeit sich keineswegs in den Tüfteleien der Gesetzgebungstechnik erschöpft; was diese maßvoll und vorsichtig wägenden, alles sachlich begründenden Praktiker unter Umständen an Ergüssen eines ungebrochenen leidenschaftlichen Temperaments leisten können, wo sie sich hartnäckigem Unverständnis und bösem Willen gegenübersehen und das hohe Recht des Volkes durchkämpfen müssen, das ist für uns Parlamentarier oft wahrhaft herzerquickend anzuhören. Über die großen Leistungen der Gewerkschaften und ihrer Spitze, der Generalkommission, jetzt während des Krieges haben andere hier berichtet. Ohne das Vierteljahrhundert sozialpolitischer Spezialarbeit in dieser Körperschaft würde die sozialdemokratische Partei bei Kriegsausbruch ziemlich ratlos dagestanden haben. Jetzt kann die Partei für sich den Ruhm in Anspruch nehmen zusammen mit der Generalkommission alles in ihr Gebiet Fallende für die innere Rüstung Deutschlands während des Krieges erkannt und gefordert zu haben.

Das eigenartige Verhältnis zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung muß, da beide sich nicht gänzlich decken können, natürlich zu Spannungen führen. Die Maifeier war ursprünglich eine politische Idee, als Arbeitsruhe aber griff sie unmittelbar in das Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit ein. Es war ein auf die Dauer unmöglicher Zustand, daß die politische Partei kommandierte, und die Gewerkschaften die Lasten tragen mußten. In einer solchen Frage muß die ausschlaggebende Entscheidung den Gewerkschaften überlassen bleiben. Ganz ebenso würde

es bei einem politischen Massenstreik liegen; ohne die Gewerkschaften könnte er nicht begonnen werden, und die gewerkschaftlichen Erfahrungen müssen maßgebend für das sein, was man sich von ihm versprechen könnte. In anderen Fragen werden die Interessen der politischen Partei den Ausschlag geben müssen. So lag in dem Konflikt wegen der Hamburger Akkordmaurer, der dem Parteitag zu Lübeck vorausging, eine Überspannung des gewerkschaftlichen Standpunkts bei der Übertragung auf das Herrschaftsgebiet der Partei vor. Dank der Klugheit und dem guten Willen beider Teile ist es immer noch gelungen solche Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist nicht gut, wenn zwei neben einander Marschierende sich zu nahe rücken; die Fühlung muß lose sein, jedem Ellenbogenfreiheit lassen.

Die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Partei mit den in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften wird zum Bedürfnis und wird zugleich erleichtert und befruchtet durch die Art, wie die gewerkschaftliche Idee auf dieser Seite aufgefaßt wird. Man könnte unzweifelhaft die Gewerkschaftsarbeit auf den Kampf um Arbeiterschutz, höhern Lohn, kürzere Arbeitszeit und andere günstige Bedingungen des Arbeitsvertrags beschränken. Dann kann eine gewerkschaftliche Kirchturmspolitik entstehen, wie sie manchem wohlmeinenden Sozialreformer wohl als Ideal vorschweben mag, die aber unfruchtbar bleiben müßte, weil sie den Zusammenhang mit dem Großen und Ganzen der Entwicklung verlöre. Die freien Gewerkschaften haben ihre Aufgabe niemals so eng aufgefaßt sondern sich durch einen starken Idealismus leiten lassen, der in der wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterklasse nicht nur einen Ausdruck des beruflichen Egoismus sondern das Streben nach höhern Menschentum, nach einer neuen sittlichen und gerechtern Form der Gesellschaft erblickt. Ihre Arbeit selbst bleibt, wie Molkenbuhr auf dem Parteitag zu Jena /1905/ ganz richtig gesagt hat, »mit ihrem ganzen Wesen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung«. ¹⁾ Aber wie diese Gesellschaftsordnung auch nichts Starres sondern in fortwährender Entwicklung begriffen ist, wird sie schon durch die Wirksamkeit der Gewerkschaften eine andere. So hilft die Gewerkschaftsbewegung, ohne sich auf Parteiprogramme und Zukunftsstaatsdoktrinen einzulassen, dazu durch ihre Gegenwartsarbeit eine sozialistische Zukunft vorzubereiten. Mehr kann freilich auf ihrem Gebiet und in ihrer Weise auch eine vernünftig geleitete politische Partei nicht tun.

XX

HUGO HEINEMANN · DIE KRIEGSARBEIT DER GENERALKOMMISSION

IN den Sozialistischen Monatsheften ist die von der Generalkommission geleistete Kriegsarbeit in einer Reihe von Artikeln von berufener Seite bereits geschildert worden, so daß Einzelheiten hier nicht wiederholt zu werden brauchen. ¹⁾ Vieles, was auf diesem Gebiet geschehen ist (es sei nur an die Maßregeln der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung, die Stärkung des Tarifvertragsgedan-

¹⁾ Siehe das in Note 2 zitierte Protokoll, pag. 201.

²⁾ Siehe unter anderem Umbreit Die deutschen Gewerkschaften während des Krieges, Schmidt Die deutschen Gewerkschaften und der englische Aushungerungsplan, Severiag Arbeitsgemeinschaften im Krieg und im Frieden, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1078 ff., 1915, 1. Band, pag. 120 ff. und 402 ff.

kens und die Durchführung der Tarifpolitik der Gewerkschaften, an die durch gemeinsames Vorgehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffenen Arbeitsgemeinschaften erinnert), hat sich in solchem Maß als richtig verstandene Erfüllung nationaler Forderungen bewährt, so gesellschaftsfördernd gewirkt, daß wir erwarten dürfen, eine volkstümliche Gesetzgebung werde diese Gedanken als Staatsnotwendigkeiten ihrem dauernden Besitztum einverleiben.

Diese Leistungen, die in kürzester Frist verwirklicht werden mußten, sind gewiß nicht gering zu veranschlagen. Wir sind der Generalkommission dankbar dafür, daß sie mit ihren wohlüberlegten Maßnahmen das mit dem Krieg notwendig verbundene Leid Tausender von Proletariern gemildert, und daß sie das stolze Schiff deutscher Gewerkschaften mit sicherer Hand durch die Stürme des Krieges gelenkt hat, so daß schon heute kein Zweifel mehr darüber bestehen kann: Der organisierte Arbeiter wird nach dem Krieg wiederfinden, was er verlassen, und so wie er es verlassen hat. Die bange Sorge, ob trotz aller Kriegsnot das erhalten werden kann, was keine andere Nation der unsrigen an die Seite zu stellen vermag: die mit Klassenbewußtsein erfüllten, in sich geschlossenen und in deutscher Art disziplinierten Organisationen, ist von uns genommen. Der Lebensmut des im Feld für den Bestand des deutschen Landes und der deutschen Wirtschaft kämpfenden Arbeiters wird durch das Bewußtsein gehoben, daß seinen Klassengenossen das bleibt, was ihrem Leben in der Heimat Wert und Inhalt verliehen hat. Und endlich, wenn dereinst der Zoll der Dankbarkeit allen den Männern erstattet wird, deren Energie und Tüchtigkeit uns den festen Glauben geben, daß Deutschland nicht niedergedrungen werden kann, so wird in diesem Kampf, den Englands Aushungerungsplan auch nach außen hin als einen Kampf der volkswirtschaftlichen Kräfte zeigt, der Generalkommission für ihr besonnenes Vorgehen nicht der letzte Ehrenplatz eingeräumt werden. Noch tritt alles das, was nach den kurz angedeuteten Richtungen hin bis heute geschehen ist, für die breite, direkt nicht beteiligte Öffentlichkeit nicht mit voller Deutlichkeit in die Erscheinung. Erst, wenn der Krieg beendet und es Zeit ist dessen Geschichte zu schreiben, wird es in vollem Umfang hervortreten. Einmal läßt der Augenblick kraftvollsten Handelns zum Rückschauen keine Muße, so daß so wichtige Dokumente wie der Mitte Juli dieses Jahres veröffentlichte, die Zeit bis Juni 1915 umfassende Kriegsbericht der Generalkommission noch nicht das verdiente Studium finden konnte. Der Hauptgrund aber liegt darin, daß das für die Spitze der deutschen Gewerkschaften charakteristische Merkmal die schweigsame, stille Arbeit ist, die ihren äußersten Gegenpol naturgemäß in der die Arbeiterinteressen schädigenden, inhaltsleeren, aber äußerlich um so lautern Demonstrationsgeste findet, die von manchen mit Politik verwechselt wird. Man muß das Parteileben in gewissen Zentren kennen, um den Wert jener erquickenden Atmosphäre zu schätzen, in der man, statt revolutionär klingende Resolutionen anzunehmen, sich an die unendlich mühselige, positive Arbeit macht, die die Gegenwart erfordert. Man verzichtet zwar damit auf manchen mit etwas *Radikalismus* so bequem zu erringenden Beifall der Massen, leistet aber dafür für eben diese Massen etwas Wertvolles. Der Anführung von Beispielen bedarf es nicht. Man braucht sich nur aus jüngster Zeit der wirkungsvollen Methode zu erinnern, mit der das offizielle Organ der Generalkommission in Sachen des Heimatdanks den Kampf gegen

das unkluge Streben nach Selbstisolierung erfolgreich geführt hat, um auf die Aufzählung weiterer Tatsachen Verzicht leisten zu können.

So wichtige Erfolge aber auch die zielsichere Tätigkeit der Generalkommission in allen Einzelfragen für den Aufstieg der Arbeiterklasse gezeitigt hat, und so wertvoll ihre Mitwirkung für die Aufrechterhaltung des volkswirtschaftlichen Lebens der Nation und damit für die Behauptung der nationalen Existenz Deutschlands war: selbst hierin erschöpft sich nicht, was die Generalkommission als Frucht ihrer reichen Arbeit nach 25 langen Jahren heimzubringen vermag.

Als die Gewerkschaften sich in Gestalt der Generalkommission eine Spitze schufen, da wußten sie wohl, was sie taten. Damit war der naheliegenden, gefährlichen Möglichkeit der Weg versperrt, daß Hand in Hand mit der materiellen, psychischen und kulturellen Hebung der Arbeiterschaft ein zünftlerischer Geist in ihr einziehe, daß der Arbeiter, der durch sie zu einer erhöhten Lebenshaltung gelangt, sich engherzig von den weniger gut Gestellten abschließe, lediglich seine Fachinteressen eifersüchtig wahrnehme und das Bewußtsein und Verständnis für das der ganzen Klasse Gemeinsame verliere. Jetzt hatte man ein Organ, dessen verantwortungsvolle Aufgabe es war das gewaltige lebendige Klasseninteresse der Arbeiterschaft als Klasse wahrzunehmen, zu bewirken, daß das Solidaritätsgefühl und die Erkenntnis der großen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge auch in den zurückgebliebensten Arbeiter einkehre und sich dauernd in ihm verstärke, daß trotz aller Wahrnehmung der beruflichen und fachlichen Interessen kein selbstzufriedenes Ausruhen auf den erzielten Erfolgen, kein selbstsüchtiges Erstarren in Eigeninteressen der betreffenden Organisation eintrete, daß diese vielmehr über sich hinausdenke und zum Gemeinsamkeits- und Klassenehrgefühl erzogen werde. Diese Gesinnung, der die deutsche Arbeiterschaft ihre geistige Blüte, ihre Einheitlichkeit im Handeln, ihre führende Stellung unter den Arbeiterklassen der Welt verdankt, ist zum guten Teil der Tatsache zuzuschreiben, daß eine Generalkommission in der Gestalt, wie wir sie haben, existiert. Niemals wäre beim Fehlen einer Zentralinstanz dieser Geist zur lebendigen Wirklichkeit geworden, selbst wenn es den Gewerkschaften als einzelnen geglückt wäre ihre Geschlossenheit, materielle Widerstandskraft und Festigkeit gegen wirtschaftliche Stürme noch so sehr auszubilden. An Stelle der vom sozialistischen Geist durchtränkten Organisationen, auf die wir stolz sind, hätten wir uns dann mit tüchtigen Fachorganisationen begnügen müssen, oder aber die Bewegung wäre in einen auf Vernichtung des Staates gerichteten Syndikalismus ausgeartet.

War aber die Arbeiterschaft erst einmal zum Verständnis für das der ganzen Klasse Gemeinsame und damit zum Willen der Unterordnung aller Sonderinteressen unter diese höhere Einheit erzogen, so ergab sich damit das Verhältnis der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur höchsten Einheit, die Unterordnung unter das Staatsganze im Sinn positiv schaffender Mitarbeit an dessen wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Aufschwung ganz von selbst. Ich könnte bei diesem Punkt lediglich das hier bereits Ausgeführte wiederholen.²⁾ Wenn das Verhältnis von Gewerkschaften und Staatswohl vor dem Krieg bis zur Unkenntlichkeit verwischt, wenn

²⁾ Siehe Umbreit Nation und Gewerkschaft, sowie meinen Artikel Der Koalitionsgedanke im Weltkrieg, in dem Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 532 ff., und in diesem Band, pag. 1108 ff.

kein Verständnis für die eminent nationale Funktion der Gewerkschaften vorhanden war, und man nicht einsah, daß eine intransigente Politik mit der Art und Weise, wie die Generalkommission ihre leitende Stellung und erzieherischen Pflichten verstand, unvereinbar war, so tragen daran wahrlich die Gewerkschaften keine Schuld. Ihrem realpolitischen Sinn lag nichts ferner als sich jemals der Mitwirkung bei den im Gesamtinteresse zu lösenden Gegenwartsaufgaben zu entziehen.

Allein es ist jetzt keine Zeit und auch nicht notwendig alte Wunden aufzureißen. Heute, nachdem unter dem Zwang der Kriegsnot jene mächtigen Sonderinteressen verstummen mußten, die den Staat zur Erschwerung des wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aufstiegs der Arbeiterklasse zu beeinflussen versuchten, hat sich, sofort von allen Hüllen befreit, in voller Reinheit gezeigt, wie die in den deutschen Gewerkschaften verkörperte Kulturkraft zu ihrem Staat steht, wie klar sie das Interesse erkennt, daß sie an dessen Existenz und industrieller Blüte hat, und wie verblendet daher der Staat gegen sich selbst wüten würde, wenn er weiter bei dem System verharrte die organisierte Arbeiterschaft und ihre Organe von der staatlichen Betätigung auszuschließen. Mit vollem Recht konnte der Vorsitzende der Generalkommission in dieser Zeitschrift die Gewerkschaften als Organe des nationalen Wirtschaftslebens bezeichnen,³⁾ und mit guten Gründen vermochte das offizielle Blatt der Generalkommission die Richtigkeit dieses Gesichtspunkts während der ganzen Dauer des Krieges mit immer neuen Argumenten zu belegen. Die Ereignisse, die wir in den Kriegsmonaten durchleben, überstürzen sich mit solcher Wucht, daß man sich kaum noch dessen erinnert, was vor einem Jahr geschehen ist. Dies aber müssen wir tun, und zwar nicht bloß aus einem Gerechtigkeitsgefühl heraus, sondern auch, weil man später, wenn materielle Interessiertheit den Kampf gegen die Gewerkschaften von neuem entfachen wird, auf jene auf hoher geistiger Höhe stehenden Darlegungen wird zurückgreifen können, die trotz allen Kriegswirren sofort mit voller Klarheit die von der organisierten Arbeiterschaft festzuhaltenden und dann auch andauernd festgehaltenen Richtlinien aufstellten.⁴⁾ Auch die Anhänger der heutigen Minderheit in der Partei werden, wenn das Schlagwort der antinationalen Partei gegen uns wiederkehren wird, sich dann sicherlich gern und oft auf die Taten der Generalkommission und das Korrespondenzblatt berufen, die in der für den Bestand des Deutschen Reichs entscheidenden Stunde sich ihrer Verantwortung in jedem Augenblick in vollem Maß bewußt waren und klar erkannt haben, daß die Überwindung Deutschlands niemanden mehr als die deutschen Arbeiter getroffen hätte. Dieser Haltung ist es zu danken, wenn Vorgänge, wie wir sie beim Streik der Walliser Bergleute beobachtet haben, wo die Vertretung vermeintlicher gewerkschaftlicher Interessen den Blick für die nationalen Notwendigkeiten und das Gesamtinteresse trübte, bei uns zu den Unmöglichkeiten gehören. Das einer belagerten Festung vergleichbare Deutschland hätte derartige Erschütterungen, bei denen nicht das höchste Interesse, das des Staates, regulierend wirkt, schwer ertragen können. Aus dieser klaren Erkenntnis haben denn auch die deutschen Gewerkschaften »unmittelbar nach Kriegsbeginn beschlossen die Streikunterstützung während der

³⁾ Siehe Legien Die Gewerkschaften als Organe des nationalen Wirtschaftslebens, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 165 ff.

⁴⁾ Siehe die Artikelserie Der Krieg und die sozialen Pflichten im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 5., 12., 19. und 26. September 1914. —

Kriegszeit aufzuheben und damit bekundet, daß von ihrer Seite eine Störung des Wirtschaftslebens nicht erfolgen solle.«⁵⁾

Diese Forderung der Einigkeit in allen Lebensfragen der Nation ist freilich noch nicht zum unbestrittenen Gemeingut geworden. So lasen wir gerade jetzt in der Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie: »Die Minderheit hat . . . sich bisher noch nicht entschlossen die Tribüne des Reichstags zu benutzen, um ihren Standpunkt frei zu verkünden und zu begründen. Sollte sie jedoch dazu übergehen, so würde das in der Notlage des Kriegszustands eine ausreichende Rechtfertigung finden.«⁶⁾ Hier soll wahrhaftig nicht einer Beschränkung der freien Meinungsäußerung das Wort geredet werden. Hat man doch anderthalb Jahrzehnte hindurch unter Berufung auf die *Parteidisziplin* die Vertreter der reformistischen, vorwärtsdrängenden Politik an der Auseinandersetzung und Propagierung ihrer Ideen zu hindern versucht. Ein anderes aber ist der Meinungskampf innerhalb der Partei in ihren Organen und auf ihren Tagungen, ein anderes der Kampf der Richtungen einer und der selben Partei im Parlament. Eine Partei, die in den Mittelpunkt der Politik bildenden, ihre künftige Geschichte bestimmenden Frage einander widersprechende Auffassungen in der gesetzgebenden Körperschaft selber vertritt, hebt ihre eigenen Kräfte auf. Eine solche Minderung ihrer Macht, die sie unfähig macht für die Arbeiterklasse die ihr nach den überreichen Blutopfern des Krieges gebührende Stellung zu behaupten, wird die Zentralorganisation der deutschen Gewerkschaften nicht zulassen. Sie steht, das hat sie in ihrer Erklärung vom 26. Juni dieses Jahres bekundet, auf der Wacht, damit die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Nation keinen Schaden leiden.

»Die höhere Einheit«, so schrieb das Korrespondenzblatt der Generalkommission bald nach Kriegsausbruch, am 5. September 1914, »das nationale Gesamtinteresse ist das Band, das alle zusammenkettet. Diese Einheit fordert jedoch die unbedingte Hingabe an das kämpfende Vaterland, die weitestgehende Solidarität aller Volksgenossen und die uneigennützigste Förderung alles dessen, was die Widerstandskraft und Selbsterhaltungskraft der eigenen Nation stärkt.« Dieses programmatische Bekenntnis hat die Generalkommission der Gewerkschaften durch die Tat bekräftigt, und sie wird das Ergebnis dieser Tat nicht gefährden lassen. Das ist ihre Kriegsarbeit.

XX
MAX SCHIPPEL · KOLONIEEN, DIE NICHTS WERT WAREN

1 · LOUISIANA UND DAS KOLONIALFEINDLICHE KLEINAMERIKANERTUM



ER wollte es den blühenden gegenwarts- und zukunftsreichen nordamerikanischen Süd- und Mittelstaaten (es sind deren längst über ein Dutzend geworden), die sich mit der Zeit aus der alten Louisiana herausentfalteten, heute noch ansehen, daß sie bis vor reichlich 100 Jahren wie ein wertloses, wüstes und wildes Protektorat und Hinterland zwischen den Kolonialmächten Spanien

⁵⁾ Siehe Legien Die Gewerkschaften, in dem Sammelwerk Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland /Leipzig 1915, pag. 97.
⁶⁾ Siehe Kautsky Freiheit der Meinungsäußerung und Parteidisziplin, in der Neuen Zeit, 1915-1916, 1. Band, pag. 167.

und Frankreich hin und her verschachert wurden? Daß im entscheidenden Augenblick sogar weite Parteikreise innerhalb der Vereinigten Staaten vor ihrem fast kostenlosen Ankauf zurückschreckten?

Das strittige, bald französische bald spanische Gebiet, im wesentlichen den ganzen ungeheuren Erdstrich zwischen dem Mississippi und den Felsengebirgskämmen umfassend, war an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts ausgedehnter als der ganze, von England unabhängig gewordene nordamerikanische Freistaatenbund, der damals noch immer im Norden an den Großen Seen und im Westen am Mississippi seine politischen Grenzen fand, ohne jedoch irgendwie durch dichtere Siedelungen diesen lose gesteckten Rahmen schon halbwegs wirtschaftlich ausgefüllt zu haben. Der Zensus von 1790 berechnet die Gesamtfläche der 13 ursprünglichen Freistaaten, der Union in ihrem damals erreichten Umfang, auf 827 844 englisch-amerikanische Quadratmeilen. Mit dem Abschluß der französisch-amerikanischen Unterhandlungen über den Besitzwechsel der Louisiana fielen der Union nicht weniger als 875 025 Quadratmeilen auf einen Schlag in den Schoß.¹⁾ Auf diesem zunächst mißachteten Gebietszuwachs bauen sich heute längs des Mississippi die Staaten Louisiana, Arkansas, Missouri, Iowa, dann in einem zweiten innern westlichen Länderstreifen die Staaten Oklahoma nebst dem Indianerterritorium, Kansas, Nebraska, Süd- und Norddakota ganz und gar auf; dazu noch weiter in wichtigen, meist überwiegenden Teilen die Staaten Colorado, Wyoming und Montana. Landwirtschaft und Bergbau Nordamerikas haben hier ihre reichsten Quellen sich erschließen sehen.

Die frühere Wertschätzung ergibt sich aus der allseitigen Gleichgültigkeit gegen häufige Besitzwechsel vor reichlich einem Jahrhundert. Der Erdstrich, der 4mal so groß war wie Spanien oder Frankreich selber, blieb bis 1762 französisch und wurde dann ganz unvermittelt auf Spanien übertragen: um Spanien für die Lasten in dem eben zu Ende gehenden Siebenjährigen Krieg zu entschädigen und um die Louisiana zuguterletzt nicht auch noch in die Hände des verhaßten Großbritanniens fallen zu lassen, das soeben den französischcanadischen Riesenbesitz verschlungen hatte. Als 1800 jedoch der König von Spanien für seine italienischen Familienpläne die Unterstützung Napoléons erstrebte,²⁾ wurde die Rückgabe Louisianas, abermals im geheimen, vereinbart; Napoléon lag an dieser Rückgewinnung, um für Frankreich einen leidlichen Ausgleich für die allmählich tieferempfundene Einbuße im Norden zu erzielen. 1803 jedoch sah Napoléon, bei den Auseinandersetzungen um Malta, den neuen Krieg mit England herannahen. Er fürchtete dabei den Vorstoß des flottenstärkern Staates nach den Mississippiländereien, die er, bei ihrer weiten Entfernung von jeder starken französischen Operationsbasis, unmöglich zu halten vermochte. Die amerikanische Union war ihm jetzt als Erbin und Nachfolgerin am ehesten recht, weil sie seit ihren Unabhängigkeitskämpfen mit dem damals sympathisierenden und hilfsbereiten Frankreich stets auf gutem Fuß zu stehen suchte, und weil aus dem Verkauf sehr leicht Reibungen und Konflikte zwischen Amerika und England hervorwachsen konnten, die für Napoléon keineswegs unwillkommen hätten sein können.

¹⁾ Siehe hier und bei den späteren statistischen Angaben das Monthly Summary des Washingtoner Handelsamts, August 1902, pag. 363 ff. (Territorial Expansion).

²⁾ Das von Napoléon geschaffene Königreich Etrurien (das spätere Toskana) fiel in der Tat 1801 im Frieden von Lunéville dem Erbprinzen Ludwig von Parma zu, dem Gatten der Infantin Marie Louise von Spanien.

Jefferson, obwohl er ursprünglich nur einen Hafen, unter amerikanischer Eigenverwaltung, an der Mississippimündung zur Sicherung und Hebung des lebhaften inneramerikanischen Stromverkehrs zu schaffen gedachte, griff zuletzt entschlossen zu. Napoléons Vertreter Barbé-Marbois hatte für die ganze Louisiana anfangs einen Kaufpreis von 100 Millionen Francs genannt. Monroe als außerordentlicher Bevollmächtigter und Livingston, der damalige amerikanische Gesandte in Paris, boten 10 Millionen Dollar, ungefähr die Hälfte. Schließlich einigte man sich auf 15 Millionen Dollar, wovon aber eigentlich $3\frac{1}{4}$ Millionen abzuziehen sind, da sie nur einen Verzicht auf gewisse strittige Entschädigungsforderungen amerikanischer Bürger an Frankreich (infolge der vielen Verkehrserschwernisse in New Orleans) darstellten.



IN Kaufpreis von 15 oder gar nur $11\frac{1}{4}$ Millionen Dollar für ein von der Natur überreich ausgestattetes Riesengebiet, das wenig kleiner ist als England, die Niederlande, Belgien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und die Schweiz zusammengenommen (885 978 englisch-amerikanische Quadratmeilen). Zahlten wir Reichsdeutsche doch 1899 bei der Abtragung der letzten spanischen Kolonialüberbleibsel $16\frac{3}{4}$ Millionen Mark allein für die Karolinen, Marianen und Palauinseln. Doch hören wir nun McMaster, einen der hervorragendsten amerikanischen Geschichtsschreiber, welche Antwort aus dem parlamentarischen Oppositionslager dem Jeffersonschen Plan entgegenschallte.²⁾

Die »beste und weitestblickende Tat der ganzen Jeffersonschen Regierungszeit« entfesselte nach McMaster unter den kolonialfeindlichen Kleinamerikanern zunächst nichts als einen wildtobenden Sturm der Entrüstung, »a roar of execration«. Der Erwerb neuer Ländereien sei, nachdem in der Verfassung die zu vereinenden Staaten und ihre Gebiete festgelegt waren, in höchstem Maß verfassungswidrig, eine Untergrabung der Grundlagen des amerikanischen Reichsaufbaus. Manche Helden in dem entbrennenden Froschmäusekrieg der Opposition sahen den alten Osten sich bis zum Weißbluten entvölkern, weil der neue Westen alles Lebendige durch seine Anziehungskraft hinweglockte. Diesen geistigen Fußspuren folgend prophezeiten andere Überkluge gleich weiter, daß die über den Mississippi Hinüberziehenden zweifellos sehr bald eine zweite Sonderrepublik gründen würden. Denn jedes neue Kolonialreich mache sich binnen kurzem selbständig: zwischen den zivilisationsbeleckten Bürgern, die an den alten Ostküsten Schiffsbau und Fischfang trieben, und den kulturverlassenen Vorposten, die im Innern, am Oberlauf des Missouri, mit Indianern kämpften und Bären und Bibern Fallen stellten, könnten überhaupt niemals dauernde Gemeininteressen ein Band der festen staatlichen Einheit schlingen.

Auch die parlamentarischen und journalistischen Witzbolde, die wir Reichsdeutsche der jüngsten Zeit besonders aus der Dernburgschen Dattelkiste hartnäckig immer wieder hervorlugen sahen, blieben selbstverständlich nicht aus: ist doch das Clownwesen allgemein in Amerika hochentwickelt. Man wußte über das Neuland nur recht wenig Verbürgtes, dafür aber um so mehr Abenteuerliches aus dem Gerede von Trappern und Jägern, die hauptsächlich den obern Missouri mit seinen Nebentälern aufsuchten und die

²⁾ Siehe McMaster History of the people of the United States, 2. Band New York 1885/., pag. 620 ff.

ihrerseits wiederum von den Nachrichtenzuträgereien der Indianer aus dem tiefern Kontinentsinnern zehrten. Die Regierung selber unterbreitete, mangels eines Bessern, dem Kongreß eine seltsame Zusammenstellung von Mitteilungen solcher Art und gab so das Signal zu einer neuen höllischen Katzenmusik von billigem Hohn und Spott. Die Regierungsdenkschrift sprach, wohl infolge des Eindrucks der großen Canyons und Wüstenschluchten auf die ersten Weißenvorposten, von Höhenzügen, geformt wie alte Befestigungen mit Türmen und Mauern. Die Salzseebeobachtungen, sei es der Indianer sei es der Trapper, waren in ihrer Überlieferung von Mund zu Mund vollends zu grotesken Übertreibungen und Verzerrungen ausgeartet. Man sprach von Gebirgen von Salz, gab Länge und Breite in Meilen an, und so weit sie sich erstreckten, sollte sich (was innerhalb der engern Begrenzung landschaftlich ungefähr zutrifft) kein Baum noch Strauch erheben. Das schiene unglaublich, aber die Eingeborenenhändler hätten Stangen von Salz nach Saint Louis und Marietta mitgebracht. Vor amerikanischen Farmern und Bürgern, denen die notwendigste Salzzufuhr stets außergewöhnliches Kopferbrechen verursacht hatte, konnte man diese Schlaraffiaentdeckung leicht unter derben Anzüglichkeiten *geißeln*. Sollte es sich vielleicht um Lots Weib und Gefolgschaft, zu Salzsäuren erstarrt, handeln? Ein Gebirge von reinem Salz, welche Augenblendung, wenn voller Sonnenschein herrscht? Und wenn es im Innern Salzberge gibt, warum nicht Maisbreitäler und Ströme und Seen von irischem Eliteschnaps, »vales of hasty-pudding and lakes of real old Irish usquebaugh«? Von den Wundern und Schauern des Ohiogebiets habe man früher ja gleichfalls Unerhörtes erzählt, aber das seien nur »Pfefferkörner« gegen die Salzgebirge. Und was der unverbesserliche, fröhlich selbstgefällige Krähwinkelradikalismus sonst noch vorzubringen weiß, wenn er von großen geschichtlich epochemachenden Taten und Schritten, die gewöhnlich ganz jenseits seines Horizonts bleiben, nur die allernächsten, vergänglichen und nebensächlichen Begleiterscheinungen sieht, gegen die er um so leichter seine ganze *geistige Überlegenheit* und *zielbewußte Kritik* hervorzukehren vermag . . .



UCH die Kriegsgefahr spielte erklärlicherweise eine Rolle. Waren doch alle Grenzen der Louisiana seit jeher unbestimmt geblieben und mehrfach gegen europäisch-großstaatliche Nachbarn gerichtet. Im Norden dehnte sich, zwar noch ganz unentschleiert, das gewaltige englische Dominion, mit ziemlich nebelhaften gegenseitigen Rechtsansprüchen, die bekanntlich noch während der vierziger Jahre im heutigen Washington, Oregon und Idaho, weit nach der pazifischen Küste hin im Flußgebiet des Columbia, zu gefährlichen Auseinandersetzungen und Zusammenstößen führten. Den Abschluß im Westen bildeten Gebirgszüge, die noch ganz unerforscht und meist sogar von Weißen noch ganz unbetreten geblieben waren. Im Golflandgürtel mußte man (durch den heutigen Staat Louisiana) an die spanisch-mexikanischen Besitzungen heranrücken und überall, vom Red River bis zum Colorado und Rio Grande erwies sich die spanische Auffassung seit jeher als eine ganz andere als die amerikanische. War es nicht besser jeder Konflikts- und Kriegsgefahr vorsichtig und rechtzeitig aus dem Weg zu gehen, indem man den Mississippi einfach Mississippi sein ließ? Jefferson suchte allerdings seinerseits darzulegen: gerade die Fortdauer der alten französischen Nachbarschaft und der

fremden Beherrschung des großen Stromtals bilde den viel bedenklichern Zündstoff. Der Präsident hatte während der Vorbereitungen des Ankaufs an Monroe in Paris geschrieben:

»Von dem Erfolg Ihrer Unterhandlungen hängt das künftige Schicksal unseres Staates ab. Können wir uns diese notwendige Erwerbung nicht auf friedlichem Weg verschaffen, so müssen wir uns zum Krieg vorbereiten; er kann nicht lange ausbleiben.«

Aber die Opposition beharrte bei ihrem überzeugendern Friedensprogramm: nur in der Annexion liege die wirkliche Friedensbedrohung. Wer zu hoch hinaus wolle, könne nur um so tiefer stürzen. Die Selbstbescheidung sei stets die wahre politische Größe:

»Louisiana, oder das Land von New Orleans bis Saint Louis, so groß wie alle Bundesstaaten zusammengenommen, muß (das behauptete Jefferson so mutig als beharrlich) für den nordamerikanischen Freistaat gewonnen, seine Grenze dadurch unabänderlich und für ewigen Frieden festgestellt, für die Tätigkeit von Jahrhunderten der größte, herrlichste Schauplatz gewonnen werden. Jeffersons Gegner, viele Federalisten schalten den Gedanken töricht und chimärisch, die Ausführung unmöglich, priesen Mäßigung, Zufriedenheit, löbliche Beschränkung, Festhalten am Einfachsten und Gegebenen; sie weissagten von Vergeudung der ohnehin für das große Land nicht hinreichenden Kräfte, von ungerechten und unglücklichen Kriegen usw.«⁴⁾

Die beliebtesten und wirksamsten Oppositionsvorwürfe klammerten sich jedoch, etwa wie bei unserer deutschen Eugen Richterschen Agitation, an die ungeheuerlichen Kosten des Louisianaerwerbs, an die furchtbar drohende Verschlechterung der Bundesfinanzen und Vermehrung der Bundesschuld. 15 Millionen Dollar: Habe man denn überhaupt überlegt, was dies in Wahrheit zu bedeuten habe? 15 Millionen Dollar für eine Wildnis sei ein haarsträubendes Handelsgeschäft. Für die ganze blühende Provinz Maine habe man zur Zeit Ferdinand Georges' nicht mehr als 1250 Pfund Sterling zu bieten brauchen. Penn gab für das Gebiet, das als Bundesstaat jetzt mit Stolz seinen Namen trägt, nur eine Wenigkeit über 5000 Pfund. 15 Millionen Dollar: Das sei wohl leicht gesagt und geschrieben. Aber man suche zu bestimmten Größenvorstellungen zu kommen. Dann ergeben sich 433 Tons reinen Silbers. Man lade sie in Wagen, und man wird nicht weniger als 866 davon brauchen. Man stelle diese Wagen in eine Linie hinter einander, und etwa 33 Fuß auf einen Wagen mit Deichsel und Gespann gemessen, so ergebe dies eine endlose Wagenreihe über eine Entfernung von 5 $\frac{1}{2}$ Meilen. Wenn ein Arbeiter bestenfalls 16 Wagen an einem Tag mit Silber beladen könne, so würde er nicht vor 2 Monaten mit der Arbeit fertig werden. 15 Millionen: Man lege Dollar auf Dollar, 9 Geldstücke gleich 1 Zoll Höhe, so stelle dies eine Silbersäule dar, mehr als 3 Meilen gen Himmel ragend. Man könne 25 große Schuten damit befrachten und 25 000 Männern dafür 25 Jahre lang wöchentlich 40 Shilling Gehalt und Lohn zahlen (wenn man genauer nachrechnet, will es freilich, wie so oft bei ähnlichen Gelegenheiten, durchaus nicht stimmen). Jeder Einwohner, ob Mann, Frau oder Kind, bekomme 3 Dollar, wenn man die 15 Millionen unter die Bevölkerung verteile. Statt dessen müsse man nach dem französischen-amerikanischen Vertrag 15 Jahre lang jeden Tag 2465 Dollar (6 %) Zinsen zahlen, und dann beginne die noch drückendere ratenweise Kapitalsabzahlung. Wenn man alle Gold- und Silbermünzen in den Vereinigten Staaten aufsammele, so komme man noch nicht zu der Riesensumme von 15

⁴⁾ Siehe Raumer Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, 1. Band /Leipzig 1845/, pag. 207.

Millionen; also müsse man einen gewaltigen Edelmetallschatz neubilden. Verwende man die 15 Millionen zu einem großen Schulfonds, so könne man mit den Zinsen allein dauernd 1800 Freischulen ausstatten, auf jede Schule 50 Schüler und jährlich 500 Dollar gerechnet. Und wer habe die Vorteile von den für Kolonialerwerb nutzlos hinausgeworfenen 15 Millionen Kaufgeld? Der agrarische Süden und Westen, der zu den Bundesfinanzen ohnehin nicht genug oder gar nichts beisteure, seitdem die Brantweinabgabe wieder beseitigt sei. . .

Aber die Weltgeschichte stand dennoch nicht still, trotz dieser unumstößlichen Beweisführungen gegen die öde, wohlstandverheerende Weltpolitik. In Senat und Repräsentantenhaus gelangte der Vertrag zur Annahme.



ND die Urteile von heute? Als die Jahrhundertfeier des Ankaufs, äußerlich in der Saint Louiser Weltausstellung verkörpert, heranrückte, berechnete die amtliche Washingtoner Statistik mit nicht geringem Stolz, was alles auf den damals übertragenen, wirtschaftlich jedoch eigentlich erst seit den vierziger und sechziger Jahren energisch in Angriff genommenen Ländereien bereits gewonnen werde. In dem, von Spanien mißachteten und von Frankreich verhandelten, schließlich von Jefferson-Monroe angekauften Erdstrich erntete man hernach 1890 164 Millionen und 1900 264 Millionen Bushel Weizen, zum Wert von 152 Millionen Dollar im Jahr 1900: über 50 % der ganzen Weizen-erzeugung der gesamten Vereinigten Staaten. Man erntete weiter 1890 603 und 1900 1013 Bushel Mais, zuletzt im Wert von 314 Millionen Dollar: oder 48 % der ganzen Maiserzeugung der Vereinigten Staaten. Hafer erntete man 1900 311 Millionen Bushel im Wert von 71 Millionen Dollar, oder 38 % der gesamten Landeserzeugung. Man gewann weiter 1900 für über 10 Millionen Dollar Gerste, für über 2 Millionen Roggen, und vollends für über 25 Millionen Dollar Kartoffeln, für 130 Millionen Heu und für 50 Millionen Baumwolle. Allein diese Erzeugnisse zusammengerechnet, gelangt man zu einem Ackerertrag von 1890 670, von 1900 755 Millionen Dollar. Das Wollergebnis der hierhergehörigen Staaten stellte sich 1894 auf 61 871 357 Pounds, 1900 auf 100 396 982 Pounds, oder auf 35 % der amerikanischen Gesamterzeugung: im Wert von 15 Millionen Dollar; das heißt, wie die amtliche Statistik ausdrücklich hervorhebt: allein schon gleich den ehemaligen Ankaufskosten des gesamten Landgebiets. Für die Viehhaltung, fährt der Bericht fort, könne man 1890 einen Wert von 772 Millionen Dollar in 1890, von 825 Millionen in 1900 ansetzen:

»Fügt man zu diesen leichter schätzbaren Farmerzeugnissen noch den Wert des erzeugten Zuckers, der Molkerei- und Geflügelproduktion, der verarbeiteten Fleischwaren, so kann man ruhig behaupten, daß in einem einzigen Jahr allein die Landwirtschaftserzeugnisse hundertmal die Ankaufskosten für das Areal decken. Oder mit anderen Worten: daß heute die ursprünglichen Anlagekosten Jahr auf Jahr schon durch 1 % des Landwirtschaftsertrags herausgewirtschaftet werden.«

Daneben verzeichnet jedoch der Bericht noch die Kohlenproduktion für 1899 mit 22 Millionen Tons, die Eisenerzausbeute mit 8 491 000 Tons in 1900, die Silberausbeute 1899 mit über 50 Millionen Dollar Wert, die Goldgewinnung mit über 37,7 Millionen Dollar.

McMaster aber in seinem großzügigen Geschichtswerk (einem glänzenden Vorbild in der Heraushebung der ökonomischen Grundlagen für die poli-

tische Gesamtentwicklung) gelangt zu folgendem, kaum zu harten Urteil über die damalige kleinamerikanische Opposition:

»Nichts kennzeichnet so schlagend das niedrige Niveau, auf das die einstmals so hochstrebende Partei der Federalisten herabgesunken war, wie der lärmende und entstellende Widerstand, den sie dem Erwerb Louisianas entgegensezten. . . Für dieses beschränkte Parteigängertum durfte keine Leistung Jeffersons etwas taugen. Es war ein Grundsatz für diese Leute, daß nichts, was Jefferson tat, zu billigen sei, und daß bis zu dem Tag, wo sie wieder die tonangebende Mehrheit bilden würden, keine Regierung zur Ruhe kommen dürfe. . . Sie hörten auf für Ideale [principles] zu kämpfen und kämpften nur noch für ihre politische Stellung. Sie wurden zur Opposition um jeden Preis und in jedem Fall: eine politische Sekte, die noch verächtlicher ist als alle anderen Sekten.«

2 · UGANDA UND DER ENGLISCHE RADIKALISMUS



IE sich leicht denken läßt, haben die tropischen Kolonien, denen sich auf lange Zeit immer nur vereinzelte Europäer forschend und wirtschaftend zuwenden, zu noch ganz anderen Täuschungen über ihre Aufschwungsmöglichkeiten Anlaß gegeben als die jungfräulichen Siedlungsgebiete, in denen Massen von Zuwanderern ihr dauerndes Heim suchen und finden, und in denen sie vor allem auf ihre gewohnten und bekannten eigenen Naturbedingungen von neuem stoßen: wenn auch in unberührter, von menschlicher Kultur noch nicht umgewandelter Gestalt. Im allgemeinen hat deshalb, wie die ganze neuere koloniale Ausdehnung und koloniale Wirtschaftsgeschichte lehrt, die wirkliche Entwicklung der Tropenkolonien den hier näherliegenden und viel weitergehenden Kleinmut der Kolonialgegner eher noch mehr widerlegt. Eines der eindrucksvollsten unter den vielen, sich ungezwungen darbietenden Beispielen sei heute wenigstens noch kurz erwähnt: Uganda, das englische Nachbarreich für Deutsch Ostafrika und als wirtschaftlicher Typ etwa ein Mittelglied zwischen Deutsch Ostafrika und den verschiedenen Kongoländern.

Auf Ugandas Aufschwung ist man heute in England ganz besonders stolz. Die zielbewußte koloniale Arbeit der Engländer soll hier allmählich die erfreulichsten Früchte getragen haben: sowohl in der Erweckung einer reichen Produktion wie in der Schaffung von modernen Verkehrsmitteln, die den Landesreichtum erst verwertbar machen. Dazu gesellen sich reichspolitische Erwägungen: das britische Ostafrika verspricht das neue Amerika für eine starke, anderwärts bekanntlich verhinderte und zurückgedämmte Indierwanderung zu werden.

Aber noch im Anfang der neunziger Jahre war im letzten Kabinett Gladstone eine starke Strömung vorhanden die Kolonie, die auf keinen grünen Zweig kommen wollte, dafür jedoch um so mehr finanzielle und weltpolitische Sorgen bereitete, ganz und gar wieder aufzugeben. Nur weil Lord Rosebery mit seinem Rücktritt drohte, soll damals die Räumung unterblieben sein. Der heute so viel gerühmten, Überschüsse bringenden Uganda-bahn konnte noch 1900 ein Abgeordneter nachreden: sie werde nur deshalb weitergebaut, weil man die unvollendeten Anfänge nicht als ein bededtes »Monument für Englands Narrheit vor aller Welt« stehen lassen wolle. Labouchère, der bekannte *geistvolle* Radikale, führte in der gleichen Parlamentssitzung den Reigen der erbarmungslosen Kritiker in langer schonungsloser Rede:

»Handel auf der Bahn gibt es gegenwärtig nur insoweit als die Angestellten der Bahn selber den Güter- oder Personenverkehr in Nahrung setzen, plus einem gewissen Güterversand für die englische Besatzung in Uganda. Was können wir denn von Uganda haben? Europäer können sich dort nicht niederlassen, und er glaube nicht, daß die Eingeborenen jemals Weizen, Mais und ähnliches würden bauen wollen. Die Ugandesen sind die Faulsten jener faulsten Rasse der Welt: der Afrikaner. Arbeit halten sie für entwürdigend, dazu sind die Weiber da. Sie haben eine Frucht, daraus stellen sie ein berauschendes Getränk dar; sind sie halbrunken, so beginnen sie zu fechten, und da das ganze Land nun einmal zwischen Katholiken und Protestanten gesprengelt ist, so spielen sich die Kämpfe jeweils zwischen Katholiken und Protestanten und umgekehrt ab. Sind ein paar Leute zu Schaden gekommen, so geben sie ihre Fehde wieder auf, sitzen nieder und trinken von neuem. Im übrigen sind sie vollkommen damit zufrieden ihre Bananen zu essen und ihre Weiber ein wenig zur Erntearbeit anzuhalten. Soll man voraussetzen, daß solche Leute Weizen bauen werden? Er glaube, diese Eisenbahn sei ein riesengroßer Blödsinn [a gigantic folly]. Wenn sie leichtere Bahnen bauen wollten, warum nicht in England, um hier die Wirtschaftsergebnisse der landbauenden Bevölkerung günstiger zu gestalten?«

Auch Dillon, der Irenführer, hielt »diese Eisenbahn für eine der üblen Früchte des imperialistischen Geistes [one of the evil fruits of the spirit of Imperialism]«. ⁵⁾

Ähnlich weit ging John Burns selbst noch ein paar Jahre darauf, als eigentlich die wahre Sachlage schon eher zu überblicken war:

»Er gehöre zu dem kleinen Abgeordnetenkreis, der sich dagegen auflehnte überhaupt nach Uganda zu gehen . . . , und solange er Abgeordneter sei, werde er auch die Gelegenheit benutzen gegen diesen Sündenfall, gleichviel ob Konservative oder Liberale seine Urheber seien, zu protestieren: gegen die Besitznahme eines Landstrichs wie Uganda. Dies war eines der schlimmsten der hirnverrückten imperialistischen Projekte [one of the worst of the crazy Imperial schemes], zu denen man neuerdings unser Land verleitet hat.« ⁶⁾

Alle diese Hoffnungslosigkeiten und Schwarzsehereien hat man mit der Zeit und mit den wachsenden, mitunter selbst die optimistischsten Kolonialfreunde überraschenden Erfahrungen aufgeben müssen. Und bald wird es hier allgemein ähnlich heißen wie in einem der Berichte des britischen Commissioners Sir C. Eliot über das Ostafrikanische Protektorat:

»Nur das dickköpfige Nashorn [the obstinate rhinoceros], das neue Ideen langsamer als andere Biester [beasts] aufnimmt, stellt sich mitunter dem Zug der Eisenbahn entgegen und bringt ihn wohl auch zum Entgleisen, obwohl es selber sein Leben dabei läßt.« ⁷⁾

XX
**KARL SEVERING · DIE POLITISCHE BEDEUTUNG
 DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG**



UF dem 4. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der im Jahr 1902 in Stuttgart tagte, hat der verdiente Führer der Bauarbeiterbewegung, der spätere Reichstagsabgeordnete Bömelburg, das so viel zitierte Wort geprägt: »Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins.« In der Folgezeit ist dieses Wort sowohl von Wortführern der gegnerischen Parteien als auch, von Agitatoren der sogenannten nationalen Gewerkschaftsbewegung (Hirsch-Dunckersche und christliche Gewerkschaften) besonders gegen die Werbetätigkeit der freien Gewerkschaften ausgenutzt worden. Man warf den Gewerkschaften vor mit der

⁵⁾ Siehe den Parlamentsbericht der Times vom 1. Mai 1900.

⁶⁾ Siehe den Parlamentsbericht der Times vom 10. Dezember 1902.

⁷⁾ Siehe den Report by his Majesty's Commissioner on the East Africa Protectorate, in den Hauptstellen im Wortlaut abgedruckt in den Times vom 17. August 1901.

in den Satzungen betonten politischen und religiösen Neutralität ein falsches Spiel zu treiben. In Wirklichkeit seien sie, wie der Ausspruch Bömelburgs beweise, keineswegs neutral sondern mit der *staats- und religionseindlichen* Sozialdemokratie identisch, ein Anhängsel dieser Partei. Trotz dem mit seinem Wort getriebenen Mißbrauch, der sich besonders drastisch zusammengefaßt in dem vorstehenden Satz ausdrückt, hat sich Bömelburg nicht gescheut seine Auffassung von der Zusammengehörigkeit der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften noch einmal in der selben ausgesprochenen Form auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß /1905/ zu wiederholen. Zugleich aber hat er zu verstehen gegeben, daß er nur eine *ideelle* Gemeinsamkeit der Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften im Auge hatte, als er von der Einheit und Einigkeit der beiden Teile der deutschen Arbeiterbewegung sprach. Für jemanden, der Bömelburg und seine Wirksamkeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kannte, bedurfte es dieser Erklärung und Einschränkung nicht. Selbst in den Kreisen der christlichnationalen Gewerkschaften genoß unser verstorbener Freund den Ruf größter Ehrlichkeit und Toleranz. Alle, die mit ihm zu tun hatten, wußten, daß er es mit der gewerkschaftlichen Neutralität ernst meinte, daß er gewissenhaft das vornehmste Gebot gewerkschaftlicher Politik verfolgte: die Mitglieder der Gewerkschaften ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinungen aufzunehmen und zu behandeln.

Und so wie es Bömelburg getan hat, haben alle Gewerkschafter die politische und religiöse Neutralität der Gewerkschaften aufgefaßt und respektiert. Mit ihm waren und sind aber auch alle darin einig, daß die modernen gewerkschaftlichen Organisationen in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung erblicken, und zwar nicht aus einem unklaren Gefühl heraus sondern im klaren Bewußtsein ihrer Lage. Dieser Standpunkt ist ebenso weit von einer verschwommenen Neutralitätsduselei entfernt wie von einer völligen Unterordnung der Gewerkschaften unter die Beschlüsse und Anordnungen der sozialdemokratischen Partei. Auch Bebel hat in einer im Jahr 1900 veröffentlichten Schrift entschieden den Grundsatz verfochten, daß eine Gewerkschaft ohne Befolgung der politischen und religiösen Neutralität ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen könne. Bebel aber wird niemand zum Vorwurf machen wollen, daß er damit die beiden großen Heersäulen der deutschen Arbeiterbewegung geschädigt oder auseinandergetrieben habe. Man darf das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei darum wohl so umschreiben, daß sie, bei aller Gemeinsamkeit ihrer Zweckbestimmung und Ziele, die materielle und geistige Befreiung der Arbeiter, sich doch auf verschiedenen Arbeitsgebieten bewegen, verschiedene Aufgaben zu erfüllen haben und verschiedene Methoden anwenden. Das schließt nicht aus, daß sich beide Teile auch zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden, ebensowenig wie es den Einfluß verhindert oder schwächt, den Charakter und Tempo der einen Bewegung auf die andere ausüben.

Wie einerseits die Parteientwicklung in Deutschland die Gewerkschaften und ihren Charakter ungemein beeinflußt hat, so haben andererseits die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt den Forderungen und Grundsätzen der politischen Parteien mindestens Anregungen gegeben und Interesse abgenötigt. Wären die Arbeiter und Arbeitervereine in den sechziger Jahren des

vergangenen Jahrhunderts vom liberalen Bürgertum anders behandelt worden, hätte zum Beispiel der Vorstand des Nationalvereins das Verlangen der Deputation eines großen Arbeiterbildungsvereins auf eine Vertretung der Arbeiter im Vorstand nicht mit der bornierten, herablassenden Antwort abgewiesen, die Arbeiter seien »die geborenen Ehrenmitglieder des Nationalvereins«, wer weiß, ob das Drängen der deutschen Arbeiter nach Schaffung von Organisationen zur Wahrnehmung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen so ungestüm hervorgetreten wäre wie es dann geschah! In Preußen und in den meisten anderen deutschen Staaten brauchten sich die Parteien zum Zweck des Zustandekommens *guter Wahlen* nicht sonderlich um die Arbeiter zu kümmern. Die Wahlgesetze räumten dem Arbeiter so geringen Einfluß ein, daß es nicht der Mühe lohnte ihn durch Versprechungen und Verpflichtungen zu gewinnen. Erst die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Norddeutschen Reichstag brachte die Fortschrittspartei auf den Gedanken sich durch Gewerkschaftsgründungen die Stimmen der Arbeiter zu sichern. Gleichzeitig entfalteten die sozialistischen Arbeiterorganisationen eine lebhafte Agitation zur Gründung zentralisierter Gewerksgenossenschaften. Die klerikalen Kreise glaubten der Arbeiter auch für ihre politischen Zwecke schon sicher zu sein, wenn die Arbeiter Mitglieder der religiösen Vereinigungen wurden. Erst in den neunziger Jahren, als durch die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands auch die katholischen Arbeiter und die Mitglieder evangelischer Arbeitervereine zur Stellungnahme zu beruflichen und wirtschaftlichen Tagesfragen gezwungen wurden, als durch die Steigerung der Stimmenzahlen für sozialdemokratische Kandidaten auch in Zentrumswahlkreisen die Unzufriedenheit der katholischen Arbeiter mit ihrer wirtschaftlichen Lage zum deutlichen Ausdruck kam, wurden die christlichnationalen Gewerkschaften geschaffen. So haben bei der Gründung aller Gewerkschaftsrichtungen politische Gründe mitgespielt; die Ziele, die Kampfmethoden und auch die Organisationsformen der einzelnen Richtungen sind von politischen Parteien beeinflußt worden.

Fragen wir uns nun, welchen Einfluß die Gewerkschaften im Lauf ihrer Entwicklung auf die politischen Parteien gewonnen haben, so ist zunächst festzustellen, daß die von den Fortschrittlern ins Leben gerufenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für die Haltung des politischen Liberalismus lange Zeit ohne jede Bedeutung geblieben sind. Ihre unklaren Grundanschauungen und Theorien blieben den deutschen Arbeitern fremd, so daß sie es im Lauf einer 40jährigen Entwicklung zu einem imponierenden Mitgliederstand nicht gebracht haben. Andererseits stand die in den Reihen der liberalen Parteien vertretene Manchesterdoktrin vom freien Spiel der Kräfte jeder Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch staatliche Einwirkung am schroffsten gegenüber. Erst in den letzten Jahren, besonders nachdem die Verbände der kaufmännischen und technischen Angestellten aus ihrer politischen Passivität herausgetreten sind, haben es die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vermocht engere Fühlung mit den Fortschrittlern und einen (allerdings immer noch sehr bescheidenen) Einfluß auf sie zu erringen.

Die christlichnationalen Gewerkschaften, die im Vergleich mit den Hirsch-Dunckerschen raschere Fortschritte verzeichnen können und in ihrer Mit-

gliederzahl besser dastehen, haben es bei der christlichsozialen und der Zentrumsparlei durchgesetzt, daß man bei politischen Wahlen auch ihre Vertreter bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt. Sowohl im Reichstag wie in mehreren Einzellandtagen sitzen Arbeiterabgeordnete als Mitglieder der christlichsozialen und der Zentrumsparlei. Die Arbeitervertreter der christlichsozialen Partei sind jedoch nur Kompromißabgeordnete, die ihr Mandat mehr der eigenartigen politischen Konstellation ihres Wahlkreises als dem Bestreben der Parteien verdanken auch der Arbeiterschaft politische Vertretung einzuräumen. Sie kommen zur Beurteilung der Frage, wie groß der Einfluß der christlichnationalen Arbeiterbewegung auf die politischen Parteien geworden ist, daher kaum in Betracht. Ein besserer Gradmesser ist da schon die Anzahl wie die Bedeutung der Arbeiterabgeordneten bei der Zentrumsparlei. Und da muß man schon sagen, daß im Verhältnis zu der großen Zahl katholischer Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft Zahl und Einfluß der Arbeiterabgeordneten des Zentrums doch recht gering sind. An Intelligenz und rednerischer Begabung nehmen es mehrere Arbeitervertreter der Zentrumsparlei mit den Repräsentanten anderer Berufsstände schon auf. Trotzdem bedeuten sie selber nur wenig. Doch können es ihre Gewerkschaften als einen Erfolg buchen, daß sich die großen Zentrumsfraktionen des Reichstags oder der Einzellandtage für spezifische Arbeiterforderungen immerhin interessieren.

Diese geschichtlichen Rückblicke und Feststellungen waren notwendig, um auf ihrem Hintergrund das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den modernen Gewerkschaften möglichst scharf hervortreten zu lassen. Politische Parteien werden nicht immer nach ihrem Sein sondern oft nur nach ihrem Schein beurteilt. Wenn das auf irgendeine Partei zutraf, dann auf die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Auf einem der ersten Parteitage nach dem Erlöschen des Ausnahmezustands, in Erfurt /1891/, gab sie sich ein Programm, dessen Forderungen an den heutigen Staat den Willen zur positiven Mitarbeit im Interesse der Arbeiter deutlich erkennen ließen. Und doch schien sie in den Parlamenten und in der Presse als die Partei des Nichts-als-Negierens und des Nichts-als-Kritisierens aufzutreten, als die unentwegte Verfechterin des Grundsatzes »Alles oder nichts!« Wer sich auf die Psychologie politischer Parteien versteht, dem wird dieser Widerspruch zwischen Schein und Sein kein unlösbares Rätsel bleiben. Daß in einer Partei, deren Mitglieder man mit dem Odium der Vaterlands- und Religionsfeindschaft behaftet und außerhalb des gemeinen Rechts gestellt hatte, die Erregung über die erlittene Unbill noch lange nachzitterte und sich in der schärfsten Kritik der bestehenden Zustände Luft verschaffte, war ganz natürlich. Die Nützlichkeit und Vortrefflichkeit eines Staates zu bejahen, der 12 Jahre lang die sozialistisch gesinnten Arbeiter ihrer Staatsbürgerrechte beraubt hatte, dazu konnte sich die Sozialdemokratie nicht sofort verstehen. Lange noch nach dem Fall des Ausnahmegesetzes hat die sozialdemokratische Partei, wenn auch unbewußt, unter dessen Nachwirkung gestanden, lange noch sind ihre Kampfmethoden von der sozialistengesetzlichen Praxis beeinflußt worden, und erst allmählich ist die Intransigenz der beharrlichen Kleinarbeit gewichen.

Soweit in dieser Aufwärtsentwicklung der Partei von der Verneinung zur

Bejahung überhaupt von einem Verdienst gesprochen werden kann, dürfen es die Gewerkschaften und die Gewerkschafter zu einem großen Teil für sich in Anspruch nehmen. Was Bebel im Jahr 1890 auf dem Parteitag in Halle über die Aufgaben der Partei sagte, als er erklärte, daß man schon heute die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern suchen müsse, daß man diese nicht auf einen fernen Zukunftsstaat vertrösten dürfe, war gewerkschaftlicher Geist im besten Sinn. In der Zustimmung zu den Novellen der sozialpolitischen Gesetze trug die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewerkschaftlichen Erfahrungen Rechnung. In den Forderungen auf Errichtung von Arbeitskammern und paritätisch geleiteten und verwalteten Arbeitsnachweisen ist die Partei den Gewerkschaften gefolgt; sie hat damit den Standpunkt aufgegeben gesetzliche Interessenvertretungen der Arbeiter als Kampfmittel zu betrachten, sie verlangt heute die Neutralisierung der Arbeitsvermittlung. Durch viele und wertvolle Gesetzentwürfe und Resolutionen, die von der sozialdemokratischen Partei auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, des Arbeiterrechts und der Arbeiterversicherung eingebracht worden sind, ist sie gewerkschaftlichen Forderungen und Bestrebungen nachgekommen. So erst, durch den Einfluß der Gewerkschaften, ist die Sozialdemokratie in Wahrheit zur politischen Vertretung der Arbeiterklasse geworden.

Einen interessanten Maßstab zur Beurteilung der Frage, wie groß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Partei geworden ist, bildet auch die Beteiligung der deutschen Arbeiter an der Maifeier, insbesondere an ihrer angeblich würdigsten Form, der Arbeitsruhe. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die Beteiligung an dieser Feier relativ und an den meisten Orten auch absolut zurückgegangen ist. Das liegt nicht an dem guten oder bösen Willen der Gewerkschaftsführer sondern daran, daß die erzwungene Arbeitsruhe am 1. Mai, als eine Anlehnung an die syndikalistische Kampfmethod der direkten Aktion, mit der Politik der deutschen Gewerkschaften und ihren Methoden nicht in Einklang zu bringen ist. Vergeblich hat sich eine große Anzahl von Parteiblättern, haben sich die politischen Organisationen an einzelnen Orten bemüht dem Abflauen der Maifeier entgegenzuwirken. Alle diese Versuche haben vor dem Krieg keinen Erfolg gehabt, und noch viel weniger werden sie ihn nach dem Krieg finden, wenn der Maifeierbeschluß der Internationale überhaupt noch in der heutigen Form bestehen bleiben sollte. Das zeugt nicht davon, daß sich die Gewerkschaften von der Partei entfernt hätten, sondern beweist im Gegenteil, daß sie innerhalb der Partei und ihrer Organisationen einflußreicher geworden sind. Mit diesem größern Einfluß werden die Gewerkschaften, besonders durch die Personalunion von Gewerkschaftern und Parteigenossen, die Partei immer mehr zur Inangriffnahme praktischer Reformarbeit drängen. Und soll diese Reformarbeit Erfolge bringen, dann wird die Partei noch mehr als bisher gezwungen sein mit denjenigen Parteien und Gruppen des neuen Deutschlands zusammenzuarbeiten, die die Produktivität des deutschen Volkes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung erhöhen wollen. Das bedeutet keineswegs eine grundsätzliche Anerkennung der heutigen politischen und gesellschaftlichen Zustände, das fordert nicht den leisesten Verzicht auf Neugestaltung der Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des heutigen Staates. Es verlangt nur, daß nicht eisgraue Theorien den Bedürfnissen der deutschen Arbeiterklasse vorangestellt wer-

den, und daß die Politiker die Kunst, die das Wesen der Politik ausmacht, verstehen lernen: den Augenblick und die Umstände zu nutzen, um Einfluß zu gewinnen, ohne den sich im politischen Leben nichts erreichen läßt. Wenn die Gewerkschaften dazu beitragen diese Auffassung vom Wesen der Politik (die von Prinzipienreitern als Opportunismus denunziert wird und darum wohl richtig sein muß) immer mehr zur Richtschnur der Tätigkeit der Partei zu machen, dann leisten sie nicht nur sich sondern auch der Partei einen guten Dienst.

Das ist aber nicht das einzige, wodurch sich die Gewerkschaften der Partei gegenüber erkenntlich zeigen und zeigten. Die Gewerkschaften stellen der Partei die wahrhaft überzeugten und treuesten Mitglieder und Wähler. So mußte es dahin kommen, daß nicht nur in den Organisationen der Partei sondern auch bei den Wahlen zu den politischen Vertretungskörperschaften die Masse der Gewerkschafter das Rückgrat der Partei bildet. So soll es auch sein, und so muß es bleiben. Aber nicht nur bei Wahlen sondern erst recht in der zähen, beharrlichen Kleinarbeit für die politischen Organisationen sollten die Gewerkschafter ihren Mann stellen, wenn sie sich den Einfluß der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Partei sichern und erhalten wollen.¹⁾ Zugegeben, daß das nicht immer ganz bequem und mühelos ist. Da entstehen Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über die Bedeutung der einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung, über ihre Kampfmethoden und ihre Kampfsmittel. Aber wenn der Mann, der heute an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsverbände überhaupt steht, in einem Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert nicht müde geworden ist der gewerkschaftlichen Idee Eingang und Anerkennung zu verschaffen, sollten wir da die geringe Mühe scheuen es ihm gleich zu tun? Für Legien war es zu Beginn der neunziger Jahre nicht leicht seine Auffassung von der Entwicklung und der künftigen Bedeutung der Gewerkschaften gegenüber dem Skeptizismus der namhaftesten Führer der Partei in der Arbeiterschaft durchzusetzen. Und als sich die Gewerkschaften zu achtungsgebietenden Organisationen entwickelt hatten, deren Arbeit den Revolutionsromantikern in der Partei zu nüchtern und kleinlich erschien, als eine gewisse Richtung sich bemühte auf den Stamm gewerkschaftlicher Tarif- und Sozialpolitik wieder einen Zweig unfruchtbarer Achtundvierzigerphraseologie aufzupropfen, da war es gleichfalls Legien, der den ungebeten und ungerufenen Gewerkschaftsrettern energisch und mutig entgegentrat, zum Nutzen aller Zweige der deutschen Arbeiterbewegung. So sollte jeder Gewerkschafter auch in der Partei auf dem Posten sein, um dadurch die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung zu schützen, die durch nichts mehr in Gefahr gebracht werden könnte als durch die Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Die Gewerkschaften haben nach dem Krieg große Aufgaben zu lösen, nicht allein im Rahmen ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Tätigkeit sondern weit darüber hinaus. Der Geist der Politik des 4. August 1914 war auch gewerkschaftlicher Geist. Erst durch die Tätigkeit der Gewerkschaften ist die These »Der Arbeiter hat kein Vaterland« unhaltbar ge-

¹⁾ Siehe die in jedem Betracht beherzigenswerten Ausführungen Legiens Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am innern Parteileben beteiligen? /Berlin 1915, sowie seinen Artikel Parteizerstörer, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 621 ff.

worden. Die Arbeiter haben sich eine wirtschaftliche Stellung errungen, deren sie durch einen unglücklichen Krieg verlustig gehen könnten. Es ist auch gewerkschaftlicher Geist, der sich in den heldenmütigen Anstrengungen und Entbehrungen der deutschen Soldaten offenbart. Ihn heißt es für die Aufgaben wachzuhalten, die der deutschen Arbeiterschaft im neuen Deutschland zufallen werden, für den Augenblick, in dem es gilt aus den Trümmern des Weltkriegs, aus dem Schutt der alten Zeit ein neues, freies Vaterland erstehen zu lassen, das auch der deutsche Arbeiter sein eigen nennen kann. Es gibt deshalb keine würdigere Feier des Jubeltags der Gewerkschaften, als wenn die gewerkschaftlich organisierten Millionen das Gelübde ablegen dem Geist der Gewerkschaftsbewegung, dem Geist der produktiven Arbeit treu zu bleiben, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse in ihrer Politik sich nicht der unfruchtbaren Negation überläßt sondern in unablässigem Schaffen ihre große nationale Aufgabe erfüllt und damit den großen Menschheitszielen näher kommt.

XX

EDMUND FISCHER · DIE GEISTIGE BEDEUTUNG DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



Die freien Organisationen sind ein Protest gegen die Annahme, daß die Dinge in der Gesellschaft oder Menschheit sich von selbst machen oder ausreichend und erschöpfend bloß von den offiziellen Organen der Gesamtheit hergestellt werden können. Sie sind das Mittel der an der Zivilisation bewußt und freiwillig arbeitenden Privatpersonen und Ausdruck der Überzeugung, daß solches Mitarbeiten der einzelnen unerläßlich ist.«¹⁾

Auf keine der vielen anderen Organisationen trifft diese vom ehemaligen österreichischen Justizminister Dr. Franz Klein gegebene ausgezeichnete Charakterisierung des Organisationswesens besser zu als auf die Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Organisationen mit ihren Millionen von Mitgliedern bilden heute in Deutschland einen großen und mächtigen demokratischen Selbstverwaltungsorganismus, der in selbstschöpferischem Wirken am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Neubau der Gesellschaft mit großem Erfolg arbeitet. Nur aus einer Verkenning des Werdegangs der Gesellschaft heraus kann die Auffassung entstehen, die auch in der Sozialdemokratie noch nicht ganz überwunden ist: der Wert der Gewerkschaften liege nur darin, daß sie den Arbeitern höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, also eine kleine wirtschaftliche Besserstellung verschaffen oder gar nur eine Verschlechterung ihrer Lage verhindern könnten.

Das wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Werden vollzieht sich im wesentlichen in den lebendigen Organisationen des Volkes, dem die staatliche Gesetzgebung nur bindend, regelnd, ausbauend folgen kann. Ohne direkt an politischen Aktionen oder an der staatlichen Gesetzgebung teilzunehmen, arbeiten die Gewerkschaften an der Regelung der Produktion, an der Sozialisierung und auch Demokratisierung der Gesellschaft. Sehr treffend nennt Hugo Sinzheimer den Arbeitstarifvertrag eine genossenschaftliche Rechtsbildung, die einen doppelten Vorteil habe:

»Sie empfängt das Recht aus erster, nicht aus zweiter Hand und macht, soweit sie wirksam ist, staatliches Gesetz überflüssig.«²⁾

¹⁾ Siehe Klein Das Organisationswesen der Gegenwart /Berlin 1913/, pag. 297 f.

²⁾ Siehe Sinzheimer Der Tarifvertrag in Deutschland, in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung, 3. Band, 1915, pag. 554.

Bis heute hat die Gesetzgebung den von der Sozialdemokratie schon vor Jahren beantragten 10stündigen Maximalarbeitstag noch nicht geschaffen, die Gewerkschaften aber haben ihn zustande gebracht und darüber hinaus die Arbeitszeit verkürzt. Die alte Vereinsgesetzgebung ist durch die Entwicklung der Gewerkschaften außer Kraft gesetzt worden, der Beschluß des Reichstags war nur noch eine Formalität; denn die Millionen von Mitgliedern der gewerkschaftlichen Organisationen, die täglichen Zugänge und Abgänge polizeilich zu registrieren und die Zehntausende von Versammlungen und Sitzungen polizeilich zu überwachen war nicht nur sinn- und zwecklos sondern auch gänzlich unmöglich geworden. Ohne die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen würde die Gewerbeaufsicht wenig auszurichten vermögen, wie die staatliche Sozialversicherung ohne die Gewerkschaften nicht ihre heutige Bedeutung erlangt hätte. Allen Aufgaben und Errungenschaften der Gewerkschaften voran steht aber ihre Erziehung der Massen, die Hebung der Arbeiterklasse auf ein höheres kulturelles Niveau, von dem aus erst sich der weitere wirtschaftliche, soziale und politische Aufstieg vollziehen kann.

Als vor mehr als einem Vierteljahrhundert Max Schippel in einer Rede vor den Berliner Maurern ausführte, daß sich mit der gewaltigen erzieherischen Wirksamkeit der Gewerkschaften alle Fortbildungsschulen und Fachschulen, alle Kirchen, Bibliotheken und Museen, wie sie heute beschaffen sind, nicht messen könnten³⁾, steckte die Gewerkschaftsbewegung noch in ihren ersten und sehr bescheidenen Anfängen. Bereits 9 Jahre später konstatierte der konservative Nationalökonom Dr. Rudolf Meyer, daß die deutsche und die schweizerische Industrie den großen Aufschwung, den sie genommen haben, und der sich sogar in England fühlbar mache, zum Teil den Organisationen der Arbeiter verdanken:

»Diese haben den Arbeitern bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Lebensstellung und gesteigerte Geschicklichkeit erkämpft. Die Streiks selbst, die Verteidigung in den Zeiten des Sozialistengesetzes, die Unterstützung, die sie sich darin gegenseitig gewährten, die Treue, die sie sich bewiesen, waren Mittel zur Entwicklung der besten geistigen Eigenschaften der Arbeiter. Das alles ist ihnen bei der Arbeit nützlich geworden.«⁴⁾

In welchem Maß aber nun die erzieherische Wirksamkeit der Gewerkschaften gestiegen ist, geht schon daraus hervor, daß heute die freien Gewerkschaften rund 2½ Millionen Mitglieder haben, gegen nur 227 000 im Jahr 1892 und 330 000 im Jahr 1896.

Eine aus Millionen von sozial und geistig tiefstehenden Individuen bestehende Masse kann aus dem materiellen und geistigen Elend auf eine lichtere Höhe nur emporgehoben werden, wenn sie in Bewegung gebracht wird, um, erfüllt von einem hohen Ideal, einem großen sozialen und politischen Ziel zuzustreben. Die Arbeiterbildungsvereine, die in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von den Liberalen ins Leben gerufen wurden, würden auf das geistige Niveau der Arbeiter im allgemeinen auch dann keinen merklichen Einfluß ausgeübt haben, wenn sie einen wesentlich größeren Umfang erreicht hätten als es tatsächlich der Fall war. Indes konnten auch die parteipolitischen Organisationen der Sozialdemokratie die Aufgabe nicht erfüllen. Den gewerkschaftlichen, nicht den politischen Organisationen strömten die größeren Massen zu, weil die gewerkschaftlichen Ziele auf das

³⁾ Siehe Schippel Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung (Berlin 1889), pag. 27.

⁴⁾ Siehe Meyer Die Anfänge der evangelischsozialen Bewegung, in der Zukunft, 1897, pag. 446.

gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Arbeiter in der Gegenwart gerichtet sind, also den Arbeitern am nächsten liegen. Eine kulturelle Beeinflussung der Arbeiter kann ja auch nur bei gleichzeitiger Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter erzielt werden. Erst nach der von den Gewerkschaften erkämpften Verkürzung der Arbeitszeit konnte der Arbeiter überhaupt Bücher lesen, Vorträge, Bibliotheken, Ausstellungen, Konzerte, Theater besuchen, sich rege am politischen und kulturellen Leben beteiligen. Vor allem aber muß der Arbeiter erst wenigstens bis zu einem gewissen Grad auch persönliche Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen, bevor er sich den politischen und geistigen Interessen widmen kann. Persönliches oder gesellschaftliches Eigentum aber, das Freiheit und Unabhängigkeit verschafft, kann der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft nicht in genügendem Maß erringen. Sein Eigentum ist das Arbeitsverhältnis, das ihm die Gewerkschaft gestaltet und verbürgt. In der Gewerkschaft findet der Arbeiter den wirtschaftlichen Rückhalt, der bei ihm ein Gefühl der Sicherheit und das Bewußtsein aufkommen läßt persönlich frei und wirtschaftlich unabhängig, kapitalistischer Willkür nicht unterworfen zu sein. Das gibt ihm die Kraft aufrecht zu gehen, einer geistigen oder politischen Überzeugung zu leben.

Ihrem ganzen Wesen nach, ihren Aufgaben entsprechend, mußte die Gewerkschaftsbewegung ein Kulturträger werden. Die gewerkschaftliche Tätigkeit an sich regt die Arbeiter zum Nachdenken an und verschafft ihnen einen nicht geringen Einblick in das ganze Wirtschaftsgetriebe, weckt ihr Solidaritätsgefühl und stärkt ihre Ausdauer und ihren Opfermut. Aus der gewerkschaftlichen Aufgabe heraus die Lage der Arbeiter augenblicklich zu verbessern wuchs aber auch mit Naturnotwendigkeit die Beschäftigung mit allen praktischen sozialen Fragen, mit der sozialen Versicherungsgesetzgebung und mit der Wohnungsfrage, mit dem Genossenschaftswesen und der Ernährungsfrage, kurzum mit dem ganzen Gebiet der sozialen Reform. Die Mitglieder der Gewerkschaften wurden dadurch zu einer praktischen Politik erzogen, die frei ist von spintisierendem Doktrinarismus. Aber die Gewerkschaften konnten auch nicht dabei stehenbleiben die Lage der Arbeiter rein materiell zu verbessern. Höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bedeuten nur dann auch eine höhere Lebensweise, wenn sie den Arbeitern eine größere Summe von Lebensgütern und höhere Lebensgenüsse verschaffen. So mußten die Gewerkschaften dazu übergehen ihren Mitgliedern gegen einen geringen Betrag den Besuch guter Konzerte, Theater, wissenschaftlicher und künstlerischer Vorträge zu ermöglichen und auch im Sommer größere Reisen zu organisieren. Statistisch ermessen läßt sich diese Pflege der allgemeinen Bildung, der Kunst und des kulturellen Gnießens durch die Gewerkschaften nicht oder nur zu einem kleinen Teil. Denn das meiste geschieht ja nicht innerhalb der Gewerkschaften selbst sondern mit deren Hilfe, oft ohne materielle Aufwendungen aus der Gewerkschaftskasse. Daß die Gewerkschaften jährlich rund 300 000 Mark (1913 284 357 Mark) für ihre Bibliotheken aufwenden, deren Bücherbestand 1913 auf 833 857 angegeben wird, die Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen jährlich 700 000 Mark erfordern, die Generalkommission der Gewerkschaften im Jahr 1913 für die Gewerkschaftsschule 53 022 Mark ausgegeben hat, bringt zusammen nur einen winzigen Teil dessen zum Ausdruck, was die Gewerkschaften jährlich auf kulturellem Gebiet leisten. Erzieherisch und bildend auf ihre 2½ Millionen Leser wirken auch die Verbandsorgane der

freien Gewerkschaften, von denen Dr. Waldemar Zimmermann im Jahr 1907 schrieb:

»Die Presse der sozialdemokratischen Gewerkschaften gewann mit der Ausdehnung des Mitgliederkreises gewaltig an Verbreitung. Gehalt und Ton der Gewerkschaftsblätter heben sich andauernd. Ohne ihre belehrende, aufklärende und erziehlische Einwirkung wäre die besonnene Leitung der Riesenmassen . . . nicht denkbar. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission überragt an Sachkunde, Gediegenheit des Inhalts und folgerichtiger Urteilskraft die führende Wochenschrift der Arbeitgeberverbände um ein Bedeutendes.«⁵⁾

Das kulturelle Niveau der Gewerkschaftskreise, wie es sich in dem Ringen und Aufwärtstreiben eines Vierteljahrhunderts herausgebildet hat, kam am deutlichsten durch den Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission im Jahr 1907 zum Ausdruck für den Umbau der Treptower Sternwarte, der 270 000 Mark erforderte, einen Beitrag von 80 000 Mark durch feste Übernahme von 100 000 Eintrittskarten zur Verfügung zu stellen. Die Berliner Gewerkschaften haben damit die unschätzbaren Einrichtungen und Sammlungen der Sternwarte, die in einer elenden Bude untergebracht waren, aus der Gefahr gerettet durch Witterungsunbilden zerstört zu werden. Ähnliches hat sich auch in anderen Städten zugetragen. Heute wissen alle Leiter wissenschaftlicher oder künstlerischer Institute die Gewerkschaften zu schätzen, deren Hilfe sie vielfach in Anspruch nehmen. Auch die neueren Gewerkschaftshäuser und gewerkschaftlichen Verwaltungsgebäude lassen den Geist erkennen, der heute in den Gewerkschaften herrscht.

Die Gewerkschaften haben aber auch nicht nur auf die Arbeiter sondern auch auf die Unternehmer, die staatliche Verwaltung, die Regierung und die ganze bürgerliche Welt erzieherisch gewirkt, indem sie ihnen eine höhere Bewertung der Arbeiter beibrachten. Im wirtschaftlichen, sozialen, politischen und privaten Leben der Arbeiter und auch der Gesamtheit zeigen sich die Wirkungen des geistigen, erzieherischen Einflusses der Gewerkschaftsbewegung, die einen Kulturfaktor von hoher Bedeutung bildet.

XX
**PAUL KAMPPMEYER · DIE INTERNATIONALEN
 VERBINDUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN**



N den Tagen, da die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften durch den Weltkrieg jäh zerrissen wurden und sich bereits überhitzte Chauvinisten in den uns bekriegenden Staaten über einen schimpflichen Hinauswurf des organisierten deutschen Proletariats aus der Internationale der Arbeit ereiferten, mag dieser oder jener Sozialist wohl von einer gewissen Wehmut beschlichen worden sein, wenn er seinen Blick äußerlich auf den Stand der gewerkschaftlichen Internationale im Jahr 1913 richtete.¹⁾ Erstreckte sich doch der Internationale Gewerkschaftsbund in jenem Jahr schon über 18 Länder. Von den 13^{1/2} Millionen Gewerkschaftsmitgliedern dieser Länder zählten rund 7,4 Millionen zur gewerkschaftlichen Internationale. Und wie ein hoffnungsreiches Prognostikon künftiger internationaler Machtentfaltung erfreute ihn wohl die Kunde, daß sich die Gewerkschaften Südafrikas und Neuseelands dem Bund neu angeschlossen hatten und der Anschluß der

⁵⁾ Siehe Zimmermann Arbeiter- und Angestelltenverbände, im Jahr- und Lesebuch Die Weltwirtschaft 2. Jahrgang, 2. Teil /Leipzig 1907/, pag. 265.

¹⁾ Siehe Legien Die gewerkschaftliche Internationale 1910 bis 1913, in den Sozialistischen Monatsheften 1914, 1. Band, pag. 3 ff.

übrigen australischen Gewerkschaften wohl noch zu erwarten war. Jedenfalls umschloß der Internationale Gewerkschaftsbund 1913 schon 21 Länder. Rapid war das äußere Wachstum dieses großen internationalen Bundes gewesen: Er vereinigte in sich 1903 1 718 669, 1906 3 706 425, 1909 5 859 257 und 1912 7 334 900 Gewerkschaftsmitglieder. Und doch würden wir uns über die tatsächlichen Machtverhältnisse dieser gewerkschaftlichen Internationale schwer täuschen, wenn wir uns an den Millionenziffern dieses Bundes berauschen würden. Nicht daß Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter äußerlich zusammengeschart sind, darf unser Werturteil über diesen Bund bestimmen, sondern das, was diese Millionen tatsächlich durch ihre Kollektivarbeit leisten.

Zunächst ist unverkennbar durch die moderne Gewerkschaftsinternationale ein tieferes Verständnis für die wirtschaftlichen Kampfbedingungen der Arbeiter herbeigeführt worden. Namentlich dank den unermüdlichen Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften betätigten sich bereits vor dem Ausbruch des Weltkriegs 32 internationale Sekretariate im Interesse der gegenseitigen Verständigung und Unterstützung der Arbeiter. Diese Sekretariate sind im wesentlichen deutsche Schöpfungen; denn von diesen 32 Sekretariaten haben allein 27 ihren Sitz in Deutschland; außerdem sind nur noch 2 Sekretariate in England, 2 in Holland und 1 in der Schweiz domiziliert. Die Berichterstattung wird besonders fleißig von den deutschen Sekretären gepflegt. Leider muß sich diese heute noch nach langjähriger Tätigkeit auf ein recht lückenhaftes Informationsmaterial aufbauen. Und daher ist ein sehr wesentlicher Zweck dieser Sekretariate: die Schaffung einer einigermaßen brauchbaren internationalen Gewerkschaftsstatistik zur richtigen Abschätzung der Machtverhältnisse der Organisationen, nicht erfüllt worden. Werfen wir nämlich einen Blick auf die im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands abgedruckte Tabelle der Mitglieder, der Einnahmen und Ausgaben der 32 internationalen Gewerkschaftssekretariate im Jahr 1912, so müssen wir feststellen, daß allein 9 Sekretariate gar nicht die Mitglieder der internationalen Berufsorganisationen mitteilen konnten. Darin spricht sich entschieden das geringe Interesse aus, das ganze Zweige der Gewerkschaftsbewegung an der Statistik als an einer Grundlage internationaler Organisationsarbeit nahmen. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission muß daher unter dem 18. April 1914 tadelnd hervorheben, daß der 10. Jahresbericht der gewerkschaftlichen Internationale die gleichen Lücken aufweist wie alle früheren; das »deutet auf schwer überwindliche Widerstände in den einzelnen Ländern hin«:

»Von England und Frankreich scheint es schlechterdings unmöglich zu sein etwas über die Finanzen der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften zu erfahren; als ob es sich um ein höchst gefährliches Geheimnis handelte, werden diese Dinge vor dem Auge der profanen Öffentlichkeit behütet. . . Wenn nur der ernste Wille vorhanden wäre, wäre die Statistik allenthalben längst eine bessere geworden. Aber an diesem Willen scheint es vielfach zu fehlen.«²⁾

Für eine geregelte Tätigkeit der internationalen Sekretariate hat es vor allem an einer festen materiellen Unterlage gemangelt. In der Tabelle der Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate für 1912 fehlt nämlich bei 13 Sekretariaten jede Angabe über Einnahmen und Ausgaben. 18 Sekretariate verzeichnen nur regelmäßige Jahresbeiträge. Schon

²⁾ Siehe den Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1912 im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 18. April 1914.

deshalb scheint die Tätigkeit dieser Sekretariate zur Unfruchtbarkeit verdammt zu sein. Und dieser rein äußere Eindruck wird im wesentlichen durch die Übersicht über die internationalen Leistungen der Gewerkschaften bestärkt.

Es sind tatsächlich, wenn man die Leistungen der Gewerkschaftsinternationale für Unterstützungen, Streiks und Aussperrungen im Jahr 1912 ins Auge faßt, recht spärliche Summen für diesen Zweck geopfert worden. Aus der Statistik der Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate im Jahr 1912 ersehen wir, daß für Streiks und Aussperrungen im Jahr 1912 verausgabt wurden: von den Bäckern 41 095 Mark, von den Schuhmachern und Lederarbeitern 4424, von den Glasarbeitern 10 735, von den Hutarbeitern 2550, von den Buchdruckern 6545, von den Steinarbeitern 1746, von den Transportarbeitern 100, von den Holzarbeitern 10 300 Mark. Nicht einmal 80 000 Mark wurden für internationale Streiks und Aussperrungen geopfert, und von dieser kleinen Summe entfiel mehr als die Hälfte, nämlich 41 095 Mark, auf die Unterstützung eines schwedischen Lohnkampfs. Das ganze Ausgabenbudget der Gewerkschaftsinternationale beträgt überhaupt nur 168 203 Mark.³⁾

Man kann hier selbstverständlich nicht die vielen Einzelziffern der internationalen Leistungen der 32 Sekretariate aufmarschieren lassen. Vielmehr muß es genügen die internationale Wirksamkeit der größten Verbände kurz zu kennzeichnen. So buchte das internationale Sekretariat des Metallarbeiterverbands im Jahr 1912 1 106 003 Mitglieder. Es vereinnahmte in diesem Jahr nur 11 405 Mark. Für Streiks und Agitation wurde kein Heller verausgabt. Der größte Teil der Ausgaben, 7036 Mark, floß für Bücher, Drucksachen, Zeitungen, dazu 1940 Mark für Verwaltung. Der regelmäßige Jahresbeitrag für das internationale Sekretariat war sehr winzig bemessen, nämlich auf 1½ Centimes pro Mitglied und Jahr. Zu den festestgeführten internationalen Gewerkschaftsorganisationen zählt die Internationale Holzarbeiterunion. Sie umfaßt 41 Verbände in 20 Nationen und nahezu 400 000 Mitglieder. Aber bezeichnend für die Internationalität dieses Verbands ist die Tatsache, daß etwa die Hälfte ihrer Mitglieder auf Deutschland entfällt. Im Jahr 1912 wurden 3 Verbände durch die Union mit 10 564 Mark unterstützt. Das ist ebenfalls nur eine geringe Hilfeleistung. Der Bauarbeiterverband bucht 1912 keine Ausgabe für internationale Zwecke. Das Sekretariat der Bauarbeiter berichtet charakteristischerweise, daß der Anschluß des amerikanischen Verbands von dessen Mitgliedern abgelehnt wurde, weil sie befürchteten in hohem Grad zu den Kosten der Kämpfe in Europa herangezogen zu werden. Streiks fanden 1912 nur in Deutschland und Österreich statt, ohne daß die Internationale um Unterstützungen angerufen wurde. Der Zentralrat der Internationalen Transportarbeiterföderation mit 881 950 Mitgliedern gab für internationale Streiks und Aussperrungen nur 100 Mark aus. Die Organisationen des Transportgewerbes mußten noch vielfach mit lokalistischen und separatistischen Strömungen rechnen.

Gewiß, die von deutschen Arbeitern geleiteten internationalen Berufssekretariate haben sich im letzten Berichtsjahr 1912 emsig gerührt, um den Geist proletarischer Solidarität in den Gewerkschaften aller Länder zu wecken. Die meisten internationalen Berufssekretariate gaben eigene Organe heraus;

³⁾ Siehe den 10. Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung /Berlin 1913/, pag. 255 ff.

ja die der Handlungsgehilfen, Lithographen, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Holzarbeiter erschienen monatlich in 3 bis 4 Sprachen. Das Sekretariat der Transportarbeiter ließ neben einem wöchentlichen Korrespondenzblatt eine wöchentliche Korrespondenz erscheinen. Und die übrigen Sekretariate veröffentlichten ihre Bulletins in längeren Fristen oder nach Bedarf. In der Tat warfen die Berufssekretariate bei ihren mageren Budgets relativ fette Summen für Drucksachen aus. Aber leider hat all das bedruckte Papier nicht internationale gewerkschaftliche Schaffensfreudigkeit und tatenzeugenden Opfermut in großem Stil entfesseln können. Zu allen großen internationalen Gewerkschaftsaktionen sandte wohl Frankreich viele heiße Brudergrüße, aber recht spärliche Brudergroschen. Und die englischen finanziell gut fundierten Gewerkschaften maßen sehr haushälterisch ihren ausländischen Kameraden die Unterstützungen zu. Hier nur ein Beispiel für viele: Im Jahr 1909 wurde die schwedische Arbeiterschaft durch eine allgemeine Aussperrung vor einen Entscheidungskampf von grundsätzlicher Bedeutung gestellt. Damals gingen durch freiwillige Sammlungen der internationalen Arbeiterschaft 2 273 345,95 Kronen ein. Zu dieser Summe steuerten allein die deutschen Arbeiter 1 030 286,71 Kronen bei, dagegen die Engländer nur 35 788,02 Kronen und die Franzosen gar nur 5445,10. Zu dieser Tatsache bemerkte mit Recht das Korrespondenzblatt der Generalkommission:

»Das Resultat der Sammlungen lehrt jedenfalls, daß die internationalen Verbindungen noch nicht die Festigkeit erlangt haben, die in solchen Kämpfen notwendig ist.«¹⁾

Weshalb diese »Verbindung« nicht die nötige »Festigkeit« gewann, das haben wir aber nicht einer gewissen Knickrigkeit und Herzenshärte der englischen oder französischen Nation zuzuschreiben sondern der eigenartigen, historisch bedingten Entwicklung ihrer Gewerkschaftsbewegungen.

Ja, dieser internationalen Gewerkschaftsbewegung (und das ist ein recht greifbarer Beweis ihrer bisherigen Ohnmacht) gelang es nicht einmal eine auf Gegenseitigkeitsverträgen gegründete gewerkschaftliche Freizügigkeit für die größeren Gewerkschaften in den großen Kulturländern zu schaffen. Der gewerkschaftliche Gegenseitigkeitsvertrag ist aber eine internationale gewerkschaftliche Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Sie schafft für den einwandernden Arbeiter vielfach erst die Möglichkeit einer ausreichenden Existenz und verhütet sein Versinken in die soziale Verfaulungsschicht des Lumpenproletariats. Und gerade in den Ländern einer scharfen Trennung der gelernten organisierten von den ungelerten, unorganisierten Arbeitern ist dieses Versinken eine ständig drohende Gefahr für den einwandernden Proletarier. Daher drängten die Führer der freien Gewerkschaften Deutschlands auch stets auf den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen, auf die tatsächliche Einführung der Freizügigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen Ländern. Wiederholt erhoben sie heftige Vorwürfe gegen die Engländer, weil diese sich gegenüber den tatsächlich erst die gewerkschaftliche Freizügigkeit schaffenden Beschlüssen der gewerkschaftlichen internationalen Sekretärkonferenzen ziemlich taub verhalten hätten. Wir erinnern hier nur an die Aussprache der 6. internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen vom 30. August bis zum 1. Sep-

¹⁾ Siehe den Artikel Die Lehren des schwedischen Riesenkampfes im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 25. Dezember 1909.

tember 1909 in Paris. Gegenüber diesen Vorwürfen erklärten die Engländer, daß sie sich zwar im Sinn des Freizügigkeitsprinzips betätigt hätten, daß aber immer noch die hohen Unterstützungssätze der englischen Gewerkschaften, mit denen die Einrichtungen der kontinentalen Organisationen noch meist in keinem Vergleich ständen, ein Hindernis wären. Nach ihren Erklärungen mehrte sich die Zahl der englischen Gewerkschaften, die ausländische Gewerkschaftsmitglieder ohne Eintrittsgeld und unter Anrechnung der alten Mitgliedschaft aufnahmen. Sie betonten ferner, daß die gewerkschaftliche Freizügigkeit besonders durch den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den einzelnen Berufs- oder Industrieverbänden hergestellt werden könnte.

Der Abschluß der gewerkschaftlichen Gegenseitigkeitsverträge will und will in romanischen und angelsächsischen Ländern nicht recht in Fluß kommen. Einige große Verbände haben wohl zahlreiche internationale Kongresse zu gegenseitiger Aussprache abgehalten, aber sie haben nicht einen tatsächlich befriedigenden Zustand gewerkschaftlicher Freizügigkeit ins Leben rufen können. Dem 23. internationalen Bergarbeiterkongreß im August 1912 lag ein von deutscher und holländischer Seite gestellter Antrag vor das zwischen den nationalen Bergarbeiterorganisationen bestehende Gegenseitigkeitsverhältnis weiter auszubauen. Es kam nun zu dem Beschluß die nationalen Sekretäre zu verpflichten baldmöglichst einen Bericht über Beiträge und Unterstützungseinrichtungen der Landesverbände abzufassen, damit an der Hand dieses Materials ein Schema aufgestellt werden könne, nach dem die Aufnahme der ihren Wohnsitz wechselnden Mitglieder mit voller Ansehung ihrer in der frühern Organisation erworbenen Unterstützungsrechte zu erfolgen habe. Also damals handelte es sich erst um Ausarbeitung eines Schemas! Ob in der Zwischenzeit ein umfassender Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Der internationalen Buchdruckerorganisation waren im Jahr 1912 bereits 18 Landesorganisationen angeschlossen. Auf dem 6. internationalen Kongreß im August 1912 waren die Engländer nur als Gäste anwesend. Sie erklärten, daß sie sich auf dem Kongreß von der Notwendigkeit des Anschlusses ihrer Organisationen an die festländischen Verbände »überzeugt« hätten. Aber wir hörten darüber nichts, was sie wirklich für diese ihre Überzeugung getan haben. Der Abschluß der Gegenseitigkeitsverträge vollzieht sich leider, wie das Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbands beweist, ungeheuer schleppend oder gelangt überhaupt nicht zu einem ersprießlichen Resultat.

Die Geschichte der Metallarbeiterinternationale ist im Grunde genommen eine fast 25jährige Leidensgeschichte, eine Geschichte hochfliegender, aber durch die Nüchternheit des Werkeltags grausam zerstörter Pläne. Im Jahr 1891 geht schon von dem Vorsitzenden des Deutschen Schlosser- und Maschinenbauerverbands ein Aufruf an die »Metallarbeiter aller Länder« für ein »Zusammenwirken aller Kräfte und aller Nationen« namentlich bei eintretenden Streiks und Aussperrungen. Wohl kam nach langwierigen Verhandlungen ein internationales Informationsbureau der Metallarbeiter zustande, aber die internationalen Aufgaben dieses Bureaus blieben leider durchweg ungelöst. Immer und immer wieder vernehmen wir die Klage, daß sich die Engländer gegenüber diesem internationalen Informationsbureau passiv verhielten. Noch in diesem Jahr hat der Vorsitzende des Deutschen Metall-

arbeiterverbands Alexander Schlicke in einer trefflich unterrichtenden Rede vor der Mitgliederversammlung am 21. März im Hamburger Gewerkschaftshaus diese Klage erneuert. Der Rede seien folgende charakteristische Stellen entnommen:

»In England bestanden seit Jahren und Jahrzehnten Organisationen der Metallarbeiter, an eine Reform oder einen Wiederaufbau wie in Deutschland, Österreich und den meisten europäischen Ländern auf dem Festland brauchten die Engländer nicht zu denken. Um das Interesse der Engländer für die internationale Sache zu beleben, wurde der Sitz des internationalen Informationsbureaus nach Sheffield in England verlegt und der schon auf der ersten Konferenz anwesende Silberarbeiter Charles Hobson zum internationalen Sekretär ernannt. Auch ihm gelang es nicht die Engländer in größerer Zahl für die internationale Sache zu gewinnen, im Gegenteil, als im Jahre 1898 der große Maschinenbauerstreik in England ausbrach, rührte sich der Sekretär des internationalen Informationsbureaus nicht, berief auch nach Abschluß des Streiks nicht einmal einen internationalen Kongreß ein sondern tat dieses erst im Jahr 1900 gelegentlich des allgemeinen sozialistischen Arbeiterkongresses, während er nach Kongreßbeschuß dies schon 1898 hätte tun sollen.«²⁾

Die wichtigste Aufgabe einer Metallarbeiterinternationale wäre die Begründung eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen allen dem internationalen Bund angeschlossenen Organisationen gewesen. Dieses Gegenseitigkeitsverhältnis mußte sich nach einer Resolution des Kongresses in Brüssel /1907/ vor allem erstrecken auf die Erhaltung der Mitgliedschaft im Ausland, auf die Erhaltung des Rechts auf Unterstützung im Ausland und auf gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, die die Mittel der Landesorganisationen in außerordentlichem Maß in Anspruch nehmen. Bis zum Beginn des Weltkriegs war aber die Regelung des Gegenseitigkeitsverhältnisses noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Gegenseitigkeitsvertrag sollte nach englischen Vorschlägen folgende Punkte behandeln:

1. die Erhaltung der Mitgliedschaft im Ausland, die auf Grund eines Ausweises vom internationalen Bund geschehen sollte;
2. die Unterstützung bei Streiks, die in moralischer und materieller Unterstützung bestehen sollte, wovon die moralische Fernhaltung des Zuzugs und Erklärung eines Sympathiestreiks, die materielle Aufbringung von Mitteln durch Umlageverfahren, jedoch nicht über die Dauer von 6 Wochen, bestand. Die Höhe eines wöchentlichen Extrabeitrags sollte nicht über 8 Pfennig pro Mitglied betragen.«³⁾

Über diesen Gegenseitigkeitsvertrag stimmten die englischen Organisationen vom 1. Oktober 1913 bis zum 1. April 1914 ab, aber sie ließen trotz den an sie gerichteten Anfragen nichts von sich hören. Und daher konnte eine von dem internationalen Sekretär in Aussicht genommene Konferenz zur Feststellung des endgültigen Wortlauts, zur Ausarbeitung der Formulare des Gegenseitigkeitsvertrags nicht stattfinden, »weil bis zum Ausbruch des Krieges seitens der Engländer keinerlei Nachricht eingegangen war«.

Die Aufgaben der Metallarbeiterinternationale waren gewiß nicht himmelstürmend, und doch blieben sie, trotz einer fast 25jährigen internationalen Tätigkeit, in ihrem wesentlichen Teil unerledigt. Stark resigniert legt Schlicke seine schmerzlichen Erfahrungen über die Metallarbeiterinternationale in folgenden Sätzen nieder:

»Auf dem ersten Kongreß 1893 in Zürich wurde schon die Schaffung von Gegenseitigkeitsverträgen als wichtige Aufgabe bezeichnet, und 20 Jahre später, 1913, konnte erst der Schritt getan werden, der zu ihrer allgemeinen Anerkennung führen könnte. Wenn man sich diesen Schneckengang der Verständigung vergegenwärtigt, wird man begreifen, warum die alte Internationale nicht bestehen bleiben konnte,

²⁾ Siehe Schlicke Internationale Verbindungen der Gewerkschaften /Hamburg 1915/, pag. 21 f.

³⁾ Siehe Schlicke, loc. cit., pag. 24.

und warum die Arbeiter für sie nicht zu haben waren. Die gewerkschaftliche Internationale beschränkt sich auf Aufgaben der praktischen Gegenwart, Austausch von Berichten, Aufklärung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Regulierung des Zuzugs oder seine Verhinderung, moralische wie finanzielle Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, ebenso Erhaltung der Mitgliedschaft im Ausland. Alle diese Aufgaben sind für den einzelnen Arbeiter von bedeutendem Interesse, und trotzdem sehen wir, daß wohl auf dem europäischen Festland, aber weder in England noch in Amerika die Arbeiter in nennenswerter Zahl für diese Ideen zu begeistern sind. Während bei uns in Deutschland die Abhaltung eines internationalen Kongresses weite Kreise unserer Mitglieder interessiert und zu den Verhandlungen selbst einfache Arbeiter aus der Werkstatt erscheinen, mußten wir bei Abhaltung unseres internationalen Kongresses in Birmingham leider die Beobachtung machen, daß die große Masse der Metallarbeiter davon gar nicht berührt wird sondern geradezu stumpf an dieser Erscheinung vorbeigeht.«⁷⁾

Bei der Besprechung der internationalen Verbindungen der Gewerkschaften sind hier nur nüchterne Tatsachen angeführt und jeder aus einer enthusiastischen weltproletarischen Stimmung geborene Überschwang ist geflissentlich ferngehalten worden. Nur wenn wir die internationalen proletarischen Verhältnisse in dem ruhigen Licht des Tages sehen lernen, können wir eine beserrnde Hand an sie legen. Die gewerkschaftliche Internationale steckt in der Tat noch in den grünsten Anfängen. Ihr ist es bisher noch nicht gelungen einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Löhne des internationalen Proletariats durch Unterstützungsaktionen großen Stils zu gewinnen, die gewerkschaftliche Freizügigkeit für ganze Schichten des Proletariats aufzurichten, die Wanderbewegung der Arbeiterschaft zu regeln und eine klare Übersicht über die Machtverhältnisse der internationalen Gewerkschaften zu geben. Wir sehen sogar (namentlich in den großen Auswanderungsländern) rein monopolistische, auf den Ausschluß gewisser ausländischer Arbeiter gerichtete Tendenzen erstarken. Diese Tendenzen äußerten sich in England noch vor dem Krieg sehr heftig und ließen vielfach kontinentale, auf Schaffung der gewerkschaftlichen Freizügigkeit gerichtete Bestrebungen scheitern, und sie werden sich gerade nach dem Krieg bei einer etwaigen Hochflut der Wanderungen östlicher Arbeiter noch wirksamer kundtun. In dem großen Völkersammelbecken des Westens, in Amerika, aber organisiert sich schon jetzt der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Wanderbewegung des osteuropäischen Proletariats. Die American Federation of Labor trat bezeichnenderweise auf ihrer 34. Jahresversammlung in Philadelphia im November 1914 sehr energisch wieder für die Annahme des Gesetzes über die Bildungsprüfung der Einwanderer ein. Im Repräsentantenhaus, so wurde auf dem Kongreß ausgeführt, sei dieses Gesetz schon am 5. Februar 1914 angenommen worden; aber im Senat scheinere der Einfluß der Transportunternehmungen und der Großindustriellen stärker zu sein als der des Arbeiterbunds, so daß mit dem Verbot der Einwanderung von Analphabeten vorläufig noch nicht zu rechnen sei. Die Arbeiterorganisationen sollen ununterbrochen darauf hinwirken, daß der Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung Gesetz wird, besonders deshalb, weil nach dem Krieg eine starke Einwanderung von den betroffenen Ländern nach den Vereinigten Staaten einsetzen werde, denn viele werden auf diese Weise einer weitem Katastrophe zu entgehen trachten. Wir werden also möglicherweise, das beweist dieser Kongreß einer wichtigen Sektion der Gewerkschaftsinternationale, mit gewissen Hemmungen der internationalen Ge-

werkschaftsbewegung da und dort zu rechnen haben. Diese Hemmungen sind selbstverständlich überwindbar, und um so schneller und gründlicher überwindbar, je mehr sich die Gewerkschaftsbewegung mit dem Geist erfüllt, der sie gerade in Deutschland zu einem wundervollen Aufschwung geführt hat.

Wenn die Gewerkschaftsinternationale aus ihren aner kennenswerten, aber immerhin noch schwachen Anfängen mächtig emporstreben will, muß sie namentlich in den englisch und romanisch sprechenden Ländern von einem andern aufbauenden organisatorischen Arbeiterklassengeist getragen werden. In Frankreich hat sie den revolutionären Syndikalismus zu überwinden, der jede Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Institutionen fast unmöglich macht. Die gegensätzlichen Auffassungen von den Zwecken und Zielen der Gewerkschaftsverbände stoßen bei internationalen Konferenzen und Kongressen derart hart aufeinander, daß nicht selten das recht lockere internationale Band zu zerreißen droht. Die französischen Syndikate lehnen sich selbst mit einem gewissen Fanatismus gegen die Gründung nationaler Gewerkschaftsverbände auf. Auf dem 4. Kongreß des Weltverbands der Diamantarbeiter /1913/ wurde gegen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu Nationalverbänden noch folgende revolutionär-syndikalistische Rede in die Welt geschmettert:

»Man könne einen Ort nicht zwingen sich den Statuten eines andern zu unterwerfen, das wäre das Ende der Autonomie. Die Leitung von einer Zentrale aus sei bei den großen Entfernungen nicht möglich. Auch die Erziehung der Arbeiter zur sozialen Revolution würde darunter leiden.«

Die tiefgehenden Differenzen in den gewerkschaftlichen Grundanschauungen lähmen vielfach schwer die aufbauenden Köpfe und Hände in ihrer Gewerkschaftsarbeit. Sehr resigniert heißt es in dem Bericht des 8. internationalen Transportarbeiterkongresses /1913/ im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

»Was die letzten internationalen Transportarbeiterkongresse hinderte positive Arbeit zu leisten, scheint uns weniger in einer mangelhaften Geschäftsordnung oder in den Sprachunterschieden als vielmehr in der verschiedenartigen Auffassung von den Bestrebungen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung begründet zu sein.«⁸⁾

Das gilt von der französischen Gewerkschaftsbewegung. In England muß sich erst eine wirkliche Arbeiterklassenpartei mit einer großen leistungsfähigen Arbeiterpresse gründen. Die jetzige Arbeiterpartei ist dort nur ein Anhängsel des Bürgertums; die sozialistische Unabhängige Arbeiterpartei eines MacDonald steuert nicht den politischen Kurs der Arbeitermassenbewegung, sie ist einflußlos.

Die Gewerkschaftsinternationale kam wegen der tiefgehenden Differenzen in der Auffassung der Gewerkschaftsbewegung, wegen der großen Unterschiede in der Struktur der Organisationen, wegen der starken Bildungsgegensätze der nationalen Arbeiterklassen nur recht langsam vom Fleck. Jede Arbeiterklasse ist, wie August Winnig dies neulich hier ausgeführt hat, »sehr stark an dem Gedeihen der Volkswirtschaft ihres Landes interessiert«.⁹⁾ Die furchtbaren Erschütterungen des Weltkriegs werden nun das europäische Proletariat bei dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft vor gleiche und ähnliche Probleme stellen. Eine gewisse Übereinstimmung des

⁸⁾ Siehe den Bericht über den 8. internationalen Transportarbeiterkongreß im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 4. Oktober 1913.

⁹⁾ Siehe Winnig Der Krieg und die gewerkschaftliche Internationale, in den Sozialistischen Monatsheften 1915, 1. Band, pag. 14 f.

ökonomischen Milieus wird dann auch übereinstimmende internationale wirtschaftliche Strömungen erzeugen. Von den praktischen Aufgaben, deren Lösung als Ergänzung der nationalen Arbeit auch den Zusammenhang und den Ausgleich zwischen den verschiedenen Ländern erfordert, ist dann wohl eine Kräftigung der Gewerkschaftsinternationale zu erwarten. Vor allem aber setzt die Blüte dieser Internationale eine ideelle Gemeinsamkeit in den Gewerkschaftszielen und eine weitgehende Übereinstimmung in dem Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen voraus.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

Stahlwerksverband

Nachdem das Kohlsyndikat kaum unter Dach und Fach gebracht worden ist, beginnt es im Stahlwerksverband zu kriseln. In der Generalversammlung der oberschlesischen Laurahütte wurde die Mitteilung gemacht, daß August Thyssen den Verbandsvertrag zum 31. März 1916 gekündigt hat; Thyssen hatte auch die Schwierigkeiten bei der Erneuerung des Kohlsyndikatsvertrags durch außerordentlich große Beteiligungsansprüche in letzter Stunde hervorgerufen. Es ist anzunehmen, daß die Kündigung des Syndikatsvertrags nach bekanntem Muster nicht die Absicht einer Syndikatsauflösung verfolgt, sondern mehr eine taktische Maßnahme darstellt. Immerhin deutet das Vorkommnis doch wiederum auf die mannigfachen Differenzen unter den großen Montanwerken hin.

Schon 1912 vollzog sich die Verlängerung des Stahlwerksverbands auf die Dauer von 5 Jahren unter Bedingungen, die eine Lockerung des frühern Verbandsgefüges bedeuteten. Während jetzt im Stahlwerksverband nur die sogenannten A-Produkte, das sind Halbzeug, Träger und Eisenbahnoberbaumaterial, syndiziert sind, war vor 1912 auch Stabeisen, ein B-Produkt, durch den Verband kontingentiert; er bestimmte den Umfang der Beteiligung jedes einzelnen Werks an der Herstellung von Stabeisen, ohne jedoch auf die Preissetzung und den Absatz Einfluß auszuüben. Bei den damaligen Verlängerungsverhandlungen des Stahlwerksverbands wurden in Stabeisen enorme Mehrbeteiligungen gefordert. Ihre Gewährung stellte sich aber als unmöglich heraus. Um eine Verbandsprengung zu verhindern, beschritt man den Ausweg die Kontingentierung der

B-Produkte fallen zu lassen, und der Verband wurde zu einem ausschließlichen Syndikat der A-Produkte. Die großen gemischten Werke wollten sich ihre Produktion in Stabeisen nicht beschränken lassen, und diese ist denn auch bis vor Ausbruch des Krieges weiterhin gewaltig gesteigert worden. Den Anreiz dazu bietet unter anderem die mit der Steigerung der Produktion verbundene Senkung der Gesteigungskosten. Durch die Aufhebung der Kontingentierung in B-Produkten ist ohne Zweifel der Vertrustungsprozeß in der Eisenindustrie gefördert worden, schon weil die stark forcierte Erweiterung der großen gemischten Werke die Lebensfähigkeit der reinen Werke (das sind hier jene Betriebe, die zur Erzeugung von Stabeisen das dazu erforderliche Halbzeug von den gemischten Werken, also von ihren direkten Konkurrenten zu beziehen genötigt sind) mehr und mehr unterbinden muß.

Eine Änderung dieser Entwicklung dürfte der Krieg nicht herbeiführen, eher scheint die skizzierte Tendenz noch eine Verschärfung zu erfahren. Den äußern Anlaß zur Kündigung des Vertrags bot für Thyssen eine Nebenbestimmung des Stahlwerksverbands über die Fabrikation von breitflanschtigen Trägern, den sogenannten Greyträgern. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft hat mit anderen Stahlwerksverbandsmitgliedern das Abkommen getroffen, nach dem ihr von dem Gesamtumsatz an Greyträgern 90% zufallen. Dieses Abkommen sieht die Bestimmung vor, daß bei Aufnahme der Herstellung von Greyträgern durch ein bisher daran nicht beteiligtes Stahlwerksverbandswerk die übrigen Beteiligten, zu denen auch Thyssen gehört, den Stahlwerksverbandsvertrag mit 6monatiger Frist kündigen können, falls eine Einigung nicht erzielt wird. Diese Si-

tuation ist nach der Auffassung Thyssens eingetreten. Leitende Kreise des Stahlwerksverbands sollen die Kündigung als ungültig ansehen. In der führenden Zeitschrift der Stahlindustrie wird bemerkt, die Firma August Thyssen werde sich wohl darüber klar sein, welche finanziellen Folgen eine zu Unrecht ausgesprochene Kündigung im Ernstfall für sie selbst haben könnte; das Bürgerliche Gesetzbuch bestimme, daß derjenige, der eine solche Kündigung ausspricht, allen übrigen am Vertrag Beteiligten den Schaden zu ersetzen habe. Es wird ja nun wahrscheinlich zu einer Verständigung über die Behandlung der Kündigung kommen. Doch bedeutet das nur eine Hinausschiebung, keine Verhinderung eines neuen Kampfs um die Quote.

× **Nahrungsmittelindustrieen** Aus allen Abschlüssen der Schokoladenfabriken ergibt sich eine überaus große Steigerung der Gewinne während der Kriegszeit. Die Sarottigesellschaft weist eine Steigerung des Betriebsgewinns von 2,50 auf 3,29 Millionen Mark aus, die Abschreibungen werden von 683 027 Mark auf 1,30 Millionen Mark erhöht; der Reingewinn beträgt 464 046 Mark, gegen 213 683 Mark im Vorjahr, die Dividende steigt von 4 auf 9%. Bei der Gesellschaft Hartwig & Vogel wird nach Abschreibungen von 623 673 Mark, gegen 378 645 im Vorjahr, ein Reingewinn von 726 141 Mark, gegen 498 790 im Vorjahr, ausgewiesen; die Dividende ist von 7 auf 10% gestiegen. Es handelt sich hier keineswegs um Ausnahmereisungen; andere Fabriken dieser Art haben in der gleichen Weise von der Kriegskonjunktur profitiert. Volkswirtschaftlich wichtiger ist die gleich rentable Geschäftspraxis der Konservenfabriken. Aus den Bilanzen von Konservenfabriken, soweit sie von Aktiengesellschaften betrieben werden, ist eine sehr beträchtliche Zunahme der Rentabilität zu erkennen. Eine Mäßigung der Preispolitik wäre sehr angebracht, weil leicht möglich. Neuerdings hört man von Bestrebungen zur Bildung einer Vereinigung der Konservenfabriken zum Zweck der Preisregulierung. Von Verbraucherverbänden sollte dieser Zusammenschluß gefördert werden, allerdings unter der Bedingung, daß eine Festsetzung der Preise jeweilig unter Zugrundelegung der Preise für die Rohprodukte erfolgt. Verhandlungen über eine derartige Regelung müß-

ten natürlich unter Hinzuziehung der Lieferanten des Rohmaterials stattfinden.

Sehr zweckmäßige Methoden der Preisregelung kommen in der Nahrungsmittelindustrie, die Fabrikate aus Weizen, Gerste und Hafer herstellt, zur Anwendung. Durch Verbände der verschiedenen Fabrikationszweige erfolgt an die einzelnen Fabriken die Verteilung des Rohmaterials, für das Höchstpreise bestehen; so für Weizenmehl, Gerste und Hafer. Als Vorbedingung für die Abgabe von Weizenmehl an die Teigwarenfabriken wurde nun von der Reichsgetreidestelle die Einhaltung bestimmter Preise im Groß- und Kleinhandel gefordert. Außerdem sind Maßnahmen getroffen worden, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Teigwaren nach allen Teilen des Reichs zu bewirken. Zu deren Sicherstellung hat der Verein deutscher Teigwarenfabrikanten eine Kautions bei der Reichsgetreidestelle hinterlegt. In ähnlicher Weise hat die Hafer einkaufsgesellschaft, von der den einzelnen Betrieben Erlaubnisscheine zum Kauf der ihnen zugeteilten Hafermengen überwiesen werden, Höchstpreise auch für Hafernährmittel gebracht. Das selbe Verfahren wird den Griesfabrikanten gegenüber angewandt. Leider kommt man mit dieser einfachen und zweckmäßigen Methode erst jetzt, obwohl bekanntlich die Preise für alle Getreidearten längst geregelt waren. Der Weg, der mit diesem Verfahren der Preisregelung beschränkt wird, ist selbstverständlich auch in Friedenszeiten durchaus gangbar; auf diese Weise kann eine Gewähr gegen Spekulationsüberreibungen durch weiterverarbeitende Industrien leicht und sicher geschaffen werden. Ohne Zweifel würde die Befolgung dieser Praxis in nicht wenigen Fällen erkennen lassen, welche unangemessene Verteuerung wichtige Nahrungsmittel in den Händen der Weiterverarbeiter und des Zwischenverkehrs erfahren.

× **Preissteigerungen** Uns als Sozialisten steht es nicht an in die populären Klagen über Preiserhöhungen wahllos mit einzustimmen. Wir dürfen nie aus den Augen verlieren, daß der Sozialismus ein System bedeutet, das nach der Produktionskraft orientiert ist, daß also nicht die Billigkeit des Konsums, sondern die Steigerung der Produktivität (die wiederum angemessener Preise bedarf) den Inhalt seiner Wirtschaftspolitik zu bilden hat.

Den Gewerkschaftern als den eigentlichen Vertretern der Arbeiterproduzenten ist es ja auch geläufig, daß die Tarifvertragspolitik zusammen mit einer Steigerung der Löhne oft auch eine Steigerung der Preise für das Produkt mit sich bringt, und daß die Arbeiter selber diese Preiserhöhung mit garantieren helfen. Wenn wir also die Beurteilung der Preise wesentlich vom Produktionsstandpunkt aus vorzunehmen haben, so schließt das aber auch ein, daß wir solche Preiserhöhungen, die durch die Produktionskosten nicht bedingt sind und auch der Produktion als solcher nicht zugute kommen, als ungerechtfertigt zurückzuweisen haben. Daß Preiserhöhungen dieser Art durch die Kriegskonjunktur bewirkt worden sind, steht außer allem Zweifel. Man hat dabei freilich weniger an die landwirtschaftlichen Produzenten zu denken als an eine Reihe von Industrien, bei denen der Krieg eine ausreichende Erklärung ihrer Preisfestsetzung nicht abgibt.

Seit der Einführung der Streichholzsteuer im Jahr 1909 haben die Streichholzfabriken über die durch das Gesetz bewirkte Belastung und Einschränkung ihrer Betriebe zumeist laut geklagt. Aber schon in den letzten Jahren ist infolge der Kontingentierung der Streichholzproduktion, die gewissermaßen als Ausgleich für die Steuerwirkungen im Interesse der beteiligten Unternehmungen geschaffen wurde, eine Erholung eingetreten, die mehr als ausgereicht hat die früheren Schädigungen gutzumachen. Von den größeren Streichholzfabriken sind bereits seit 1912-1913 finanzielle Ergebnisse erzielt worden, die die Gewinne der Jahre vor Einführung der Steuer erheblich überschritten. Während des Krieges ist die Rentabilität der Streichholzfabrikation (ich spreche hierbei stets von den Großbetrieben, deren Ausweise vorliegen) noch mehr gewachsen. Ein sachlicher Grund das ruhig geschehen zu lassen liegt nicht vor. Der Preis für ein Päckchen Streichhölzer ist während des Krieges von 30 auf 40 Pfennig erhöht worden, mit der Begründung, daß die Preise für Rohstoffe und die Arbeitslöhne gestiegen seien. Die Erträge der Streichholzfabriken beweisen, daß den Verbrauchern mehr abgenommen worden ist als die Betriebsverteuerung erforderte. Übrigens wird ein Syndikat der Streichholzfabriken vorbereitet. Schon früher einmal bestand ein solches, ging aber nach kurzer Zeit wieder ein.

Wie Preiserhöhungen durchgeführt werden, zeigt ein Rundschreiben der Tintenfabrikanten an die Tintenhändler, in dem eine Preiserhöhung um 5 % mitgeteilt wird. Da heißt es: Wir werden dafür sorgen, daß dieser Aufschlag in Verbraucherkreisen hinreichend bekannt wird, indem unsere Mitglieder ihren Abnehmern gelegentlich der ersten Sendung die Preisaufschlagsankündigung sowohl in Plakatform zum Aushang im Laden als auch in Zettelform zur Beigabe in Rechnungen in hinreichender Menge liefern werden. In dieser Ankündigung ist die Erhöhung mit rund 10 % genannt worden, um Ihnen ohne Verlust Spielraum bei Abrundung der Preise nach unten zu gestatten und Ihnen von vornherein einen Ausgleich zu bieten für jene Artikel, bei denen festliegende runde Münze die Verrechnung des Zuschlags nicht zuläßt.« Während also der Preis für den Handel um 5 % erhöht wird, wird dem Konsumenten eine Erhöhung von 10 % mitgeteilt. Diese Methode ist sicherlich auch in anderen Handelszweigen üblich. Wie weit sie wirklich einem Ausgleich für die Unmöglichkeit feststehende Preise zu erhöhen dient, kann man natürlich nur in einem speziellen Fall feststellen. Daß sie auch eine ungerechtfertigte Preiserhöhung begünstigt, kann nicht bestritten werden.

× Arbeitsmarkt ×
Nach 14 Monaten hat sich die Widerstandskraft der deutschen Volkswirtschaft auch im September gut behauptet. Am günstigsten ist, wie das Reichsarbeitsblatt berichtet, nach wie vor die Lage im Bergbau. Auch die Eisen- und Metall- sowie die Maschinenindustrie sind überwiegend rege beschäftigt. Die Berichte über die übrigen Industrien geben kein einheitliches Bild: in jedem Gewerbszweig stehen Betriebe, die stark, ja teilweise bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, neben solchen, die nicht voll beschäftigt sind. Als Beispiele gut beschäftigter Gewerbe seien genannt die Gerbstofffabriken, die Betriebe, die Geschoßkörbe herstellen, die Zigarrenfabriken, die Berliner Konfektion, die Fabriken für optische Gläser und Konservengläser und die Kartonnagenfabriken. Nicht befriedigend ist die Lage im Spinnstoffgewerbe (mit Ausnahme einiger Zweige, wie der schlesischen Leinenindustrie), im Bau- und im Baustoffgewerbe. Aus dem Verkehrsgewerbe ist über eine wesentliche

Besserung der Rheinschifffahrt zu berichten. Gegenüber dem Vormonat läßt die Statistik der Arbeitsnachweise ein Nachlassen des Andrangs bei den Männern, dagegen eine Zunahme bei den Frauen erkennen. Bei der Beurteilung dieser Bewegung sind natürlich die weiteren Einziehungen zum Heeresdienst zu berücksichtigen.

× ×

Kurze Chronik Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat einen glänzenden Kriegesabschluß veröffentlicht. Der Reingewinn des Berichtsjahrs beträgt 21,29 Millionen Mark, gegen 18,89 Millionen im Vorjahr, die Dividende kommt mit 11% (im Vorjahr 10%) zur Verteilung. × Nach der Statistik der Zentrale für Gasverwertung betrug die deutsche Gaserzeugung bei 925 vergleichbaren Werken im Juli 1915 170,856 Millionen Kubikmeter, im Juli 1914 165,545 Millionen; also eine Zunahme um 3,2%. / Es sind Verhandlungen zur Gründung eines allgemeinen deutschen Zementsyndikats im Gang. Bisher bestanden nur besondere Syndikate für die einzelnen Gebiete des Deutschen Reichs. Die Geschäftslage in der Zementindustrie wird im allgemeinen durch die ungünstige Baumarktlage bestimmt; nur wenige Fabriken sind durch Heereslieferungen stärker beschäftigt. / Die Schultheißbrauerei wird für 1914-1915 wieder eine Dividende von 16% verteilen, nachdem sie im Vorjahr mit Rücksicht auf die damals noch ungeklärte Lage eine Dividendenkürzung um 4%, auf 12%, vorgenommen hatte. > Die schweizerische Hotelindustrie ist durch den Krieg so stark in Mitleidenschaft gezogen worden, daß der Bundesrat einer Hilfsaktion zu ihren Gunsten zugestimmt hat. Den Hotels sollen die Kapitalzinsen gestundet werden; auch wird der Bau neuer Hotels und Pensionen prinzipiell verboten, er kann nur ausnahmsweise durch den Bundesrat bewilligt werden.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Preisprüfungsstellen

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. September 1915 hat den Gemeinden eine neue und wichtige Aufgabe, die Errichtung von Preisprüfungsstellen, gebracht. Danach sind Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zu ihrer Errichtung verpflichtet, andere Gemeinden und Kommunalverbände sind dazu berechtigt, können aber durch be-

sondere Anordnung der Landeszentralbehörden ebenfalls dazu verpflichtet werden. Kommunalverbände, Gemeinden und Gutsbezirke können sich zur gemeinsamen Errichtung einer Preisprüfungsstelle vereinigen. Das ist für Gemeinden, die wirtschaftlich eine gewisse Einheit bilden, durchaus zweckmäßig. Die Stellen bestehen aus einem Vorsitzenden, der von der Gemeinde oder dem Kommunalverband ernannt wird und von der höhern Verwaltungsbehörde zu bestätigen ist, sowie aus einer angemessenen Zahl von Mitgliedern, die zur einen Hälfte aus dem Kreis der Warenerzeuger, der Großhändler und der Kleinhändler, zur anderen aus unbeteiligten Sachverständigen und Verbrauchern zu berufen sind. Die Aufgaben sind in § 4 aufgezählt und recht bedeutungsvoll. Die Stellen haben die den örtlichen Verhältnissen angemessenen Preise zu ermitteln, die zuständigen Behörden bei der Überwachung des Handels mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs sowie bei der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise zu unterstützen, Gutachten über die Angemessenheit von Preisen für Gerichte und Verwaltungsbehörden abzugeben und die zuständigen Stellen bei der Aufklärung der Bevölkerung über die Preisentwicklung und deren Ursachen zu unterstützen. Der Schwerpunkt liegt in den 3 ersten Aufgaben, von denen der Ermittlung der angemessenen Preise und der Abgabe von Gutachten für die Gerichte besondere Bedeutung zukommt. Hier können die Stellen, wenn sie mit der erforderlichen Entschiedenheit vorgehen, sehr segensreich wirken. Bedauerlich ist es, daß die Bekanntmachung sich nicht dazu entschlossen hat das Gutachten der Preisprüfungsstellen über die Angemessenheit von Preisen für die Gerichte dann bindend zu machen, wenn sie eine Unangemessenheit festgestellt haben. Die Lust zur Mitarbeit an der an und für sich gewiß nicht dankbaren Arbeit der Stellen wird nicht dadurch gefördert, daß ihre Gutachten als dankenswertes Material zu den Akten gelegt werden, die Gerichte aber uneingeschränkt urteilen, wie sie wollen. Den Stellen ist in § 5 eine Reihe von Rechten gegeben, die ihnen ihre Aufgaben erleichtern sollen. Sie können den Aushang von Preislisten im Kleinhandel vorschreiben, von jedermann Auskunft über alle Tatsachen verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit

sind, Räume, in denen Waren hergestellt, gelagert oder feilgeboten werden, betreten und darin Besichtigungen vornehmen, die Vorlage von Schriftstücken, wie Schlußscheine usw. verlangen und Einsicht darin nehmen (dies letztere allerdings nur mit Zustimmung der zuständigen Behörden: eine Einschränkung, die bei der Schweigepflicht, die § 9 den Mitgliedern der Stellen auferlegt, gänzlich überflüssig erscheint und nur den Geschäftsgang erschwert), sowie Zeugen und Sachverständige ihres Bezirks durch den Vorsitzenden eidlich vernehmen.

× **Lebensmittel-** Fast noch wichtiger sind die Rechte, die der 2. **versorgung** Teil der selben Bekannt-

machung den Gemeinden auf dem Gebiet der Versorgungsregelung gibt. Sie können für die Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks Vorschriften über den Betrieb, insbesondere über den Erwerb, den Absatz, die Preise und die Buchführung, erlassen. Sie können aber auch unter Ausschluß des Handels und Gewerbes die Versorgung selbst übernehmen oder gemeinnützigen Einrichtungen oder bestimmten Handel- oder Gewerbetreibenden übertragen. Dabei können sie Vorschriften über den Betrieb, besonders den Weiterverkauf und die Preise, erlassen. Um den Gemeinden einen zweckmäßigen Gebrauch dieser Rechte zu ermöglichen, gibt die Bekanntmachung ihnen das Recht von den Verwahrern notwendiger Lebensmittel über die Abgänge ihrer Bestände und das weitere Recht über laufende Lieferungsverträge von den Handel- und Gewerbetreibenden Auskunft zu verlangen. Schließlich können sie die Überlassung der Vorräte an die Gemeinden fordern und, falls das Verlangen nicht erfüllt wird, die Übertragung des Eigentums bei der zuständigen Behörde beantragen. Zur Ausübung dieses Rechts ist aber die Zustimmung der Landeszentralbehörde oder der von ihr bestimmten Behörde notwendig; zum Erlaß einer Anordnung, die die käufliche Überlassung von Waren enthält, muß sogar der Reichskanzler gehört werden, damit er eventuell im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebiets Einspruch erheben kann.

Von allen Rechten auf dem Gebiet der Versorgungsregelung können die Gemeinden Gebrauch machen, sie sind in keiner Weise gezwungen es auch wirklich zu tun. Hier liegt ein großer

Mangel der Bekanntmachung vor. Bestünde die Verpflichtung der Gemeinden in allen den Fällen, in denen unangemessene Preise festgestellt sind, die vorhandenen Vorräte zu übernehmen und selbst oder durch beauftragte gemeinnützige Vereine, Gesellschaften usw. zu verkaufen, so würde damit ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung von Wucherpreisen gegeben sein. Aber vielleicht ist der Bundesrat vor dieser Verpflichtung der Gemeinden vor allem deshalb zurückgeschreckt, weil er sich wohl bewußt war, daß unsere Städte keine geschlossenen Wirtschaftsbezirke und auf die Versorgung von außen angewiesen sind, er selbst aber herzlich wenig getan hat, um da ergänzend einzugreifen, wo die Kräfte der Gemeinden ihr Ende finden. So hat er sich denn begnügt die Verantwortung für die rechtzeitige Versorgungsregelung den Gemeinden zuzuwälzen. Handeln sie nicht, nun so haben sie versagt, die Rechte hat ihnen ja der Bundesrat gegeben. Es ist nicht von ungefähr, daß überall die Männer, die für die Stadtverwaltungen verantwortlich sind, dagegen protestiert haben, daß man ihnen moralische Verpflichtungen auflädt, ihnen aber die Mittel nicht an die Hand gibt, ohne die sie sie nicht erfüllen können. Abgesehen von der Getreide- und Futtermittelversorgung hat die Reichsregierung aber keineswegs genügend dafür gesorgt, daß die kommunale, auf das Gemeindegebiet beschränkte Fürsorge ihre Ergänzung durch zentrale Einrichtungen finde, die das Defizit der einzelnen Gemeinden durch planmäßige Verteilung der vorhandenen Vorräte über das Reich hin zu decken hätten. Die Reichseinkaufszentrale hat sich als durchaus ungenügend erwiesen. Mehr und mehr gehen daher die Städte dazu über allein im Zusammenschluß mit den Organisationen des Handels und Gewerbes ihres Gebiets oder in Verbindung mit anderen Städten sich Organisationen zu schaffen, die die fehlenden Lebensmittel durch Einkauf zu beschaffen haben.

Die älteste und erfolgreichste Einrichtung ist die der Stadt Straßburg im Elsaß, die den besondern Vorzug hat, daß sie nur die Stadt und eine besonders leistungsfähige Großfirma verbindet. Die Verteilung der beschafften Waren erfolgt durch die Kleinändler, von denen die große Mehrheit sich den Bedingungen des Bezugs unterworfen hat. Dann folgte Stuttgart, dessen Gesellschaft Nahrungsmittelversorgung

insofern von der Straßburger Organisation abweicht, als an ihr neben der Stadt der Konsumverein und verschiedene Organisationen des Kleinhandels beteiligt sind. Dadurch wird die Aktionsfähigkeit der Gesellschaft keineswegs gesteigert, und es werden Interessengegensätze in sie hineingetragen, die natürlich Reibungen erzeugen müssen. Der Kleinhandel hat vor allem das Interesse, daß er Waren verkaufen kann, an denen er seinen üblichen oder, wenn möglich, einen höhern (Kriegs-) Profit macht; die Höhe der Einkaufspreise kommt für ihn erst in zweiter Linie. Für die Stadt ist aber die Preishöhe, ausschlaggebend. Denn ihre Aufgabe ist es nicht für die Wohlhabenden zu sorgen sondern für die Minderbemittelten, nicht möglichst reiche Vorräte für jene zu beliebigen Preisen sondern Vorräte zu möglichst niedrigen Preisen für diese zu beschaffen.

Das Stuttgarter Vorbild hat in einer Reihe anderer Städte neuerdings Nachahmung gefunden. In München sind an der Lebensmittelversorgungsgesellschaft außer der Stadt die Handelskammer, der Handelsverein, die Vereinigung der Münchener Getreidehändler und Müller, der Rabattsparverein, die Einkaufszentrale der bayerischen Kolonialwarenhändler und 2 Konsumvereine beteiligt. Von den 9 Mitgliedern des Aufsichtsrats sind 5 Mitglieder städtischer Kollegien. In Nürnberg-Fürth sind außer den beiden Städten die Handelskasse Nürnberg und das Handelsgremium Fürth angeschlossen. Über die Verteilung der Aufsichtsratsstellen sagt das Statut nichts; erfolgt sie nach der Höhe der Stammeinlagen, so werden die beiden Städte im Verhältnis von 3 zu 2 beteiligt sein.

Rein kommunale Organisationen sind dagegen die Einkaufsvereinigungen südwestdeutscher Städte, die Ein- und Verkaufszentrale für den Bezirk Glaucha, die Dresdener Warenverteilungsgesellschaft, die auch gleichzeitig insofern eine höhere Stufe bedeuten, als sie ihr Tätigkeitsgebiet über den Rahmen einer einzelnen Gemeinde hinaus auf eine Vielheit von Städten erstrecken. An der erstgenannten Vereinigung sind Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim und Ludwigshafen beteiligt; weitere Städte der Pfalz, Badens und Hessens werden sich anschließen. Zunächst hat Mannheim 60 000, Karlsruhe 50 000, Ludwigshafen 40 000, Heidelberg 30 000, Pforzheim

20 000 Mark übernommen; es können aber Teile dieser Stammeinlage an andere Gemeinden abgetreten werden.

Die Aufgaben und die Organisation dieser Einkaufsgesellschaften sind im wesentlichen übereinstimmend; der Erwerb von Nahrungs- und Lebensmitteln zu möglichst günstigen Preisen, die Berücksichtigung vor allem der minderbemittelten Klassen, die Abgabe der Waren an den Zwischenhandel gegen die Verpflichtung bestimmte Preise einzuhalten, der gemeinnützige Charakter, der auch in der Beschränkung der Verzinsung der Kapitaleinlage auf 4 % zum Ausdruck kommt, usw. Die unbedeutenden Abweichungen in den einzelnen Satzungen bedürfen keiner Erörterung. Allen diesen Bestrebungen liegt die Erkenntnis zugrunde, wie notwendig und wünschenswert es ist die Stellung der Städte auf dem allgemeinen Lebensmittelmarkt des Reichsgebiets zu verbessern, teils durch Angliederung privater bisher auf ihm tätiger Unternehmungen zwecks Ausnutzung ihrer Verbindungen und Geschäftserfahrungen, vielleicht auch ihrer finanziellen Mittel, teils durch den Zusammenschluß mehrerer Gemeinden und die damit verbundene Verstärkung ihrer Einkaufskraft. Bleiben aber die Einkaufsgesellschaften der Städte und Städteverbände in ihrer Vereinzelung; so ist ohne Zweifel die Gefahr gegeben, daß sie sich, wie früher die Stadtverwaltungen, gegenseitig Konkurrenz machen und die Preise verteuern. Es hat sich daher auch das Bedürfnis des Zusammenschlusses herausgestellt, und die Gründung eines Verbands dieser Einkaufsgesellschaften ist im Werden.

Mehr und mehr gehen die Städte auch dazu über die Produktion von Nahrungsmitteln, besonders von Schweinefleisch, teils in eigener Regie teils in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Organisationen, zu fördern. Nur die ersten Maßnahmen seien hier erwähnt. Die Stadt Karlsruhe hat, nachdem sie in früheren Jahren schon Mästungsversuche mit Läufer Schweinen im städtischen Viehhof gemacht hatte, nunmehr eine eigene Mast- und Zuchtanstalt in einer frühern chemischen Fabrik mit einem Aufwand von zirka 55 000 Mark eingerichtet. Es wurden hier 400 Schweine eingestellt, ebenso viele stehen im Viehhof. Die Fütterung erfolgt zum größten Teil aus den Küchenabfällen der Haushaltungen (täglich durchschnittlich 80 bis 90 Zentner von rund 5000 Haushaltungen) in Mischung mit Maischrot

und Eicheln. An den Betrieb wurde eine Milchwirtschaft mit 15 Milchkühen angegliedert. Die Stadt Flensburg verwertet die Abfälle vom Schlachthof (Mageninhalt von Rindern, Fleischmehl) ebenfalls zur Fütterung von Schweinen, deren sie über 200 auf einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgestellt hat. Freiburg im Breisgau wird auf dem städtischen Rieselgut eine Schweinezucht und Mastanstalt mit einem Kostenaufwand von 40 000 Mark einrichten. Es ist dringend zu wünschen, daß diesem Vorbild möglichst viele Gemeinden folgen, und daß sie diese Einrichtungen nicht nur für die Kriegszeit sondern für die Dauer treffen.

× **Kurze Chronik** Der Zweckverband Groß Berlin hat die von der Großen Berliner Straßenbahn beantragte Erhöhung der Fahrpreise abgelehnt. Man befürchtete nicht nur Konsequenzen für die anderen Verkehrseinrichtungen sondern wollte auch die Berliner Bevölkerung in der Kriegszeit nicht mit höheren Verkehrskosten belasten. × Der Magistrat der Stadt Berlin-Wilmersdorf hat die Eröffnung der städtischen Hypothekenanstalt für 2. Hypotheken beschlossen. Gleichzeitig soll eine Änderung des Statuts in 2 Punkten erfolgen. Die Hausbesitzer sollen während der Kriegszeit von der Leistung der erheblichen Tilgungen der Hypotheken befreit sein, die sonst nach dem Statut vorgeschrieben sind, und sie brauchen ferner die bei dem Abschluß der 2. Hypothek zu zahlende Vergütung nicht zu leisten. × Die Stadt Charlottenburg hat beschlossen eine städtische Fürsorgestelle für Geschlechtskranke einzurichten, die schon vor Beendigung des Krieges in Tätigkeit treten soll. × Die Spandauer Stadtverordnetenversammlung hat die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark zwecks Gewährung einer Hypothek und Leistung eines Baukostenzuschusses für die Waldsiedlungsaktiengesellschaft genehmigt. × Die Kollegien der Stadt Stettin beschlossen die Grund- und Gebäudesteuer von 4,5‰ des gemeinen Wertes auf 4,6‰ zu erhöhen. Der Mehrertrag von 1‰, etwa 52 000 Mark, soll als Kriegshilfe für wirtschaftlich schwache Grundeigentümer verwendet werden.

× **Literatur** Die recht lesenswerte, mit einer Reihe von Abbildungen ausgestattete kurze Schrift **Kriegsinvaliden-**

fürsorge, Darstellung der in Nürnberg getroffenen Maßnahmen /Würzburg, Kabitzsch/ gibt einen Überblick über die in Nürnberg für die Versorgung der Kriegsinvaliden getroffenen Einrichtungen. Von der Stadt wurde der neue Krankenhausbau des Sebastianspitals für die Errichtung eines orthopädischen Lazarets zur Verfügung gestellt; damit sind Werkstätten für Buchbinderei, Buchdruckerei, Schreinerei, Schlosserei usw. verbunden. Die Erfahrungen zeigen, daß die Frage des Berufswechsels praktisch nicht von überragender Bedeutung ist, und daß es in der Mehrzahl möglich ist die Kriegsbeschädigten in ihrem alten Beruf wieder unterzubringen. Die Werkstätten sollen nicht für die Berufsumlernung der Invaliden dienen, sondern in erster Linie die ärztliche Behandlung der Gebrauchsfähigkeit der Glieder helfend unterstützen und dem Invaliden Mut und Lust zur weitem Berufstätigkeit machen. Mit den übrigen Einrichtungen sind auch Kurse für Schreiben, Maschinenschreiben und Stenographie, sowie für Zeichnen verbunden. Außerdem findet Unterricht in den kaufmännischen Fächern und in landwirtschaftlicher Buchführung statt. × Die Kriegsmaßnahmen der Stadt Charlottenburg stellt eine von der Stadt herausgegebene Übersicht dar. Sie behandelt in 13 Kapiteln die gesamte Kriegsfürsorge nach ihren verschiedenen Seiten und zeigt die Fülle der Aufgaben, die der Krieg unseren größeren Städten zu den alten hinzugebracht hat.

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Fabre † Jean Henri Fabre kam am 23. Dezember 1823 in dem Dörfchen Saint-Léons im Departement Aveyron arm wie eine Strauchbiene zur Welt, hat als Hungerleider, Autodidakt und Naturforscher gelebt, wurde an seinem 87. Geburtstag vom offiziellen Frankreich (endlich) entdeckt, durch einen bescheidenen Ehrensold der Nation seiner ewigen finanziellen Sorgen enthoben und ist am 11. Oktober 1915, beinahe 92jährig, mit dem Ruhm eines Dichters gestorben, zu Sérignan, einem kleinen Dorf der Provence, das er im Jahr 1878 zu dauernder Niederlassung aufgesucht hatte. Sein Hauptwerk sind die 10 Bände der *Souvenirs entomologiques*, die, seit 1879 bei Delagrave in Paris erschienen, neuerdings teilweise auch ins Deutsche

übersetzt /Stuttgart, Franckh/ und kürzlich durch eine neue Aufsatzfolge Die Schmalbiene und ihr Erbfeind bereichert worden sind.

In der Frankfurter Zeitung vom 14. Oktober habe ich die Bilanz dieses bewunderungswürdigen Lebens zu ziehen versucht. In jener Betrachtung schrieb ich einleitend: »Man hat ihn den Homer der Insekten genannt, und es ist viel Wahres an diesem schönen Wort, das sich wie ein Krönungsmantel prunkend und schwer um den einfachen Namen legt, aber es scheint mir die Bedeutung Jean Henri Fabres nicht ganz zu erschöpfen. Homer hatte es leicht die Welt der Menschen zu fassen, denn er lebte als einer von ihnen in ihrer Welt, hatte ihre Seele in seiner Brust und konnte sich mit seinen Heiden auf einem Boden von Wirklichkeit, Gesetz, Moral und Einbildungskraft zusammenfinden. Von den Tieren aber lebt jedes einsam in einer eigenen Welt von Wirklichkeit, zu welcher wir Menschen nur unvollkommen und gleichsam von den Peripherieen her Zutritt haben, und wo ihre Welt die unsere schneidet, flächenhaft oder in breiterm räumlichen Strich, begegnen wir den Geschöpfen doch nur wie auf einem Segment, flüchtig und bruchstückhaft, da ist nichts zu machen. Nun können wir zwar diesen kleinen Teil ihrer Bahn, weil er in unsere Wirklichkeit fällt, untersuchen und in seinem Verlauf bestimmen, aber die ganze Wirklichkeit des Tieres erfassen wir dabei nicht, es bleibt immer ein Rest von Unerkennbarem, der unserer Analyse nicht zugänglich ist und den wir daher auch in unsere allgemeine Weltbildsynthese nicht aufnehmen können. Vor solcher Grundsätzlichkeit verflüchtigt sich die Illusion, daß wir vom wissenschaftlichen Standpunkt aus die Natur in ihrer Totalität werden einfassen können, und die Welt löst sich in so viele Zentren auf, als eigenwillige Lebensformen vorhanden sind. Nachdem es aber an jeder dieser Formen Inhalte gibt, die sich für unser Erkenntnisvermögen nie aktivieren lassen, kann es nicht darauf ankommen die Seelen der Tiere erklären zu wollen, sondern es kann alles Studium nur auf Verwirklichung dieser unzähligen Sonderwelten gerichtet sein. Indem Fabre seine Aufgabe in dieser Weise erfaßt, läßt er allen Geschöpfen ihr Wesen, drängt ihnen nicht in abgründiger Torheit menschliche Gefühle und menschliche Leidenschaften auf oder spricht ihnen in noch größerer Torheit alle

selbständigen seelischen Kräfte ab, sondern benutzt jede Handlung, die sie ausführen, einzig als Fingerzeig für eine Richtung, in der er seine eigenen Gedanken den Tieren folgen läßt, völlig mitgerissen und unbekümmert um das, was dabei an katalogisierbarer und systematisierbarer Erkenntnis herauskommen wird, unbekümmert auch, ob die Ergebnisse unseres gewöhnlichen Denkens durch den Ertrag von Beobachtung und Experiment möglicherweise völlig auf den Kopf gestellt werden. Dank dieser Methode wird jeder Satz seiner Schriften durchwachsen von der großen Überzeugung der Relativität aller menschlichen Aussagen über ein anderes Ding, aber diese seltsame Architektur macht sein Gebäude nicht schwankend sondern gibt ihm jene mit potentiellen Energieen gesättigte, besondere Art von Festigkeit, die im allgemeinen eher das große Kunstwerk auszeichnet als die bedeutende wissenschaftliche Schöpfung. Obgleich ich bekennen muß, daß mir aus Fabres Schriften keine Stelle bekannt ist, in der er sich selbst in dieser Weise über seine Prinzipien geäußert hätte, schimmern sie doch gleichsam wie ein Linienblatt von Gedanken, das der Darstellung Wege weist, allenthalben in seinen Arbeiten durch. Sie lassen ihn im Tier mehr das Subjekt als das Objekt sehen, sie heben ihn, indem sie ihn zu solcher Stellungnahme bewegen, so unendlich weit von allen weg, die aus Beruf oder Neugier je und je sich auf dem gleichen Stoffgebiet getummelt haben, sie führen endlich in seine Schriften eine besondere Art von Demut und ein schönes tiefes Staunen ein, das (solange es irgendwo geht) dem Unerkennbaren mit Mißtrauen, List und einem ganzen Buckel voll sinnreicher Fallen entgegentritt. In dem Augenblick aber, wo sich alle mechanischen und intellektuellen Hilfsmittel zur Materialisierung des Unerkennbaren in Anschauungen und Begriffe als fruchtlos erweisen, gibt ihm Fabre, statt es zu töten, wieder die Freiheit, die ihm gebührt, und läßt es entschweben wie einen Falter, auf welchen er keinen Anspruch hat. Dies alles macht, daß man in seinen Schriften liest wie in einer Bibel, in der das Leben der Tiere vom Gesichtspunkt der Könige und Propheten, der Dichter und apokalyptischen Seher behandelt wird. Und weil dem so ist, wirkt alles so wirklich, was er von den Tieren erzählt.« Ich weiß dem nichts mehr hinzuzufügen.

X

X

Boveri † Sein Stern tauchte plötzlich und sofort mit einem gewissen heftigen Leuchten am Himmel auf. Man muß sich gegenwärtig halten, daß der Ausbau der um 1840 begründeten Zellenlehre auch nach dem Erscheinen von Darwins Hauptwerken zunächst weiterbetrieben wurde, ohne daß es zu einer Kopulation der Ideen kam, die auf der einen Seite von der mit immer besseren Mikroskopen arbeitenden Zellenforschung verfolgt, auf der andern von Darwin in die Welt hinausgeschleudert worden waren. Erst Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre geriet auch die Histologie, die von vielen sehr eifrig betrieben wurde, in den Einflußkreis der Darwinschen Lehre hinein, und man begann den feinen und rätselhaften Strukturen, die man im Protoplasma der Zelle entdeckt hatte, den verschiedenartigen, in den Zellen und Zellkernen beobachteten Körnchen und sonstigen festen Einschlüssen sowie den mannigfachen mechanischen Veränderungen, die man an diesen Bestandteilen der Elementarbausteine des Körpers während der Teilung und so weiter vor sich gehen sah, eine größere und über das bloß Gesehene hinausreichende Bedeutung zuzuschreiben. Der Kern, das Kernkörperchen und die Vorgänge, die sich an ihnen abspielten, schienen, genau wie die Lebewesen selber, nicht mehr nur das zu sein, was sie ihrer Form, ihrer Materie und ihren zeitweiligen Formveränderungen nach waren, sondern lagen plötzlich wie von einem Geheimnis umflossen da, erschienen als Träger bestimmter Ideen und wuchsen damit in die Bedeutung von Symbolen hinein, deren Sinn und wahre Realität auf einem ganz andern Feld von Wirklichkeit gesucht werden mußte.

Theodor Boveri, der 1862 in Bamberg geboren war, kam schon in seinen ersten Semestern mit dieser jungen Forschungsrichtung in Kontakt, die in Richard Hertwig in München einen ihrer geistreichsten Vertreter hatte. Bei ihm hörte er, nachdem er sich von der Geschichte den Naturwissenschaften zugewandt hatte, Zoologie in einer Form, die ihn bestach, weil sie eben aus mehr als bloß aus Anatomie, Systematik und Fremdnamenpauken bestand, und als er 1885 mit einer Arbeit zur Kenntnis der Nervenfasern die Doktorwürde erworben hatte, war er reif seine eigenen Wege zu gehen. Bereits 1887 gelang ihm eine große Entdeckung: er fand im Zellkern die Chromosomen, erkannte sofort

die Bedeutung, die sie bei der Befruchtung haben, und charakterisierte sie als jene Bestandteile der Zelle, die die Träger der väterlichen und mütterlichen Eigenschaften und damit der Vererbung sind. Schon 1890 hatte er die Theorie der Befruchtung, die damit auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden war, so weit ausgebaut, daß alle späteren Forschungen nur noch eine Bestätigung seiner Ansichten liefern konnten. Unter diesen Umständen war es selbstverständlich, daß man Boveri, der sich 1888 in München als Privatdozent niedergelassen hatte, auf den ersten freigewordenen Lehrstuhl berief. Das Ereignis trat 1893 ein. Dem 31jährigen Forscher wurde nach dem Tod Karl Sempers die ordentliche Professur für Zoologie und vergleichende Anatomie an der Universität Würzburg übertragen.

Hier ist Boveri jetzt, knapp 53jährig, ganz plötzlich gestorben, nachdem er 1912 einen Ruf nach Freiburg als Nachfolger August Weismanns, im folgenden Jahr den noch ehrenvollern Antrag als Leiter des neugeschaffenen Kaiser Wilhelms-Instituts für Biologie nach Berlin zu gehen ohne Besinnen abgelehnt hatte. Er hatte sich das Würzburger Institut ganz für seine Bedürfnisse eingerichtet, und diese sind, entsprechend der Mannigfaltigkeit und Spezialnatur seiner wissenschaftlichen Unternehmungen, recht vielseitig und besondersartig gewesen. Den Titeln seiner zahlreichen Arbeiten, die Überschriften tragen wie Zellenstudien, Die Konstitution der chromatischen Substanz, Das Problem der Befruchtung, Zur Frage der Geschlechtsbestimmung, Über Polyspermie, Die Organismen als historische Wesen usw., ist freilich von dem allen nichts oder fast nichts anzumerken. Sie scheinen auf einen Histologen oder Anatomen hinzuweisen, wie es viele gibt. In Wahrheit wird in jeder ein mächtiger Sprung nach vorwärts getan und steckt hinter der geringsten Äußerung eine Unzahl von Experimenten, die ein strenger, im Fragen wie im Deuten gleich geistreicher Denker, dem die rein mechanische Auffassung des Lebens ein Greuel ist, angestellt hat. In seinem letzten Werk Zur Frage der Entstehung der malignen Tumoren /1914/ sucht er sogar weit in ein Gebiet hineinzugreifen, das sonst von Medizinern und pathologischen Anatomen als eigenste Domäne betrachtet wird, indem er, gestützt auf Beobachtungen bei der Seegellentwicklung, als Ursache der bösartigen

Gewebedegeneration bestimmte Veränderungen verantwortlich zu machen sucht, die sich unter dem Einfluß ungewöhnlicher Reize am Zellkern vollziehen. Ob er damit das richtige Wort gesagt hat, wird die Zukunft zu erweisen haben.

× **Kurze Chronik** In Berlin ist, im 80. Lebensjahr, Professor Dr. Wilhelm Sklarek, langjähriger Herausgeber der Naturwissenschaftlichen Rundschau, gestorben. Ursprünglich Arzt und als solcher längere Zeit auch in Berlin tätig, machte er als einer der ersten den Versuch durch Vorträge im Berliner Handwerkerverein zur medizinischen und allgemein naturwissenschaftlichen Aufklärung des Volkes beizutragen. Die Erfolge waren so ermunternd, daß er 1868 im Naturforscher eine der ersten populär-wissenschaftlichen Zeitschriften gründete. Er hat viele gediegene und gemeinverständliche Aufsätze geschrieben, auch eine Gesundheitslehre herausgegeben, die aber heute veraltet ist. × Man meldet aus Frankfurt den Tod des Insektenforschers Dr. Lukas von Heyden, eines ehemaligen Offiziers, der als Sammler und Systematiker eine hohe Bedeutung erlangte und in den rund 35 Jahren, die er von seinem 77jährigen Leben der Insektenforschung dargebracht hat, mit über 360 Einzelarbeiten herauskam. × 70 Jahre alt, starb in Schaffhausen der Prähistoriker Professor Dr. Jakob Nüesch. Er hat die der ältern und jüngern Steinzeit angehörigen, berühmten Siedelungen in Schweizersbild und Keßlerloch aufgefunden, ausgegraben und sehr ausführlich bearbeitet, hat auch das prähistorische Museum in Schaffhausen eingerichtet und zu einer sehenswerten Sammlung gemacht. 1878 war ihm die Entdeckung des Leuchtbazillus gelungen, jener Mikrobenform, die die phosphoreszierenden Lichtemissionen geschlachteten Fleisches, gesottener Eier und gesottener Kartoffeln veranlaßt. × Aus New York wird gemeldet, daß im dortigen Tiergarten das letzte auf Erden lebende Paar der amerikanischen Wandertaube (*Ectopistes*), die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts noch in Millionenschwärmen vorkam, gestorben sei. Wilde Verfolgung durch Jäger soll das Tier, von dem schon 1888 kein Brutplatz im Freien mehr bekannt war, zum Verschwinden gebracht haben. × Eine von der amerikanischen Regierung im Schutzgebiet des Beringsmeers veranstaltete Zählung der Seelöwen

soll einen Bestand von 268 305 Tieren ergeben haben. × Der Hefepilz, von dem kürzlich in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 612) die Rede war, setzt seinen Siegeszug fort. Wie in der Presse von dem Leiter des Berliner Instituts für Gärungsgewerbe Professor Dr. Lindner mitgeteilt wird, ist es dem im Schützengraben liegenden Brauereingenieur Schrattenfeger gelungen in der Mikrobenvegetation von Birkenflüssen eine Hefepilzrasse zu finden, die bei geeigneter Züchtung 17 % Fett zu liefern vermag. Der Pilz ist in dem staatlichen Institut bereits in Kultur genommen worden. Man hofft, daß er in großem Maßstab zur Fettgewinnung verwendet werden kann, und daß damit eine neue wertvolle Quelle zur Erleichterung der Lebenshaltung im Krieg erschlossen wird. × Der für verloren gehaltene Isländer Wilhjalmur Stefansson, der Leiter der kanadischen Polar expedition, ist nach einer abenteuerlichen Forschungsreise und dem Verlust seines Hauptschiffes sowohl wie seiner meisten Begleiter wohlbehalten nach Ottawa zurückgekehrt. Er meldet die Entdeckung einer neuen großen Ländermasse im arktischen Meer, nordwestlich von Banksland.

× **Literatur** Immer nachhaltiger spürt man in der naturwissenschaftlichen Bücherproduktion die Abwesenheit vieler im Feld, und es sind eigentlich nur noch Neuauflagen, die sich bemerkbar machen. Bemerkenswert ist unter ihnen Richard Goldschmidts Bändchen Die Urtiere, das in ganz vortrefflicher, populärer Form vom Bau und Leben der Einzeller, ihrer Bedeutung im Haushalt der Natur berichtet und in einem besondern Abschnitt sich mit den krankheitsserregenden Urtieren auseinandersetzt; es ist in der bekannten Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/ erschienen. × Eben- da wird Hugo Miehes Allgemeine Biologie, eine Einführung in die Hauptprobleme der organischen Natur, zum zweitenmal und in neuer Ausstattung aufgelegt. × Dankbar wird von vielen gewiß auch die Neuherausgabe von Emil du Bois-Reymonds berühmter Rede Über Neovitalismus begrüßt /Brackwede, Breitenbach/, zumal E. Metzke die Schrift mit ausführlichen Literaturnachweisen versehen hat. × Dagegen hat mir Heinrich Schmidts Rede zu Haeckels 80. Geburtstag /Leipzig, Krö-

ner/ einen etwas bemühenden Eindruck gemacht. Eine Symphonie aus Superlativen, von denen viele gemeinplätzig sind, habe ich nach der Lektüre auf die Titelseite geschrieben. Goethe wird wieder einmal unter die Monisten gerechnet (obgleich er dieser Commis voyageur-Philosophie sicher gering-schätzig den Rücken gekehrt hätte), und an Haeckel scheint alles erhaben über jede Kritik. × Was aus Professor Dr. Friedrich W. Müllers, des Tübinger Prosektors, Lieferungswerk Bau und Entwicklung des menschlichen Körpers / Stuttgart, K. G. Lutz/ werden wird, kann ich erst nach dem Vorhandensein weiterer Hefte sagen.

Psychologie / Otto Bobertag

Entwicklungspsychologie Die Psychologie nimmt im System der Wissenschaften in mehr als einer Hinsicht eine besondere Stellung ein. Ein deutliches Zeugnis hierfür ist unter anderem dies, daß lange Zeit ein (auch gegenwärtig noch nicht ganz beigelegter) Streit darüber bestand, ob die Psychologie eigentlich den Naturwissenschaften oder den Geisteswissenschaften zuzurechnen sei. Bei nicht allzu kritischem Hinsehen hat es den Anschein, als ob beide Auffassungen gleich triftige Gründe für sich anführen könnten. Wer die Psychologie den Geisteswissenschaften zurechnet, kann sich darauf berufen, daß ihr Gegenstand doch eben der *Geist* ist, der nicht zur *Natur*, das heißt so viel wie zur äußeren oder körperlichen Natur, gehört; ferner darauf, daß ein nicht unbedeutender Teil aller speziellen geisteswissenschaftlichen Forscherarbeit doch zweifellos als irgendwie psychologischer Art zu betrachten ist. Wer dagegen die Psychologie den Naturwissenschaften zurechnen möchte, pflegt darauf hinzuweisen, daß sie wie diese eine von allen Wertungen absehbare Gesetzeswissenschaft sei, während die Geisteswissenschaften, vom Gesichtspunkt absoluter Werte aus, ein einmaliges Geschehen darstellen; ferner darauf, daß die exakte Psychologie bis jetzt tatsächlich nichts Nennenswertes für die geisteswissenschaftliche Forschung geleistet habe. Diese letzte Argumentation ist sicherlich verfehlt; es läßt sich aber nicht leugnen, daß sie gewissermaßen einige halbe Wahrheiten enthält, die es verständlich machen, warum es der Psychologie bisher so außerordentlich schwer geworden ist als

Grundlage der Geisteswissenschaften, wie Wundt es kurz formuliert hat, anerkannt zu werden.

Wer die Entwicklung der Psychologie im 19. Jahrhundert und ihren gegenwärtigen Betrieb an den offiziellen Pflegestätten der Wissenschaft kennt, kann über diesen Sachverhalt nicht verwundert sein. Denn er weiß, welche schiefen Auffassungen und einseitigen Tendenzen mitgewirkt haben, um die Psychologie allmählich in ein betrüblich unfruchtbares Verhältnis zu denjenigen Erkenntnisgebieten zu bringen, die doch in der Hauptsache mit psychischen Vorgängen (sei es in der Einzel- sei es in der Kollektivseele) sowie mit Produkten psychischer Tätigkeit zu tun haben, und von denen man daher erwarten sollte, daß sie vielfältige Beziehungen des Gebens und Nehmens mit der Psychologie unterhielten. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, sei auf die vielfache Ablehnung oder Nichtbeachtung hingewiesen, die Wundts Völkerpsychologie von seiten der Vertreter der speziellen Geisteswissenschaften erfahren hat. Auf zwei Hauptwurzeln kann man das gegenwärtige unbefriedigende Verhältnis der Psychologie zu den Geisteswissenschaften zurückführen. Erstens ist die Psychologie Jahrhunderte hindurch methodologisch an der exakten Naturwissenschaft orientiert gewesen; ihr Erkenntnisideal ist daher noch überwiegend die mechanistische Naturerklärung. Die sogenannte Assoziationspsychologie betrachtete die Vorstellungen als eine Art in steter Stoßbewegung befindlicher Atome; Herbart und Fechner suchten, jeder auf seine Weise, letzte seelische Grundgesetze mathematisch zu formulieren, und die ganze moderne Psychologie, mit dem analytischen Laboratoriumsexperiment am Einzelindividuum als mit ihrem wichtigsten Forschungsmittel, ist eigentlich auf diesem Standpunkt fast unverändert stehengeblieben. Anderserseits sind die Geisteswissenschaften, im Anschluß an die Reaktion gegen die bekannten Übergriffe der nachkantischen idealistischen Spekulation, im Lauf des 19. Jahrhunderts immer mehr in einen einseitigen Historismus hineingeraten, der das Wissensmaterial nicht minder rasch als es in den Naturwissenschaften geschah vermehrte, mit seiner Verwendung zur Ableitung überhistorischer Gesetzmäßigkeiten innerhalb der einzelnen historischen Entwicklungsreihen sich jedoch nicht befassen wollte. Es hat sich so, durch beiderseitige Unter-

lassungen, eine Lücke zwischen Psychologie und Geisteswissenschaften (Kulturwissenschaften) gebildet, deren Ausfüllung als eine Hauptaufgabe künftiger Forschung betrachtet werden muß. Natürlich liegen schon hier und da Ansätze zur Anbahnung eines ertragreicheren Zusammenarbeitens der genannten Forschungsrichtungen vor; der wichtigste Beitrag, Wundts Völkerpsychologie, wurde bereits genannt. Doch fehlte es bisher an einer speziellen Untersuchung und Darstellung der zugrunde liegenden methodologischen Probleme, an einer Entwirrung und Wiederzusammenfassung der zahlreichen neben- und durcheinanderlaufenden Fäden, die die Psychologie und die einzelnen Geisteswissenschaften trotz aller gegenseitigen Entfremdung mit einander verbinden. Das kürzlich veröffentlichte Buch von Felix Krueger Über Entwicklungspsychologie, ihre sachliche und geschichtliche Notwendigkeit /Leipzig, W. Engelmann/ ist bestimmt diesem Mangel abzuhelfen. Als kritische Selbstbesinnung der Psychologie auf ihren gegenwärtigen Gesamtzustand, als Rückblick auf frühere Irrwege und als Wegweiser zu neuen Zielen ist das Buch zweifellos eine der bedeutendsten Erscheinungen der letzten Jahre auf psychologischem Gebiet. Es scheint daher angemessen hier seine leitenden Gedanken in aller Kürze darzulegen; zum Teil sind sie in dem Vorangehenden bereits wiedergegeben. Krueger meint, die Psychologie sei gegenwärtig in einer »problematischen Lage«, insofern sie zu ihren Nachbarwissenschaften in Beziehungen wachsender Spannung steht: an Stelle geordneter Arbeitsgemeinschaft sehen wir Ablehnung und Gleichgültigkeit, jedenfalls aber Unklarheit auf beiden Seiten. Der Grund hierfür liegt darin, daß auf der einen Seite gerade das vernachlässigt wird, was auf der andern Seite gebraucht wird, soweit man hier ein Bedürfnis danach fühlt und zugesteht: nämlich die Kenntnis der genetischen und sozialen Bedingungsbeziehungen des seelischen Geschehens. Die moderne Psychologie faßt den Menschen im allgemeinen als entwicklungsloses Individuum. Dies ist natürlich kein Zufall sondern hauptsächlich in ihrer methodischen Eigenart begründet: das exakte Laboratoriumsexperiment muß von demjenigen abstrahieren, worauf die Betrachtung des Menschen als Mitglied einer lebendigen Kulturgemeinschaft gerade den Hauptnachdruck legen muß:

seine sozialgenetische Bedingtheit. Die Ethnologie, die Geschichte, die Sprachwissenschaft, die Rechts-, die Religions- und die Kunstwissenschaft, die Soziologie und die Wirtschaftstheorie, kurz die sogenannten Kulturwissenschaften, betrachten den Menschen in diesem eben angedeuteten Sinn, und sie suchen in den Lehr- und Handbüchern der Psychologie vergeblich nach Resultaten dieser Wissenschaft, die sie für ihre Zwecke gebrauchen könnten. Auf gewissen Teilgebieten, wie der Tierpsychologie und der Kinderpsychologie, hat freilich die entwicklungsgeschichtliche Forschungsweise schon Eingang gefunden, doch hat man sich dabei immer noch auf die Individualentwicklung beschränkt. In der allgemeinen oder theoretischen Psychologie dagegen ignoriert man die Tatsache der seelischen Entwicklung eigentlich gänzlich; man studiert die einzelne Versuchsperson unter Absehung nicht bloß von alledem, was sie an die Gemeinschaft bindet, sondern sogar unter Absehung von ihrer eigenen Vergangenheit, ihren Lebensschicksalen und persönlichen Erfahrungen. So ist es zu begreifen, daß die allgemeine Gesetzeswissenschaft vom geistigen Leben bisher kein befriedigendes Verhältnis gewonnen hat zu den Einzelwissenschaften, die geistiges Leben in seinen besonderen, konkreten Gestaltungen und Verläufen zu schildern und zu erklären übernehmen. Krueger fordert also eine Entwicklungspsychologie, eine Entwicklungstheorie des geistigen Lebens mit besonderer Betonung der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Es leuchtet ein, daß in ihr das Experiment als Forschungsmittel gegenüber der vergleichenden Analyse unmittelbar beobachtbarer komplexer Tatbestände an Bedeutung zurücktreten muß, in der Art und Weise, wie dies bereits beim psychologischen Studium von Tieren, von Kindern, von Primitiven und von Geisteskranken vielfach der Fall ist. »Diese vergleichenden Forschungen haben methodisch das Eigentümliche gemein, daß sie die Selbstbeobachtung der untersuchten Lebewesen nur in beschränkter Weise oder gar nicht heranziehen können. Sie stoßen dadurch auf besondere Schwierigkeiten und werden zu Umwegen gezwungen. Aber eben damit hängt es auch zusammen, daß sie von vornherein gewissen dogmatischen Vorurteilen weniger ausgesetzt sind, die den direkteren Verfahrensweisen bisher gerade die genetischen Probleme verdunkel-

ten.« Die Entwicklungspsychologie rückt also ihrer Methodik nach von den exakten Naturwissenschaften ab und nähert sich mehr der Biologie, durchaus entsprechend der Verschiebung der Probleme, indem ja nun auch das Seelische im Zusammenhang des Gesamtlebensprozesses des Individuums wie der Gemeinschaft aufgefaßt werden soll. Was aber die Notwendigkeit besonderer sozialpsychologischer Methoden betrifft, so beruht sie darauf, daß das geistige Zusammenleben besondere Bedingungen schafft, ohne deren Erkenntnis eine vollständige Theorie des psychischen Geschehens unmöglich ist, *besondere* Bedingungen auch in dem methodischen Sinn, daß die Beobachtung, ja Analyse von Tausenden isolierter Individuen uns darüber keinen Aufschluß gibt. Zu warnen ist dann aber davor, daß man sich Sozialpsychologie ausschließlich als Psychologie der Masse denke und ihre Gegenstände im wesentlichen auf die Erscheinungen der sogenannten Massensuggestion beschränke. Im Gegenteil, Massen stehen auf der niedrigsten Stufe sozialer Gliederung und Einheitlichkeit. Wesentlich höher stehen Familie, Verein, Partei, Kirche, Staat usw.; sie alle stellen »besondere Bedingungen« des psychischen Geschehens dar. Das Wesentliche eines jeden spezifisch sozialen Tatbestands liegt darin, »daß qualitativ verschiedene Eigenschaften und Träger von solchen wechselwirkend zu einem Ganzen von spezifischer Einheitlichkeit sich zusammenfügen und nun Erzeugnisse von analoger Struktur schaffen«. Eben in dieser Richtung liegt das Spezifische aller Entwicklung.

Den wissenschaftlichen Entwicklungsbegriff selber bestimmt Krueger durch folgende Merkmale: 1. die Stetigkeit der in Frage stehenden Veränderungen; 2. ihr Eingeschlossenheit in ein relativ einheitliches Ganze qualitativ verschiedener, wechselwirkender Teile, welches dynamische Ganze sich in allen seinen Wandlungen als dieses einheitliche behauptet; 3. eine als einheitlich bestimmbare Richtung für den Gesamtkomplex derjenigen Veränderungen, die da genetisch begriffen werden sollen; sie wird begrifflich bestimmt durch rein funktionelle Bedingungskonstanten und schließlich Gesetze des Geschehens, besondere, nämlich Strukturgesetze, im Gegensatz zu allem, was als strukturlos und daher ohne Rücksicht auf Entwicklungen gedacht werden kann.

Eine Darstellung der von ihm geforderten Entwicklungspsychologie selbst, auch nur in den Grundzügen, gibt Krueger nicht. In den letzten Kapiteln seines Buches behandelt er das Thema Die genetische Kulturpsychologie in ihrem Verhältnis zu den nächstbeteiligten Wissenschaften. An erster Stelle rangiert hier die Soziologie. Krueger spricht dieser Wissenschaft (so wenigstens, wie sie gegenwärtig im allgemeinen betrieben wird) die Existenzberechtigung ab. Gegen Wundts Definition der Soziologie als einer Zustandsschilderung der Gesellschaft innerhalb bestimmter zeitlicher und räumlicher Grenzen wendet er ein: Eine rein morphologische Erkenntnis ist bei lebendigen und vollends bei geistigen Gebilden überhaupt nicht möglich. Ohne genetische Analyse und Synthese, ohne daß wir die Vorgeschichte des jeweiligen Ganzen wie seiner Teile generell vergleichend untersuchen, können wir hier nicht einmal unterscheiden, was wir jeweils als elementar, als Träger wesentlicher Beziehungen anzusehen haben. Ferner: Auf andere als entwicklungspsychologische Weise sind so späte Dinge, so unübersehbar komplizierte Zusammenhänge wie die in der Soziologie behandelten überhaupt nicht wissenschaftlich zu begreifen. Was an erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnis bisher innerhalb der Soziologie erarbeitet oder mit Aussicht auf einen stetigen Fortgang angebahnt ist, das fällt zusammen mit Psychologie der Kultur, allgemeiner: mit Entwicklungspsychologie des gemeinschaftlichen Lebens. Die Erörterung über die Abgrenzung der Kulturpsychologie gegen Geschichte und Völkerkunde führt zu folgendem Ergebnis: Um ihrem besondern Erkenntniszweck sich anzunähern, dazu gebraucht die Geschichtswissenschaft als Mittel zahlreiche Einsichten oder Voraussetzungen, die an sich nichthistorisch sind, insonderheit gesetzeswissenschaftliche der verschiedensten Art, darunter auch solche, die ihr nur die Psychologie darbieten kann. Und aus bekannten Gründen, einer relativ lückenhaften und unzuverlässigen Überlieferung, ist vielleicht am meisten die Völkerkunde, als die Geschichte der roheren und der fremden Kulturen, auf die Hilfe der Psychologie angewiesen. Aber dieses hilfswissenschaftliche Verhältnis ist durchaus wechselseitig. Die Psychologie ihrerseits muß mit methodischem Bewußtsein die stete Hilfe der historischen, insbesondere der geistesgeschichtlichen

Forschung in Anspruch nehmen. Sie bedarf dessen um so dringender, je mehr sie auch die höheren, zentralen Funktionen der Seele, die komplexen Erscheinungen des psychischen Lebens in ihrer gesetzlichen Notwendigkeit zu erkennen strebt, die eben in steigendem Maß durch die Vorgeschichte der Erlebenden und ihrer Gemeinschaft wesentlich bedingt sind. Auch auf das Verhältnis der Kulturpsychologie zur Völkerpsychologie geht Krueger ein. Er diskutiert hier hauptsächlich die Auffassung Wundts, deren Schwächen er darlegt. Die Völkerpsychologie ordnet sich nicht entschieden genug dem gesetzeswissenschaftlichen Entwicklungsgedanken als dem alles beherrschenden unter; deshalb fehlt es ihr bisher überhaupt an einem einheitlich durchgehenden theoretischen Prinzip. Ihre Aufgabe ist unlösbar, solange sie nicht, gereinigt von allen historistischen und objektivistischen Beimengungen, auf die funktionelle Entwicklungsgesetzlichkeit des geistigen Lebens überhaupt abgestellt wird.

Kruegers Buch ist der 1. Band einer von ihm herausgegebenen Sammlung Arbeiten zur Entwicklungspsychologie. Nachdem der Autor hier die Notwendigkeit dieses Forschungsgebiets ausführlich dargetan hat, darf man hoffentlich erwarten, daß er uns bald seinen wesentlichen Inhalt, soweit er bereits feststeht oder sich im voraus skizzieren läßt, in einem weitem Band mitteilen wird.

× **Kurze Chronik** In den Blättern für zwischenstaatliche Organisation /Zürich, Orell Füßli/ macht Professor M. Rade den Vorschlag ein Archiv für Kriegspoesie, Kriegslist und Kriegslüge zu begründen. Da es sich hier um Aussagepsychologie handelt, so wird besonders auch die Mitarbeit der Psychologen gewünscht. Ein gelehrtes Institut, eine Akademie der Wissenschaften oder ein pazifistisches Institut soll das Werk in die Hand nehmen. / In der, gleichfalls bei Orell Füßli in Zürich erscheinenden neuen Zeitschrift Internationale Rundschau behandelt Lucy Hoesch-Ernst die Psychologie der Aussage und ihre Beziehung auf die Gegenwart, indem sie einige besonders markante Fälle der vom Krieg erzeugten Aussagen bespricht. Eine andere Rubrik, Wie Gerüchte entstehen, bringt drei weitere Berichte über Kriegspoesieen; also

ein erster Anfang zu der Radeschen Sammlung. × Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge gab kürzlich die Anregung zu einem Zusammenschluß aller der Kleinkinderfürsorge dienenden Veranstaltungen und Verbände. Auf Wunsch der Zentrale verfaßte Professor Stern (Breslau) ein kindespsychologisches Gutachten, in dem eine engere Verbindung der praktischen Fürsorgertätigkeit mit der wissenschaftlichen Kindespsychologie sowie die Begründung einer kindespsychologischen Beratungsstelle empfohlen wird. × Das Pädagogisch-psychologische Laboratorium an der Landeslehrerakademie in Wien gab einen Bericht über das 2. Studienjahr heraus; es wurden mehrere beachtenswerte psychologische Enqueten und Experimentaluntersuchungen an Schulkindern durchgeführt.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Kriegsgraphik Es handelt sich bei der Kriegsgraphik um Tageserscheinungen, die sicher dem Bedürfnis der Zeit entgegenkommen. Es handelt sich aber ebenso um Leistungen unserer ersten und besten Männer, und deshalb mag es gestattet sein sie abgesehen von der moralischen und praktischen Seite auch künstlerisch zu werten.

Der Kriegszeit, die bei Paul Cassirer in Berlin erscheint, liefern Liebermann, Slevogt, Gaul, Barlach, Hettner, Oppenheimer und andere Beiträge. Und doch steht die Gesamtleistung nicht auf der Höhe, die man vermuten müßte. Das kommt wohl daher, daß die Künstler darin nicht spontan schaffen, folglich ihr Bestes nicht geben können. Im Grunde genommen können sie bis auf wenige Ausnahmen jetzt nichts anderes machen als in Friedenszeiten. Die aktuelle Tendenz läuft nur nebenbei. Die Vorzugsdrucke, die bei Cassirer ausgestellt waren, gaben eine gute Übersicht über das allgemeine Niveau. Nur dort ist Liebermann gut, wo sich der Inhalt gleichsam in der Beschrift versteckt, oder wo wir sie gar nicht brauchen; Beispiele: Schloß und Menschenmenge im Lustgarten oder das wackelige Gefährt und die ostpreussischen Flüchtlinge. Seine Soldatenbilder, Sturmangriffe usw. sind merkwürdig lahm und kalt. Auch Gaul und Barlach werden durch das dargestellte Ereignis nicht kräftiger, eigenartiger

oder gar wärmer. Den Blättern fehlt das tragische Muß, das man erwarten sollte, es ist ihnen noch das Spielende, Gleichgültige, das vom Heute Unberührte eigen, trotz allen tragischen oder komischen Beischriften. Die Größe der Ereignisse ist in die Anschauung nicht vorgedrungen. An den Ausnahmen läßt sich das am klarsten erkennen. Dort, wo das künstlerische Erlebnis von vornherein im Ablaschen innerseelischer Ereignisse liegt, dort kommt es auch heute zum Ausdruck, zur bildnerischen Formung. In den Blättern von Hettner oder Oppenheimer spürt man noch am ehesten etwas von der Heftigkeit des Siegerwillens, von dem unerschütterlichen Durchhalten der Zeit.

Für die Wochenschrift Wieland /Berlin, Wielandverlag/ arbeiten zum Teil die gleichen Künstler, weshalb sie hier erwähnt wird, obgleich sie nicht eigentlich zur Graphik gerechnet werden darf. In letzter Zeit hat die Wochenschrift ein loseres, freieres Gewand bekommen. Neben den offiziellen Namen kamen auch Kräfte wie Erich Büttner, L. Feininger, E. Stern, Schilling und andere zu Wort. Was immer sie darstellen, ist von dem eigenwilligen Feuer ihres Temperaments erfüllt und kann deshalb eine lebendige Gestaltung finden und gleichzeitig auch das innere Wesen des Künstlers ausdrücken. Man könnte sagen: Die ganze jüngere Generation, sofern sie auch in ihren künstlerischen Strebungen jung ist, kämpft darum in der Gestaltung der äußeren Erscheinungen ein innerseelisches Moment betonen zu dürfen. Selbst diejenigen von den Jungen, die in rein impressionistischen Bahnen laufen, geben ihren Arbeiten einen gewissen innern Schwung.

Der Verlag Goltz in München sammelt hauptsächlich jüngere Kräfte um sich und gibt mit ihnen eine Folge von Mappen heraus, von denen jede eine Anzahl Kriegsbilderbogen enthält. Zwischen wenigen längst bekannten Namen, wie Feldbauer, Büttner, trifft man die meisten zum erstenmal an. Es geht eine erfreuende Frische von diesen Blättern aus, eine Lebendigkeit des Schauens verspüren wir, die uns gerade bei den ganz fertigen Meistern fehlte. Es sind eben Junge an der Arbeit, Junge, unbelastet von verpflichtender Vergangenheit und hungrig danach ihre Leidenschaften loszuwerden. Man empfindet: Hier ist kein Zwang, hier finden die Ereignisse ihre ganz natürliche Resonanz. Vielleicht ist manches noch zu

viel Nachhall und zu wenig Echo, vielleicht liegt das Erlebnis zu nahe der Kunst, aber dennoch (und manches Mal gerade deswegen) bleibt es Erlebnis und ehrliches Beweisstück der Zeit.

Aus dem selben Grund ist das im Graphikverlag in München erscheinende Zeitecho so lebendig, weil von keiner Seite irgendein Zwang zu spüren ist, und gerade deswegen ist es ein wirkliches Echo der Zeit. Es hat keine andere Tendenz als ein Zeitecho zu sein, und zwar nicht immer nur in positivem Sinn, es bringt auch negative Stimmen. Es handelt sich eben um nichts anderes als um das Sammeln von Stimmen, und zwar von solchen, die in irgendeiner Weise literarisch oder bildkünstlerisch persönlich erklingen. Und ebenso ungezwungen und von jeder inhaltlichen Schwere befreit sind die eingestreuten graphischen Blätter, meist Originalarbeiten in Lithographie oder Holzschnitt. Das Ganze erscheint wie eine Improvisation, leicht durch nichts anderes als einen feinen Instinkt der Auswahl zusammengehalten. Dazu ist die Ausstattung sorgsam gewählt, sowohl typographisch wie äußerlich, und die graphischen Blätter erhöhen das schmucke Aussehen noch um eine rein künstlerische Note.

Im selben Verlag erschien eine Mappe, 10 Lithographien von Willi Geiger, unter dem Titel Unsere Helden 1914. Geiger ist ja durch verschiedene Richtungen gegangen, landet aber hier in einer Weise, die doch persönlich anmutet. Ein persönliches Erlebnis liegt dem Werk zugrunde; es ist dem Andenken seines Bruders gewidmet, der im Kampf sein Leben ließ. Vielleicht ist es diesem Umstand zu danken, daß manche Blätter echter und unmittelbarer wirken als man es sonst bei Geiger gewohnt ist, daß die Geste, die sonst leicht geziert wirkt, hier von innen herauszukommen scheint. Auch in diesen Blättern sehen wir nicht Schlachtgetümmel, Mord und Totschlag. Wenn Blut fließt, so ist der Strom gleich umrankt von den Rosen des unvergänglichen Heldentums. Überhaupt liegt über den Blättern eine gewisse religiöse Weihe. Die Form ist demgemäß ins Erhabene gesteigert, von einem starken, ganz unwirklichen Rhythmus gehalten und in einer ebenso unwirklichen Linie zum Ganzen gefaßt. Nicht immer ist der Charakter der Lithographie gewahrt und der einmal eingeschlagene Stil eingehalten. Man könnte bei manchen der Blätter weich verschwom-

mene Kohlezeichnungen vermuten, wenn gleich wieder andere die ausgesprochene Tendenz zur ausdrucksvollen, etwas *gehodlerten* Linie zeigen. Trotzdem stehen diese Blätter über vielen der anderen entstandenen Publikationen, weil hier mit viel Takt und Geschmack alles Fatale vermieden wird, und das Erlebnis als solches durch die Form ein überindividuelles Dasein erhält. Auf den ganz Großen der Zeit warten wir noch. Einen, an den wir einen Maßstab setzen können, wie wir ihn etwa in dem Album du siége besitzen, das Daumier und Cham im Kriegsjahr 1870-1871 erscheinen ließen. Künstler wie Cham besitzen auch wir, und Cham war sicher nicht untüchtig. Aber dennoch verhält er sich zu Daumier wie der Humorist zum Rhapsoden, und seine leicht dahingleitenden Erzählungen stehen zu dem mächtigen und gemessenen Pathos Daumiers wie das lustige Sprudeln der Quelle zu dem Donner eines aus großer Höhe herabstürzenden Bergwassers. Bei Cham sind es lauter artige oder unartige kleine Erzählungen von dem Leben der Pariser, wie es sich den schweren Zeiten während des Krieges und hauptsächlich während der Belagerung anzupassen sucht. Eine Frau, die sich auspolstert am ganzen Körper, zum Schutz gegen Bombenangriffe, oder die kleinen Boulevardmädchen, die eine Petroleumlampe vor das Gesicht haltend, in dem vorgeschriebenen Dunkel der Straße ihre Schönheit spazieren führen usw. Wie klingen dazwischen die Donnerworte Daumiers: »Ceci a tué cela!« Ein Weib weist in ekstatischer Haltung mächtig sich reckend mit der einen Hand auf die Wahlurne, die den Krieg gewollt, mit der andern auf ein Feld Leichen. Oder noch erschütternder das Blatt mit der Unterschrift: »Pauvre France — — le tronc est foudroyé, mais les racines tiennent bon.« Ein riesenhafter Stamm mit dem Boden verwachsen; von der einmal mächtigen Laubkrone ist ein einziger Zweig geblieben, und auch dieser wird vom Sturmwind gezerrt, der ringsum tobt. Hier merkt man: Kein Erzählertalent oder kühler Karikaturist hat sich der Ereignisse bemächtigt, um sie für immer zu zeichnen und zu geißeln, sondern ein Mensch ist bis ins Innerste getroffen und wird aufgewühlt vom Schicksal seines Volkes; er kann nicht anders, er schüttet seinen erhabenen Schmerz in erhabener Form vor uns aus. Einmal klingt es wie das Brüllen des Zyklopen, ein andermal wie das ver-

haltene Schluchzen eines Menschen, dem das Teuerste geraubt wurde. Macht sich da jemand Gedanken über Stil, Richtung, Form, Inhalt? Hier spricht der große wahre Stil eines Menschen, der selbst groß angelegt ist, und was den Ausschlag gibt: dessen Größe auf die Darstellung innerseelischer Erlebnisse eingestellt und daher bis in die Anschauung vorgedrungen ist.

× **Kurze Chronik** Auf dem Schlachtfeld fielen am 8. Mai der Dresdener Maler Max

Walter Schmidt bei einem Sturmangriff vor Ypern, am 21. September der Bildhauer Hugo Kühnelt, Obmann des Künstlerverbands österreichischer Bildhauer, dessen Hauptwerk, eine Medea, die Staatsgalerie in Wien besitzt. × In München starb, 60 Jahre alt, Max Flashar, der bekannte Illustrator der Münchener Fliegenden Blätter. × Im Haag starb am 10. Juli der Marinemaler Hendrik Willem Mesdag. Mehr als durch seine Malerei ist Mesdag durch seine Bildersammlung bekannt, die er dem holländischen Staat zum Geschenk machte. Sie bestand aus ungefähr 350 Gemälden moderner Meister, unter denen besonders die Schule von Barbizon (Rousseau, Corot, Millet) ausgezeichnet vertreten war. × Am 14. September starb der bekannte Berliner Genremaler Paul Meyerheim im Alter von 73 Jahren. Seine Werke in der Nationalgalerie gehören zwar nicht zu den bedeutenden, aber zu den bekanntesten des Museums. × In Wien ist der Bildhauer Kaspar von Zumbusch im Alter von 85 Jahren gestorben. Sein Standbild Maximilians II. in München und die Statue Maria Theresias in Wien zwischen den beiden Museen, endlich sein Beethoven in Wien bilden die Hauptwerke seines Schaffens. × Zum Direktor der Berliner Kunstschule ist der Maler Professor Philipp Franck ernannt worden.

Dichtkunst / Max Hochdorf

Ruederer † Im Alter von 54 Jahren ist Josef Ruederer am 20. Oktober gestorben. Dieser Dichter, der über seine Vaterstadt München das vielbesprochene, sehr angriffslustige Buch geschrieben hat, wurde von einem nicht alltäglichen Glück verfolgt. Weil er nämlich dorten eine gewisse Mürbigkeit und Seichtheit des Kunstgeschmacks hechelte, geriet er in den schönen Verdacht, er sei mit

allem Talent ausgestattet, das er den anderen absprach. Nun fehlte ihm das feste, das auf die Wirkung hinielende Wollen gewiß nicht. Und der Humor, den er in seiner Fahnenweihkomödie und in den Malergeschichten zeigte, war ein hübscher, ein volkstümlicher und gesunder Humor. Daß er sich nur um wenigens über die von ihm selbst scheinbar angesehene Volkspoesie erhob, daß er seine Verwandtschaft mit dem altmodischen Hanswurst und Bramarbas nicht verleugnen konnte, soll nicht einmal als ein Vorwurf gegen Ruederer ausgenutzt werden. Es soll nur verhütet werden, daß man auch ihm einen falschen Platz in der Literaturgeschichte zuteilt. In dem Stück der Lola Montez hat sich Ruederers Theatergeschicklichkeit wohl gezeigt, aber ein Menschencharakter ist da nicht poetisch geworden, und auch in dem Lehrroman vom Verrückten ist es nur schlecht um die Scharfsichtigkeit des Herzenskundigen bestellt. Nein, Ruederer ist kein Psycholog gewesen. Aber sein Verdienst als Volksdichter soll ihm nicht geschmälert werden.

× **Dauthendey** Dauthendey war auf einer Weltumsegelung, als der Krieg ausbrach. Er konnte nicht heimkehren, da ihn die Engländer eingefangen hatten. Nun sitzt er in den Tropen und ist kränklich. Die Schweizer mit ihrem guten neutralen Herzen wollten ihn davor bewahren, daß ihn eine Verminderung der Lebenskräfte für immer unter dem unzuträglichen Himmel gefährdet. Sie erbaten für Dauthendey von Sir Edward Grey freies Geleit nach einem europäischen Hafen. Sie sind noch ohne Antwort. Inzwischen gelingt es dem Dichter Klagelieder um das ferne Vaterland an die deutschen Zeitschriften zu schicken. Dauthendey ist im Lyrischen der große Vereinfacher, der ungeheuer selbstverständlich die Schönheit der Natur hingezagt hat. Er kann mit Worten ein Gefühl auch dann sehr lebendig machen, wenn es bei näherer Prüfung als ein falsches Gefühl erscheinen könnte. Er dichtet ohne viel Federlesens, hat etwas Lehrhaftes, das durchaus nicht unangenehm ist, im Stil. Er hat das Auge, das Gleichgültiges ins Besondere hineinheben kann. So sind auch seine Sehnsuchtsgedichte an Deutschland, obgleich sie häufig nur einen Ton anstimmen, Gedichte, die ins Ohr und von dorten her zum empfindenden Gemüt wandern (Des großen Krieges Not /München, Langen/). Der Weltenfahrer, der erst in seinem 5.

Jahrzehnt zu einer stürmisch jugendlichen Arbeitslust gelangt ist, hat auch ein Buch von Geschichten aus dem vier Winden geschrieben /München, Langen/. Das sind eigentlich keine Novellen sondern Reiseabenteuer, Beobachtungen und Erfahrungen, die um irgendwelches Ereignis gruppiert sind. So sind, so sollen doch eigentlich alle Novellen sein, könnte man einwenden. Ja, aber die Bedeutung Dauthendey's wird überall absichtlich vorgegründet. Er will bald ein Weiser sein, bald ein Plauderer, bald ein Weltmann, bald ein Eremit. Es würde den Geschichten Dauthendey's aber nur genützt haben, wenn er sie nicht als persönlich erlebte Dinge erzählt hätte. Man soll derartiges Wohlwollen für die eigene Wichtigkeit, das eine Romantikergewohnheit ist, überwinden. Die Geschichten Dauthendey's reden von Indischem und Berlinischem. Ein Liebesamulett im Himalaya ist schon der Teilnahme wert. Die Bettlerin in den Bergen trägt es, weil sie eine Witwe ist. Denn solange sie diesen Schatz besitzt, ist sie dessen sicher den betrauernten Gatten im Jenseits wiederzufinden und dorten auch von dem Verstorbenen all die Sinnenfreude zu empfangen, die sie hat entbehren müssen. Die bettelnde Witwe, die ihr Amulett verlor, bietet daher alle geheimnisvolle Schlaueit auf, um das Amulett zurückzuerlangen. Durch Fenster und Türen dringt sie ein. Sie ist waldtiergeschickt, lautlos und gierig, da es bei ihr um die Sicherung eines verlorenen Paradieses geht. Was für die Bettlerin so natürlich erscheint, wird aber für den Europäer zum Spuk und Grausen. Dann spielen die meisten anderen Geschichten in Berlin, von der Potsdamer Brücke etwa bis zur Bülowstraße und auch auf dem Kreuzberg. Hier ist aber um viele Dinge, die sonst sehr gewöhnlich sind, um ein Schaufenster und um eine Straßenecke, so viel Stimmung vereinigt, daß ein guter, gewinnender Strom von den Dingen auf den Leser überfließt.

× **Kurze Chronik** Am 16. Oktober starb Paul Scheerbart in Zehlendorf, fast 53 Jahre alt, arm und elend. Man wird das traurige äußere Leben des Menschen tief beklagen müssen, ohne doch die künstlerische Kraft des Dichters, der nur phantasieren, aber nicht gestalten konnte, zu Unrecht zu glorifizieren. × Im Oktober starb auch der moralische Romanschriftsteller und Bühnendichter Paul

Hervieu, den die Franzosen als Sitten- und Frauenverteidiger vom Schlag Ibsens geschätzt haben. × In dem Naturforscher Jean Henri Fabre, dessen Tod in der Rubrik Biologie (in diesem Band, pag. 1199 f.) mitgeteilt wurde, hat Frankreich auch einen Dichter verloren. Er hat eine Reihe von provençalischen Dichtungen geschaffen, wie sein Landsmann Frédéric Mistral, mit dem er auch befreundet war. Der Gelehrte hatte eine Künstlerseele von großem Reichtum. × Im Alter von 56 Jahren starb am 28. August der Kritiker und Essayist Felix Poppenberg. Er hat in Deutschland eine Art des vergeistigten Ästhetentums gepflegt, die dem Formalen sehr viel Entscheidung auslieferte. Vom Grafen Pückler, von der bis zur Nervenstörung krankhaften Schwermut Grillparzers, vom lyrischen, allzu feinen, zerbröckelten Skandinavier Obstfelder wurden Poppenbergs beste Aufsätze gestimmt. × Fast zur selben Zeit starb in Paris der 57jährige Remy de Gourmont, der zur selben Weltanschauung gehörte wie Poppenberg. Er vertrat im Mercure de France den gleichen Geschmack. Nur war er mächtiger, er war nicht wie Poppenberg ein alleinstehender Schriftsteller sondern ein stilistischer Förderer und Erzieher. Gourmont verfügte über größere gesellschaftliche Wirkung, indem er das Artistentum volkstümlich machte und darum auch in mancher zu feinen Streitfrage zugunsten der Menge nachgab.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Gliedmaßen- Die Zahl der Invaliden, **ersatz** die in diesem Krieg Hände, Arme und Beine verloren haben, ist erschrecklich hoch, und nicht zeitig genug kann damit begonnen werden die unglücklichen Opfer des Völkerrings durch die Lieferung von künstlichen Gliedmaßen wenigstens einigermaßen wieder erwerbsfähig zu machen. Die bisher benutzten künstlichen Glieder sind aber, so kunstvoll sie auch immer hergestellt sind, doch nur fremde Anhängsel am Körper. Von Professor A. Stodola in Zürich, dem hervorragenden Maschinenkonstrukteur, kommt deshalb die Anregung die nach Verlust der Hände, Arme und Beine noch immer an anderen Körperteilen verbliebene Muskelkraft als Energiequelle zur Betätigung der künstlichen

Gliedmaßen zu benutzen. Stodola leiten hierbei die folgenden Erwägungen, die er in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure vorträgt: Die Muskeln, die beispielsweise die Hand bewegen, sind in der Hauptsache im Unterarm gruppiert, diejenigen zur Bewegung des Unterarms im Oberarm usw. Wenn also die Hand verloren geht, so ist zunächst fast die Gesamtheit der sie betätigenden Muskeln unversehrt, und sie verlieren die Fähigkeit sich infolge eines Willensimpulses zusammenzuziehen erst nach längerer Zeit durch Nichtgebrauch. Um diese Kraftquelle nutzbar zu machen, ist nun ein chirurgischer Eingriff erforderlich, durch den die Muskelenden, die Sehnen, mit Haut umgeben zu einer frei vorstehenden Schleife oder einer sonstigen für mechanischen Kraftangriff geeigneten Endigung geformt und zum Verheilen gebracht werden. Die Frage, ob das Bilden eines solchen lebenden Maschinenelements vom chirurgischen Standpunkt lösbar erscheint, wurde von namhaften medizinischen Fachleuten bejaht, und insbesondere hat Professor Sauerbruch aus Zürich, derzeit in Greifswald, die Angelegenheit sofort tatkräftig unterstützt.

Ist die organische Kraftquelle für die Betätigung der künstlichen Gliedmaßen aber erst zugänglich gemacht, so sind keine prinzipiellen Schwierigkeiten bei der Durchführung der technischen Konstruktionen zu überwinden, wenn hierbei auch noch vollständiges Neuland zu beackern ist. Professor Stodola gibt auch sofort einige Winke, wie das Problem anzufassen ist. Für die Betätigung der Hand wäre etwa folgendermaßen zu verfahren: Zunächst wird sich der Chirurg damit begnügen einen einzigen Kraftangriffspunkt herauszuarbeiten, etwa die vereinigten Sehnen der Beugemuskeln aller Finger. Ihm wird die Schließbewegung der Finger zugewiesen, während das Öffnen durch geeignet untergebrachte Federn bewirkt werden könnte. Selbst bei starrem Daumen kann dann ein beliebiger Gegenstand vollkommen umschlossen und festgehalten werden. Bei weiterer Ausbildung des Verfahrens könnte man dann einen weitem Kraftangriffspunkt, etwa die Beuger des natürlichen Daumens, zur Betätigung eines künstlichen Daumens hinzunehmen. Wenn bereits im ersten Stadium der chirurgisch-mechanischen Entwicklung die künstliche Hand einen Hammerstiel ebenso sicher wie eine Schreibfeder fassen

könnte, so würde in dem zweiten Stadium der Entwicklung mit willkürlich bewegbarem Daumen bereits ein vollkommener Ersatz der verlorenen Hand geschaffen. Professor Stodola setzt dann weiter auseinander, wie bei verlorenem Unterarm die kräftigen Muskeln des Oberarms dazu benutzt werden können sowohl die Beugung eines künstlichen Unterarms, als auch die der Finger einer künstlichen Hand zu übernehmen. Und selbst bei vollständigem Verlust des ganzen Arms, könnten immer noch die Schulterblattmuskeln oder die Brustmuskeln die einzelnen Teile des künstlichen Arms und der künstlichen Hand betätigen. In ähnlicher Weise kann man mit Fuß und Bein verfahren.

Professor Sauerbruch hat bereits gelungene Operationen durchgeführt. Nach deren Ausheilen und nach Fertigstellen der entsprechenden künstlichen Gliedmaßen wird Bestimmteres über die Tragweite des neuen Verfahrens ausgesagt werden können. Findet ein systematisches Zusammenarbeiten von Chirurgen und Technikern in dieser Richtung statt, so können wohl hochgespannte Erwartungen an das neue Verfahren geknüpft werden. Für seine Durchbildung darf aber keine Zeit verloren werden, denn meist schon nach wenigen Monaten kann die schlummernde Muskelkraft der Gliedstümpe nur schwer oder unvollständig wieder geweckt werden.

Es läge nicht nur im Interesse der Invaliden sondern auch in dem des ganzen Volkes, wenn diese wichtigen Anregungen Stodolas auf möglichst breiter Basis erprobt und durchgearbeitet werden könnten. Die hierfür erforderlichen Mittel sollten nicht nur durch private Mildtätigkeit sondern auch von Staats wegen aufgebracht werden.

× **Alkohol-** Die Schwierigkeiten, die Gewinnung sich für unsere Viehfütterung ergeben haben, zwingen mehr als je dazu die industrielle Verwertung von Nahrungsmitteln auf das äußerste einzuschränken. Insbesondere muß der Verwendung der Kartoffeln zur Spiritusbrennerei Einhalt getan werden. Wir haben allerdings in diesem Kriegsjahr eine ausgezeichnete Kartoffelernte zu verzeichnen, und von der vorigen Ernte sind große Mengen von Kartoffeln übriggeblieben. Um diese Reste nicht vollständig verkommen zu lassen, sind sie vermaischt worden. Der Spirituspreis ist gleichwohl noch recht hoch: zurzeit für das Liter 45 Pfennig bei

95prozentigem, 42 Pfennig bei 92prozentigem Spiritus; auf gleiche Verbrennungswärme beträgt er etwa das Doppelte des gegenwärtigen Petroleumpreises. Da wir wegen der Unterbindung der Petroleumzufuhr Spiritus notwendig für Beleuchtungszwecke und auch für den Antrieb von Automobilen, Kleinmotoren usw. gebrauchen, muß die Spiritusbrennerei von Staats wegen gefördert werden. Um nun sowohl den Preis für Kartoffelspiritus herabsetzen als auch die Kartoffeln möglichst vollständig für Ernährungszwecke reservieren zu können, sind für die Spiritusfabrikation andere Kohlenhydrate und nicht gerade Stärkemehl heranzuziehen. Hierzu sind in erster Linie die Abwässer der Zellulosefabriken geeignet, die heute völlig ungenutzt den Flußläufen zugeführt werden und diese verunreinigen. In den Verhandlungen des Mannheimer Bezirksvereins deutscher Ingenieure, in dem eingehend über den Ersatz fehlender Rohstoffe verhandelt wurde, ist darauf besonders verwiesen worden.

Herr Kaufmann berichtete, daß nach der Schwedischen Exportzeitung in Schweden bereits 25 Millionen Liter 100prozentiger Spiritus aus den Abwässern der Zellulosefabriken gewonnen werden. Dieser Spiritus kostet trotz der Steuer von 7 bis 8 Kronen im Verkauf nur 25 Öre das Liter und wird sogar mit 25 Pfennig frachtfrei in Hamburg angeboten. Nach den Ausführungen des Herrn Kaufmann befinden wir uns in einer noch weit günstigeren Lage als Schweden. In Deutschland werden jährlich etwa 550 000 Tonnen Zellstoff hergestellt, auf die 5¹/₂ Millionen Kubikmeter Abwässer entfallen. Aus einem Kubikmeter Abwasser lassen sich nun 60 Liter 100prozentigen Spiritus erzeugen, so daß wir also in der Lage sind allein aus diesen Abwässern 33 Millionen Liter Spiritus in 100prozentiger Form zu gewinnen. Damit würden gleichzeitig zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Heute vergiften wir mit den Abwässern der Zellulosefabriken die Fischbestände unserer Flußläufe, schädigen also die Volksernährung. Machen wir dagegen die Abwässer nutzbar, so erhalten wir die Fischbestände, erzeugen aus den heute ganz ungenutzten Abfallstoffen einen wertvollen Brennstoff und behalten Kartoffeln für Ernährungszwecke. Außerdem aber würden noch große Teile heutigen Kartoffellands für Getreidebau zur Verfügung stehen.

Daß bisher die Abwässer der Zellulosefabriken noch nicht auf Spiritus verarbeitet worden sind, liegt ausschließlich an unseren Steuerverhältnissen. In Deutschland lastet auf dem Hektoliter unvergällten Spiritus eine Steuerlast von 37 Mark. Ein Liter unvergällten Spiritus kostet also 37 Pfennig Steuer. Wird der Spiritus vergällt, so werden 18 Pfennig Steuer zurückvergütet, so daß noch immer 19 Pfennig Steuer auf dem Liter Brennspritus ruhen. Die Erzeugungskosten des Spiritus aus den Abwässern stellen sich nun auf rund 10 Pfennig für das Liter, allerdings ohne Nutzuschlag, ohne Löhne, Verzinsung und Amortisation der Anlage, so daß wir also mit dem Steuerzuschlag auf einen Gestehungspreis von rund 30 Mark für das Hektoliter kommen. Das ist für unsere Friedensverhältnisse zu hoch, denn vergällter Spiritus wurde bisher zu geringem Preis gehandelt, so daß die Zellstofffabriken keinen Anlaß hatten Hunderttausende von Mark in neuen Anlagen festzulegen. Heute liegen die Verhältnisse total anders. Wir müssen einen Ersatzstoff für das fehlende Petroleum und die Petroleumdestillate, insbesondere Benzin, haben. Hierzu eignet sich der Spiritus ganz ausgezeichnet, und von der Regierung wird gegenwärtig die Verwendung von Spiritus zu Beleuchtungszwecken energisch gefördert. Da muß aber auch ganze Arbeit gemacht und die Steuer auf vergällten Spiritus, wenn er zur Beleuchtung oder zum Kraftbetrieb benutzt wird, aufgehoben werden. Es ist sehr bedauerlich, daß die Anregungen, die bereits im Frühjahr von dem größten technischen Verein ausgegangen sind, bei der Regierung ganz ungehört verhallt sind. Aber noch ist es nicht zu spät. In dem Augenblick, in dem die Regierung durch Aufhebung der Steuer für vergällten Spiritus die Zellulosefabriken in die Lage versetzt ihre Abwässer auf Spiritus zu verarbeiten, wird der Preis des heute ganz unentbehrlichen Leucht- und Triebmittels auf eine normale Höhe gebracht werden, und die Allerärmsten unserer Bevölkerung, insbesondere unsere Heimarbeiter, brauchten nicht sorgenvoll dem Winter entgegenzusehen.

×
Kurze Chronik Auf dem K r i e g s s c h a u p l a t z im Osten ist Professor Dr. Emil Struve gefallen. Struve gehörte seit mehr als 25 Jahren zum Lehr- und Beamtenkörper der Versuchs- und Lehranstalt für

Brauerei in Berlin, wo er als Dozent für Gesetzeskunde und Handelswissenschaften wirkte. Er war auch Hauptschriftleiter der Tageszeitung für Brauerei. Aus der großen Reihe seiner Veröffentlichungen seien eine Arbeit über die Entwicklung des bayrischen Braugewerbes im 19. Jahrhundert, ferner größere Arbeiten über den Hopfenhandel und über den Berliner Boykott von 1894 genannt. × Der frühere Professor für Maschinenbau an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe Dr. Ing. Josef Hart, der zu den hervorragendsten Lehrern in seinem Fachgebiet gehörte und in Anerkennung seiner großen Verdienste in den 45 Jahren seiner Wirksamkeit zum Ehrendoktor ernannt worden war, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. × Der Professor der mechanischen Technologie an der Technischen Hochschule zu Graz Heinrich Krausz ist im Alter von 55 Jahren gestorben. × In weitem Umfang kann die Dieselmachine für den Einbau in ältere Schiffe angewandt werden, an Stelle von abgenutzten Dampfmaschinen. In Schiffsfahrtskreisen schenkt man diesem Verfahren heute noch viel zu wenig Beachtung, obwohl die wirtschaftlichen Vorteile auf der Hand liegen; denn bei eisernen Dampfschiffen dürfte in den meisten Fällen der Schiffskörper noch gebrauchsfähig sein, wenn die Dampfmaschinen und Kesselanlagen bereits abgenutzt sind. Beim Einbau einer Dieselmachine wird der Betrieb durch Ersparnis an Brennstoff verbilligt (wenigstens in Friedenszeiten), zudem beansprucht die Maschinenanlage auch weniger Raum. × Von der Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt am Main wird schwefelsaures Silber an Stelle von salpetersaurem Silber den Fabriken photographischer Platten, Films und Papiere in leicht verarbeitbarer Form angeboten, weil wegen der Beschlagnahme der Salpetersäure für Heereszwecke Silbernitrat für photographische Zwecke kaum noch erhältlich ist. × Zur Begründung eines weitem (4.) Stipendiums der von Goßler-Stiftung an der Technischen Hochschule zu Danzig, das in erster Reihe aus dem Felde heimkehrenden Studenten, vor allem Invaliden, zuteil werden soll, hat der Kommerzienrat Goldfarb in Preußisch Stargard den Betrag von 10 000 Mark gestiftet. × An der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg haben sich 5 neue Privatdozenten niedergelassen:

in der Abteilung für Architektur Oberlehrer Dr. Lattermann für Geschichte der griechischen und römischen Architektur; in der Abteilung für Bauingenieurwesen Regierungsbaumeister Dr. Ing. Franz Kögler für Ausgewählte Kapitel der Statik; in der Abteilung für Maschineningenieurwesen Geheimer Regierungsrat Hugo Glafey für Textilindustrie; in der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde Dr. Treadwell für Technische Prüfungsmethoden; in der Abteilung für Allgemeine Wissenschaften Dr. Hermann Deite für Finanzwissenschaft.

Literatur Bei Teubner in Leipzig ist eine Sammlung von 6 Vorträgen über antike Technik erschienen, die Hermann Diels bei verschiedenen Gelegenheiten gehalten hatte. Diese Vorträge erstrecken sich über Wissenschaft und Technik bei den Hellenen, antike Türen und Schlösser, Dampfmaschine, Automat und Taxameter, antike Telegraphie, antike Artillerie, antike Chemie. Die Vorträge stützen sich auf gründliche philologische Arbeit, und ihr Studium ist recht interessant. Freilich muß man sich vor Überschätzung ihres Inhalts hüten, wovor auch Diels selbst an mehreren Stellen warnt. Die Anregungen, die von der antiken Technik auf die moderne ausgegangen sind, haben keine irgendwie nennenswerte Bedeutung gehabt. Gewiß haben sich einige handwerksmäßige Manipulationen und Konstruktionen durch die Jahrhunderte hindurch fast unverändert erhalten; beispielsweise das antike Schloß, die antike Pfostentür bei von der Kultur wenig berührten Völkern. Nur zu häufig aber ist das in traditionellen Vorschriften verknöcherte Handwerk der wirklichen technischen Entwicklung geradezu hinderlich gewesen. Kein Wunder, daß es vom modernen Fabrikbetrieb an die Wand gedrückt und immer leistungsunfähiger wird. Daß im Altertum Verkaufsautomaten und Taxameter konstruiert worden waren, ist zwar interessant, aber diese Apparate waren doch immer nur Kuriositäten, die in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht mit der Spinnmaschine, dem mechanischen Webstuhl oder der Dampflokomotive auch nicht entfernt zu vergleichen sind. Sie haben weder umgestaltend auf den Warenhandel noch auf das Verkehrswesen zurückgewirkt. Und auf der Basis geheimer Erfahrung in den technischen Mitteln hätten Verkaufsautomaten und Taxameter auch ohne ihre Vorläufer im Altertum ganz selbständig konstruiert

werden können, sobald das Bedürfnis für sie sich geltend machte. Es handelt sich eben hier lediglich um die Anwendung bekannter technischer Mittel in neuen Kombinationen, wie sie in der Zeit des Maschinenzeitalters von jedem Ingenieur einfach verlangt werden kann. Eine Zündholzzahl- und -packmaschine erscheint wegen ihres verwickelten Mechanismus dem Laien als ein genialer Automat; aber es braucht in ihr auch noch nicht ein Körnchen erfunderischen Geistes zu stecken; ihre Durcharbeitung erfordert nicht mehr als gewerbsmäßige Routine. Diels' liebevolle Beschreibung der Dampfapparate von Heron vermag über die Tatsache nicht hinwegzuhelfen, daß diese mechanischen Spielereien, die gewohnheitsmäßig in jeder Geschichte der Dampfmaschine erwähnt werden, ohne Einfluß auf die Entwicklung der wirklichen Dampfmaschine gewesen sind. Wäre die Dampfturbine vor der Kolbendampfmaschine auf den Plan getreten, so könnte man solche Zusammenhänge in die Entwicklungsgeschichte vielleicht hineingeheimnissen. Aber die wirkliche Geschichte der Dampfmaschine beginnt doch erst mit Papin und konnte erst zu einer Zeit beginnen, in der das wissenschaftliche Studium des Luftdrucks und der Dampfspannung begonnen hatte. Es ist überhaupt immer mißlich eine Geschichte der Erfindungen zu schreiben, wenn nicht gleichzeitig auch die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände der Zeit gewürdigt werden. Gewiß gibt es manche Erfindung, die der Zeit ihrer Erfüllung weit vorausgeeilt ist. Aber nur diejenigen Erfindungen zählen für die Entwicklung, die im rechten Augenblick auftauchten und einem wirtschaftlichen Bedürfnis entgegenkamen. Auch der mechanische Webstuhl hat seinen Vorläufer: die Danziger Bandmühle. Doch ist diese nicht weniger eine technische Kuriosität als etwa die Weihwasserautomaten der ägyptischen Tempel. Sie war wirtschaftlich ohne Nachwirkungen, und sie bildete nicht einmal die technische Basis für die Erfindung der Textilmaschinen, die das Maschinenzeitalter inaugurierten. Das gleiche gilt von den optischen Telegraphen, von der antiken Artillerie. Gewiß handelt es sich hier um interessante Erzeugnisse menschlichen Scharfsinns, aber mit der revolutionierenden Bedeutung des elektrischen Telegraphen und des Pulvergeschützes haben sie nichts gemein; sie können streng genommen nicht einmal als deren Vorläufer angesehen werden. Die Diels-

schen Vorträge sind deshalb zwar als interessante Dokumente der Entwicklung menschlichen Geistes anzusprechen, aber sie weisen doch nicht die Pfade unserer modernen Technik.

Kolonisation / Ludwig Quessel

Chinesische Randländer Gewissermaßen ein Schulbeispiel dafür, daß in unseren Tagen die Kolonisation von der Kolonialpolitik und diese wieder von der auswärtigen Politik der Großmächte gar nicht getrennt werden kann, bietet die Geschichte Chinas in den letzten Jahrzehnten. Vom Standpunkt der Kolonisation aus läßt sich zunächst ein größerer Gegensatz als der zwischen dem eigentlichen China und seinen Grenzprovinzen im Grunde kaum denken. Während das eigentliche China nicht nur das volkreichste sondern auch das am dichtesten bevölkerte Land der Erde ist, finden wir in den allerdings recht unwirtschaftlichen Grenzprovinzen eine Menschenleere, die stellenweise an die Menschenarmut der tropischen Gebiete Südamerikas heranreicht. Diese menschenleeren Randländer Chinas sind (zu einem Teil durch Flußdampfschiffahrt und Eisenbahnen wirtschaftlich erschlossen) in den letzten Jahrzehnten der Schauplatz einer intensiven Kolonisation geworden. Russen, Chinesen, Japaner suchten in diesen Gebieten, die heimische, zumeist recht kulturlose und wenig zahlreiche Bevölkerung zurückdrängend, festen Fuß zu fassen und insbesondere den Handel und die Verkehrsmittel zu monopolisieren. Damit wurden aber die chinesischen Grenzprovinzen ein wichtiges Objekt der europäischen und japanischen Kolonialpolitik, die rückwärtig die auswärtige Politik der europäischen Staaten und Amerikas aufs tiefste beeinflusste. Man denke an die Mandschurei. Durch die Kolonisation der Chinesen hat diese Grenzprovinz, deren Ausdehnung etwa der Österreich-Ungarns entspricht, es bereits auf eine Bevölkerung von etwa 5 Millionen gebracht. Ihre Besiedelung, begünstigt durch die nordchinesische Bahn, macht weiter reißende Fortschritte. Langsamer, aber ebenso unwiderstehlich, vollzieht sich auch die Kolonisation der Mongolei, die ein Gebiet umfaßt, das reichlich 5 mal so groß wie Deutschland ist. Keine Rasse hat größere Kolonisationskräfte als die chinesische, und nirgends sind diese überraschender entfaltet worden als bei der Kolonisation der mongoli-

schen Weideländer. In einer Front von verschiedenen hundert Meilen Länge schieben sich die Chinesen nordwärts in die mongolischen Weidegebiete, in einer Rate, die auf 4 Meilen jährlich geschätzt wird. Wo wenige mongolische Nomaden mit ihren Herden auf ungepflügtem Boden eine armselige Existenz gewannen, leben jetzt die Chinesen zu Tausenden.

Es gab eine Zeit, da man die Grenzgebiete in Peking mit ziemlicher Gleichgültigkeit behandelte. Mit dem Fortschritt der chinesischen Kolonisation ist dies anders geworden. Man weiß, daß unter den Triebkräften, die zur Gründung der chinesischen Republik führten, das Bestreben die von Rußland, England, Frankreich und Japan bedrohten Grenzprovinzen dem Reich zu erhalten eine erhebliche Rolle spielte. Die junge Republik verlor in den Augen derjenigen Chinesen, in deren Brust der Reichsgedanke lebendig war, gerade deshalb nicht wenig an Ansehen, weil sie sich als unfähig erwies die Grenzgebiete der chinesischen Kolonisation zu schützen. Yuanschikais Diktatur wurde von der chinesischen Intelligenz willig angenommen, weil sie sich als notwendig zur Sicherung des Reichs in seinem alten Bestand herausstellte. Jetzt soll die äußere republikanische Form des neuen Staatsgebäudes zerschlagen werden, damit sein inneres monarchisches Wesen rein zur Geltung kommt. Gegen diese Absicht haben die Vereinigten Staaten protestiert; dieser Protest könnte, von den idealen Motiven abgesehen, sehr wohl von der ökonomischen Besorgnis diktiert sein, daß Yuanschikai, um Japans Anerkennung als Kaiser zu erlangen, den Japanern zu weit gehende Zugeständnisse in den chinesischen Kolonisationsgebieten gemacht habe. Die Nachrichten, die bisher nach Europa gelangten, sind jedoch viel zu dürftig, um mehr als Vermutungen zuzulassen. Immerhin kann man sagen, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende des Weltkriegs auch in Ostasien vor ganz neuen Tatsachen stehen werden, von denen es abhängen wird, ob die Kolonisation von Chinas Randgebieten weiterhin eine vorzugsweise chinesische bleibt oder ob diese ganz oder zu einem Teil durch die japanische und russische Kolonisation ersetzt werden wird.

× Ostasien ×
Das japanische Ultimatum an Deutschland zu Beginn des Weltkriegs konnte von der großen Masse des deutschen Volkes

überhaupt nicht anders denn als ein völlig unmotivierter räuberischer Überfall gewertet werden. Daß wir es hier mit dem Abschluß einer langen politischen Entwickelung zu tun hatten, wird wohl nur sehr wenigen zum Bewußtsein gekommen sein. Sehr geeignet das mangelnde Verständnis für die großen Zusammenhänge der ostasiatischen Politik mit der Weltpolitik überhaupt zu beseitigen, ist Justus Hashagens gründliche Studie über England und Japan seit Schimonoseki /Essen, G. D. Baedeker/, die an der Hand der bekannt gewordenen Staatsverträge die überaus interessanten Wandlungen in Ostasien seit 1895 in sachkundiger Weise beleuchtet, wobei die Beziehungen zwischen Japan und England besonders eingehend behandelt werden. Was die Zukunft betrifft, so ist Hashagen der Ansicht, daß, je mehr der Druck der aggressiven russischen Kolonisation von Japan und England weicht, um so größer die Schwierigkeiten sein werden die beiden Bundesgenossen zusammenzuhalten. Sowohl die ältere Richtung der japanischen Kolonisation, die ganz auf das asiatische Festland eingestellt ist, als auch die jüngere, die auf den Stillen Ozean und dessen Inseln und Randgebiete hinausgreift, führt nach Hashagen mit unentrinnbarer Notwendigkeit zur Verletzung angelsächsischer Lebensinteressen. Hashagen vertritt die Meinung, daß die englisch-japanische Bundesgenossenschaft bereits eine wesentliche Lockerung erfahren habe, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Deutschlands Verhältnis zu China wird von dem bekannten Ostasienkenner Professor O. Franke in einem Vortrag Deutschland und China vor, in und nach dem Kriege behandelt, der vom Verlag Friedrichsen in Hamburg als Broschüre einem größern Publikum zugänglich gemacht worden ist. Nach Franke sind die Beziehungen zwischen Deutschland und China im letzten Jahrzehnt immer herzlicher geworden, weil man in Peking erkannte, daß die deutsche Politik in Ostasien im Gegensatz zu den Bestrebungen der Tripelentente darauf gerichtet ist China möglichst als selbständiges Staatswesen zu erhalten. Im Krieg wirkte sich die Erkenntnis in der produktiven Haltung der chinesischen Presse aus. Franke ist der Meinung, daß nach dem Krieg Deutschland weiter bestrebt sein muß China bei der Abwehr der Übergriffe seiner Nachbarn beizustehen. Mit besonderer Entschiedenheit wendet sich der Verfasser gegen

die Auffassung, daß es Aufgabe Deutschlands sei in Ostasien die europäischen Mächte, namentlich England, gegen die drohende *gelbe Gefahr* zu schützen; für Deutschland sei die *gelbe Gefahr* ein Phantom. In der Eroberung Kiautschous durch die Japaner vermag Franke »etwas spezifisch *Gelbes* nicht zu sehen« sondern im Gegenteil eher »etwas spezifisch Westeuropäisches: Ergebnisse der englischen Schule«.

Als eine originelle und in vielen Teilen sehr sachkundige Arbeit wird man die Schrift Georg Irmers *Völkerdämmerung im Stillen Ozean* /Leipzig, Hirzel/ bezeichnen können. Der Wert der Schrift liegt in den vielen einzelnen Tatsachen, die uns der Verfasser auf Grund eigener Beobachtungen mitteilen kann. Irmer war von 1893 bis 1896 Landeshauptmann der Marschallinseln und von 1907 bis 1910 Generalkonsul für Australien, Neuseeland und die Südsee. In diesen amtlichen Stellungen hatte der Verfasser natürlich Gelegenheit die Handels- und Kolonisationsverhältnisse der Inseln und Länder des Stillen Ozeans aus nächster Nähe kennen zu lernen. Das gibt seinen tatsächlichen Angaben einen großen Wert. Wo der Verfasser die Zukunft der Inseln und Länder des Stillen Ozeans bespricht, scheint er mir allerdings die Macht Japans doch zu überschätzen. Daß das arme und überbevölkerte Japan sich eine der amerikanischen gleichwertige Flottenrüstung beschaffen könnte, ist bei dem trostlosen Zustand der japanischen Finanzen vorerst kaum anzunehmen. Andererseits wird durch den Ausbau des Panamakanals für die Kriegsschiffahrt und den hohen Stand der amerikanischen Unterseeboottechnik das maritime Übergewicht Amerikas noch gesteigert. Ein gewaltsames Übergreifen der japanischen Kolonisation auf die pazifischen Küsten Amerikas und Australiens rückt damit in das Gebiet der politischen Unwahrscheinlichkeiten. Das eigentliche Kolonisationsgebiet Japans liegt in Ostasien, und da wird es ihm von keiner europäischen Macht streitig gemacht werden können. Eine sehr lesenswerte Schrift stellen die gesammelten Aufsätze Dr. H. Smidts Japan im Weltkrieg und das China-problem /Bremen, Leuwer/ dar. Wie Hashagen, so legt auch Smidt überzeugend dar, daß die Abneigung der Japaner gegen die deutsche Politik von ihrem Standpunkt aus keineswegs unbegründet ist. Bei dem Friedensschluß von Schimonoseki /1895/ »wollte Ja-

pan die an Korea grenzende Halbinsel Liautung erwerben. England hatte nichts dagegen. Aber Rußland, Frankreich und Deutschland erhoben erfolgreich Einspruch.« Diese Haltung Deutschlands konnte Japan uns um so weniger verzeihen, als das amtliche Deutschland auch im russischen Feldzug politisch eher auf Rußlands Seite stand, so daß England den Verzicht Japans auf Kriegsschädigung durchsetzen und das japanische Inselreich an die goldene Kette legen konnte. England trug dann dafür Sorge, daß Rußland die Rückkehr nach Europa vollzog und die in Portsmouth geretteten Milliarden unverzüglich zu Rüstungen gegen die Zentralmächte verwendete. »Vielleicht«, meint Smidt, »hätte im Sommer 1914 Rußland nicht loszuschlagen gewagt, wenn es ein mit Deutschland verbündetes Japan im Rücken gehabt hätte. Und gewichtige Stimmen behaupten, ein solches Bündnis wäre nach 1905 noch zu haben gewesen.« Was unsere zukünftige Haltung in ostasiatischen Fragen betrifft, so plädiert der Verfasser dafür die Anschauung von der *gelben Gefahr* endgültig preiszugeben und es ruhig denen, die daran interessiert sind, zu überlassen sich Japan bei der Verwirklichung seines politischen Ideals einer Suprematie über China in den Weg zu stellen.

Mit Charakter und Politik des Japaners /Bonn, Marcus & Weber/ beschäftigt sich eine kleine Schrift Dr. W. Prenzels, der Japan und seine Bevölkerung aus eigener Anschauung kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Besondere Beachtung verdient Prenzels Hinweis, daß man in Japan die Blicke auf die malaiischen Länder richtet, die zum größten Teil holländischer Kolonialbesitz sind. Wie alle Kenner der ostasiatischen Verhältnisse, betont auch Prenzel, daß unsere Haltung von 1895 von Japan nie vergessen wurde, bis dann im Sommer 1914 für Japan der Tag der Abrechnung gekommen war. An dem politischen Charakter des Japaners hebt der Verfasser hervor, daß »das größere Vaterland der Gedanke ist, der alles beherrscht, dem alles untertan ist«. Auch Viktor Zenker sucht uns in seiner Schrift *Soziale Moral in China und Japan* /München, Duncker & Humblot/ mit dem ostasiatischen Fühlen und Denken vertraut zu machen. Er schöpft hierbei aus der chinesischen und japanischen Literatur und Philosophie, »je-

ner beiden geistigen Betätigungsformen, in denen ein Volk nie lügen kann und immer seinen wahren Charakter enthüllen muß«. Zenkers Darstellung der sozialen Moral Chinas ist lichtvoll und klar. Es ist auch richtig, daß das ungeheure Reich viel weniger durch Krieg als im Weg intensiver Kolonisation zusammengebracht wurde. Diese starke kolonialisatorische Kraft des Chinesentums hat seiner sozialen Moral den Stempel aufgedrückt. Man kann Zenker auch recht geben, wenn er betont, daß die tiefe Kluft, die in China zwischen der vortrefflichen sozialen Moral und der sozialen Wirklichkeit gähnt, keine spezifisch chinesische Erscheinung sei; sie ist ja vor allem auch in Europa vorhanden. Freilich ist in keinem andern Land die Lebenshaltung der Massen in normalen Zeiten so kümmerlich und in Mißerntejahren so entsetzlich wie gerade in China. Selbst die schlechtestgestellten Proletarier Europas befinden sich im Verhältnis zum chinesischen Kulitum in einer materiell sehr gehobenen Lebenslage.

× **Kurze Chronik** Der Bibliothekar des Royal Colonial Institute, Evans Lewin, hat in der Morning Post vom 14. August die großen Leistungen der Deutschen im kolonialen Eisenbahnbau gewürdigt. Mit der Übernahme des deutschen Kolonialreichs gehe ein glänzendes wirtschaftliches Werkzeug in die Hände der Nationen über, die das Glück haben die Herrschaft über die weiten Gebiete zu erhalten, die bisher unter deutscher Herrschaft standen. Der enorme Reichtum der deutschen Kolonien in Afrika sei bisher kaum begriffen, ebensowenig der bedeutende Wert der bereits im Betrieb befindlichen Eisenbahnen. Diese Wertschätzung der deutschen Kolonien durch diejenigen, die sie annektieren wollen, sollte auch in der deutschen Arbeiterklasse Beachtung finden. × Den deutschen Firmen in Togo ist gestattet worden ihre Geschäfte fortzuführen, und zwar deshalb, weil sonst das ganze Geschäftsleben dort aufgehört hätte. × In Avereebo (Goldküste) ist im Jahr 1914 ein großes Stück Land urbar gemacht und mit Tabak bepflanzt worden. Die Ernte des letzten Jahres hatte einen Preis in der Höhe der besten Sumatrablätter erzielt. Für den Transport hat die britische Forstverwaltung eine einspurige Bahn angelegt.